

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis Prämienabgabe:
 Vierteljährlich 3,30 RM., monatlich 1,10 RM.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzige Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 RM. pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Abdruck für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 3 Mark, für das übrige Ausland
 5 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Ostgal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Spalten-
 zeile oder deren Raum 20 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Berichts-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stet-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf., Stellenanzeigen und Schul-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 15. Juni 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die russische Polizei vor den Pariser Geschworenen.

Paris, 12. Juni. (Fig. Ver.)

Am Dienstag beginnt vor den Geschworenen des Seine-Departements die Verhandlung gegen Michael Rips wegen Nordversuchs an Dberst von Kotten, ehemaligem Chef der politischen Polizei in Moskau und gegenwärtig in gleicher Stellung in Petersburg.

Dieser Prozeß ist von außergewöhnlicher Bedeutung. Zum erstenmal werden vor einem französischen Gericht die Umtriebe und das Verfahren der russischen politischen Polizei aufgedeckt werden. Der Fall Azew, der Fall Harting, der Fall Petrov — alle Polizeistandale der neuesten russischen Geschichte, die in der zivilisierten Welt Aufsehen erregt haben, werden zur Sprache kommen. Wir wollen zur Einleitung die Vorgeschichte des Prozesses in Erinnerung rufen, für die ein außerordentlich wichtiges Dokument in den Memoiren vorliegt, die Rips vor Ausführung seines Attentats niedergeschrieben hat.

Im Mai des vorigen Jahres kam es in einem Zimmer eines Hotels in der Rue Voltaire zu einer wilden Szene zwischen zwei Russen. Der eine war Rips, der Bewohner des Zimmers, der andere Oberst von Kotten. Rips stellte sich freundschaftlich der Polizei und teilte dem Kommissar mit, daß er ein Attentat gegen den Chef der Moskauer politischen Polizei verübt habe, um so öffentlich dessen Vorfall, sein „Mit-arbeiter“ oder genauer gesagt, sein Lockspiegel zu werden, zurückzuweisen. Er gab weiter an, daß von Kotten ihn in Moskau aus der Haft, in die er als Revolutionär geraten war, gegen das Versprechen, in die Geheimpolizei einzutreten, entlassen habe. Dieses Versprechen habe er nur mit dem Vorbehalt gegeben, die Polizei zu täuschen und für ihre provokatorischen Praktiken zu bestrafen.

Die Verteidigung des Angeklagten haben die Anwälte Tomagini und Genosse Willm übernommen. Als Entlastungszeugen werden Zaurds, Pressens, Burzew, der Entlarber Azew, Rubanowitsch, Delegierter der russischen Sozialrevolutionäre im internationalen Bureau u. a. zitiert werden. Ob Kotten dem Prozeß beiwohnen wird, weiß man noch nicht. Sein Vertreter ist — Herr Labari, der berühmte Paladin der erhabenen Menschheitsgüter im Dreifus-Handel! Die Welt dreht sich und der Kubel rollt.

Das Memorial, das Rips vor dem Attentat der Redaktion der „Nyloje“ (Vergangenheit, die Revue Burzew's) übergeben hat, ist ein ziemlich umfangreiches Schriftstück. Es beginnt mit der Verhaftung Rips' in Moskau am 14. Februar 1909. Der Verhaftete wurde nach dem Sitz der politischen Polizei gebracht. Der Beamte, der ihn verhörte, erkannte ihn sofort. Es war von Kotten, der ihn schon 3 Jahre zuvor verhört hatte. (Danach war Rips nach Sibirien verschickt worden, von wo er entkam.) Er sagte dem Gefangenen, daß ihm zunächst 3 Monate Gefängnis und dann die Verschickung in die Provinz von Irkutsk bevorstünden und begann hierauf über die revolutionäre Partei und ihre Situation zu sprechen. Hierauf bemerkte er, daß die Polizei die Pläne der Revolutionäre kenne, bevor sie noch zur Ausführung gebracht werden könnten. Schließlich schlug er Rips vor, als Lockspiegel in seine Dienste zu treten.

Die Rechtfertigungsschrift Rips' schildert dann die Seelenkämpfe, die dieser Antrag in ihm hervorrief, die Verwirrung, in der er schließlich auf den Gedanken geriet, durch ein scheinbares Einwilligen in den Vorfall, die Gelegenheit zur Entlarbung der wirklichen Lockspiegel zu erlangen und die Klage an der Polizei vorzubereiten. „Ich fühlte die ganze Niedrigkeit dieses Vorgehens, fürchtete auch das Mißlingen. Andererseits brannte ich danach, den Leuten vom Schlage Kottens eine gehörige Lektion zu geben. Mein Verstand geriet in ein wahres Chaos.“ Er verlangt Bedenkzeit und bekommt sie. Zuvor aber stellt er noch die Frage: „Woher haben Sie die Sicherheit, daß ich nicht in Ihren Dienst trete, um als Revolutionär daraus Nutzen zu ziehen?“ Der Polizist erwidert: „Wir fürchten uns nicht vor Verrat. Denn früher oder später müssen Sie auf ihrem Weg einem Ihrer geheimen Mitarbeiter begegnen. Wir haben noch nicht ein einziges Beispiel von Verrat derjenigen, die in unsere Dienste getreten sind. Das ist zu gefährlich. Es ist richtig, daß sich nur in zwei Fällen Leute davon gemacht haben. Der eine hat sogar Geld bekommen. Das läßt sich da machen. Aber für zweimal, wo es nicht gelingt, gelingt es zehn andere Mal.“ Weiter erklärt Kotten, um die Ausschichtslosigkeit der revolutionären Propaganda zu beleuchten, daß überall, wo sich eine revolutionäre Gruppe bilde, immer ein Lockspiegel darunter sei. (Rips bestätigt, daß das wenigstens für Moskau in der Tat gegolten habe.) Diese Erfolge seien erklärlich: „Zur Zeit, da die Revolutionäre Geld hatten, mußte man zu ihnen gehen. Jetzt, wo sie keines haben, kommt man zu uns.“

Je mehr Rips nachdenkt, desto mehr Gründe schelmen sich ihm zur Annahme des Vorschlags darzubieten. Besonders die Erinnerung an Azew wirkt hier mit. Warum war Azew's Stellung in der Partei so sicher und fest bis zum letzten Augenblick, warum sind auch Unternehmungen, von denen Azew nichts wußte, mißlungen? Warte nicht Kotten auch von anderen

großen Probotateuren gesprochen? Azew allein hätte nicht so viel Unternehmungen zum Scheitern bringen können, ohne Verdacht zu erregen. Also waren Hilfskräfte da, die er eingeführt hatte und die selbst wieder ihre Komplizen, vielleicht ohne sein Mitwissen zugeführt hatten. So scheint es ihm zum Schluß, als ob er das notwendige Werk der Reinigung der Organisation fördern könne und er entschließt sich, das Anerbieten anzunehmen. Am Abend des 20. Februar teilt er dies Kotten mit, der ihn sofort auf freien Fuß setzt und für den nächsten Tag in ein Separatzimmer des Restaurants Teflow zu einer Besprechung einläßt.

Bei diesem Rendezvous zeigt sich Kotten gut unterrichtet. Auf Rips' Vorhalten, daß die Revolutionäre, deren Organisation er nicht angehöre („das ist schade, aber es läßt sich gut machen“, bemerkt der biedere Polizeichef dazu), wohl derzeit infolge der Desorganisation durch die Affäre Azew und wegen der mangelnden Geldmittel nichts unternehmen würden, meint er: „Darum sorgen Sie sich nur nicht. Ich weiß aus sicherer Quelle, daß Herr B. J. der Partei 100000 Rubel gegeben hat. Vergessen Sie auch nicht, daß ein Kopf wie der Sawinlows nicht zu beschaulichen Betrachtungen geneigt ist. Glücklicherweise bin ich über alle seine Reisen und sogar seine Absichten auf dem Laufenden. In der Beziehung geht alles bei uns gut. Aber je mehr wir Augen und Ohren haben, desto besser. Sie wissen wohl, daß sich eine unabhängige Gruppe unter Führung A.s. der ein Anhänger des äußersten Terrorismus ist, von der Partei bei der letzten Konferenz abgelöst hat. Man muß sich auf Attentate von ihrer Seite gefaßt machen. Sie müssen sich den revolutionären Zirkeln nähern. Mit der Zeit können sie tiefer eindringen. Sie haben eine Vergangenheit und sie werden umso besser reüssieren, als Bedarf an mutigen Leuten ist.“ Kotten schlägt Rips vor, ins Ausland zu gehen, nach Paris, wo er alle seine Freunde wiederfinden werde und am leichtesten Anknüpfungen finde. Er brauche nichts zu überlegen, denn er werde mindestens sechs Monate im Auslande bleiben. Als Gehalt bekomme er 500 Rubel monatlich, dazu die Reisekosten. Später seien Erhöhungen nach der Maßgabe seiner Fähigkeiten in Aussicht. „Wir sind in dieser Beziehung sehr nobel und stellen jedermann zufrieden.“

Es wird vereinbart, daß Rips nach Paris gehe. Er soll einen Paß auf den Namen Michel Witto — welchen Namen er früher in Moskau geführt hat — bekommen.

Ein zweites Rendezvous findet am folgenden Tage im gleichen Restaurant statt. Diesmal bringt Kotten einen Begleiter mit, Oberst Klimowitsch, einen hohen Funktionär der Petersburger Geheimpolizei, der in Moskau auf der Durchreise ist. Die Unterhaltung wird diesmal von seiten der Polizisten mit noch größerem Zynismus geführt. „Das Leben ist heute nicht mehr interessant. Es ist nichts mehr los!“ Rips versteht und weist auf die vielen Zeitungsmeldungen über Attentate und Expropriationen hin. Klimowitsch erwidert: „Ja, verstehen Sie denn nicht, daß die jetzigen Expropriationen nur ein mäßiges Interesse für uns haben? Mit denen wird die gewöhnliche Polizei fertig. Wir brauchen — als unseren Daseinszweck — andere Affären, die uns Arbeit und Gelegenheit zum Verdienen geben. Fehlen sie, so ist das sehr, sehr verberberlich.“ Klimowitsch fährt dann mit richtigem Spiegelberg-Sumorf: „Die Revolutionäre verlieren an Intelligenz. Kein Mut, keine Initiative, keine Kurage, keine Entschlossenheit zu großen terroristischen Plänen. Wir stehen vor dem Meer und warten vergebens auf den Sturm. Nein, wir brauchen etwas Größeres!“ Rips fragt, ob er in einer revolutionären Versammlung, wo von terroristischen Plänen gesprochen werde, davon abraten oder dazu ermutigen solle. Klimowitsch antwortet: „Sie dürfen sich nicht einem terroristischen Akt widersetzen! Das wäre für Sie nicht von Vorteil, da Sie Ihr Ansehen unter den Revolutionären verlieren würden. Sie müssen im Gegenteil alle Aufgaben auf sich nehmen, da Sie dort sicher sind, keine Gefahr zu laufen! Daß es nur möglichst bald losgeht!“

Die letzte Unterredung mit Kotten fand in Warschau statt. Sie dauerte nur einige Minuten. Kotten weist Rips an, sich in Paris mit einem Agenten namens Alexander in Verbindung zu setzen. Seine Adresse ist Rue d'Ornelle Nr. 79 — die Adresse der russischen Botschaft.

Die Schlusssatzungen der Schrift enthalten das Bekenntnis des Verfassers, daß ihm bei weiterem Nachdenken sein furchtbarer Irrtum benutzt worden sei, und die Warnung an alle Revolutionäre, dieselbe Bahn zu betreten. Aus dem Sumpf der Polizei sei kein Entkommen mehr möglich. Die Argumente der Genossen in Paris, denen er sich anvertraut habe, hätten ihn vollkommen überzeugt, daß das alte Verbot der revolutionären Partei, in Verbindung mit der Polizei zu treten, um des gegenseitigen Vertrauens der Genossen willen aufrecht bleiben müsse. Ein Lockspiegel müsse die Befehle seiner Oberen befolgen. Wie könne er dabei das Interesse der Partei wahren? Sei er doch selbst von Spiegeln überwacht. So bereite er nur seine Entlarbung vor und setze die Partei der Gefahren aus, die solches Doppelspiel mit sich bringen kann.

Ueber den Verlauf der Prozeßverhandlung werden wir berichten.

Die unentwegt Unentschiedenen.

Der Fortschritt in Usedom-Wollin hat der Tapferkeit besseren Teil erwählt. Er sucht sich um eine klare Parole, um eine Entscheidung zwischen rechts und links heranzubringen, er überläßt es den liberalen Wählern, ihre Stimmen nach eigenem Ermessen abzugeben. In einer liberalen Versammlung, die am Sonntag in Swinemünde stattfand, ist eine Resolution dieses Inhalts gefaßt und dann als Kundgebung der liberalen Wahlvereine in Uckermark-Usedom-Wollin veröffentlicht. Da aber dieser Beschluß allein gewissen „Fortschrittlern“ wohl noch zu revolutionär erschien, wird zugleich bekannt gegeben, daß der durchgefallene Kandidat der Volkspartei, der Justizrat Herrendörfer in der Versammlung gefordert hat, die liberalen Wahlvereine möchten die Parole „Für den Konservativen“ ausgeben.

Das nennt man eine Entscheidung! Einen Beschluß, der selbst der Parole „Stimmhaltung“ in weitem Bogen ausweicht! Weil sie bei dem Vorsprung der Sozialdemokratie doch als eine Partei-nahme für diese Partei gedeutet werden könnte! Welchen furchtbaren Ansehens ein tapfer gegen den schwarz-blauen Vlod deklamierender Fortschritt auf jeden Fall vermeiden muß!

Freilich, weshalb sollte der Fortschritt anders sein als der Freisinn, aus dem er hervorging, anders als der Freisinn, der die Vermeidung der Entscheidung bei den Stichwahlen zum Haupttragballen seiner Mandatspolitik gemacht hatte. Wir haben uns von vornherein keine Illusionen über die Haltung des Fortschritts gemacht und sind deshalb nicht enttäuscht. Die Sozialdemokratie wird überdies, wenn nicht etwa der ganze Fortschritt für den Reaktionsstimm, was wir nicht annehmen, ohne fremde Hilfe in dieser Stichwahl zu siegen verstehen. Unsere pommerischen Genossen haben den Kampf sogleich in energischer Weise weitergeführt, erfüllt von dem Gedanken, daß der Wahlkreis aus eigener Kraft erobert werden muß. Es sind noch Reserven verfügbar, die herangezogen werden müssen. Unser pommerisches Parteiblatt, der Stettiner „Vollbote“, sagt darüber:

„Zahlreiche Fischer, die sozialdemokratisch stimmen würden, befanden sich am Donnerstag auf den Wogen der Ostsee, ihrem schweren Gewerbe nachgehend. Viele Hunderte Bauarbeiter und -handwerker sind außerhalb ihres Wohnortes tätig gewesen und konnten bei der Hauptwahl nicht den roten Stimmzettel in die Urne werfen. Am nächsten Freitag müssen auch diese Reserven sich in die Kampffront stellen.“

Natürlich bleibt es bei alledem ein tägliches Schauspiel, daß der Freisinn selbst in solch' zugefügter Situation sich nicht einmal zu einem entschiedenen Kampfe gegen die Junker aufzuraffen vermag. Auf den Dinaurwurf aus dem Vlod, auf die Reichstagsreform ist die Wahlrechtsvorlage gefolgt — der Fortschritt aber bleibt bei der vorsichtigen Unentschiedenheit, die es mit keinem verderben will und es tatsächlich mit allen verbindet, die seine Loge bei den kommenden allgemeinen Reichstagswahlen zu einer wahrhaft verzweifelten machen wird. Die sehr er sich zwischen zwei Stühle gesetzt hat, kann der Fortschritt schon jetzt aus den Stimmen der Presse sehen. Die „Deutsche Tageszeitung“ nimmt keine Rücksicht darauf, daß die liberalen Wahlvereine keine Meinung haben wollen, daß der Justizrat Herrendörfer die Abstimmung für den Konservativen empfahl, sie tobt über „freisinnige Felonie“ in Usedom-Wollin und legt den Beschluß so aus, daß eine große Anzahl, wahrscheinlich eine Mehrheit der Freisinnigen, für den Sozialdemokraten stimmen will. Die „Kreuzzeitung“, die etwas langsamer ist und die Nachricht aus Swinemünde noch nicht bringt, beschwert sich über das Stillschweigen in der „freisinnigen Zeitung“ und die Erklärung der „Vollst“, daß nur die örtliche Organisation die Parole auszugeben berechtigt sei. Das konservative Organ erklärt mit Recht, daß diese Abstimmung des Einigungsabkommens die Presse nicht hindern könne, ihre Meinung zur Sache zu sagen. Die Wähler des linken Flügels in Fortschritt, das „Berliner Tageblatt“ und die „Berliner Volkszeitung“ sagen dem auch ihre Meinung sehr entschieden, natürlich nicht der „Kreuzzeitung“ zu Dank. Das „Berl. Tageblatt“ nimmt sich den Herrn Herrendörfer vor und fordert insbesondere mit Rücksicht auf seine Haltung eine klare Entscheidung gegen die Junker. Das Blatt will die Leitung der Fortschrittlichen Volkspartei, die sich Dienstag nachmittags 5 Uhr im Reichstagsgebäude verammelte, um die Stichwahlfrage zu erörtern, zur Ausgabe dieser Parole veranlassen. Es meint:

„Wenn auch in den Statuten der Fortschrittlichen Volkspartei der — unseres Erachtens sehr bedenkliche — Satz steht, daß die Stichwahlentscheidung den Ortsorganisationen vorbehalten bleibt, so braucht das die Fraktion in keiner Weise zu verhindern, einen Rat zu erteilen und eine Ansicht zu äußern.“

Aber das „Tagebl.“ hat selbst nicht viel Vertrauen zur Entschlußkraft der Parteileitung, es muß eingesehen, es scheint, daß die Mehrheit der Parteiführer geneigt sei, eine „Einmischung“ mit der Berufung auf die bejahte Stelle des Parteistatuts abzulehnen! Bis heute abend spät ist denn auch noch nichts von einem Beschluß der Leitung in die Öffentlichkeit gebrungen.

Die „Berliner Volkszeitung“ greift die Fortschrittler festig an und beschuldigt sie direkt, „durch diese Wackelgänger“ die Sache des reaktionären Kandidaten zu fördern: „Denn“, erklärt sie, „wenn gesagt wird, jeder kann machen, was er will, so heißt das jedenfalls so viel: für den Sozialdemokraten wollen wir nicht die Parole ausgeben. Und das heißt natürlich für die liberalen Wähler, die von der Diplomatenfeigheit schwachherziger „Taktiker“ in ihrem schlichten Wählerverstande nicht verstehen, so viel wie: Wählt den anderen, den Junker.“

So sitzt der Fortschritt schon jetzt in höchst unbequemer Haltung zwischen zwei Stuhlbeinen auf der — Erde. Er kann von Glück sagen, wenn die Mehrheit seiner Wähler gescheitert und mutiger ist.

als die Leistungen sind. Die Sozialdemokratie an der Obermündung wird indes arbeiten, als gälte es, den Wahlkreis gegen die Koalition der Gegner zu erobern.

Die rote Flutwelle.

Professor Deibrück hat eine Rechnung aufgestellt, wonach der Sozialdemokratie bei den nächsten Reichstagswahlen 120 Mandate zufallen sollen. Auch die „*Rheinische Volkszeitung*“ meint, man werde wohl kaum zu hoch greifen, wenn man annehme, daß die Sozialdemokraten ziemlich wahrscheinlich mit 120 Sitzen im nächsten Reichstag rechnen könnten. Die sozialdemokratischen Stimmen, so führt das Blatt aus, seien bei den letzten neun Reichstags-erwahlsahlen um durchschnittlich 33,3 Proz. gestiegen. Nämlich in Landsberg-Soldin um 16,6 Proz., im Halle-Saalekreis um 18 Proz., in Uesdom-Vollin um 27,5 Proz., in Jauer-Landes-hut und Müllheim-Wipperfürth um 28 Proz., in Eisenach-Dermbach um 29,7 Proz., in Koburg um 43,5 Proz., in Syd-Oleko-Johannisburg um 45 Proz., und in Posen endlich um 62,7 Proz. Nehme man nun, so führt das rheinische Zentrumblatt weiter aus, selbst nur ein Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen um 25 Proz. an, so würden schon alle Wahlkreise, in denen bei den Stimmzählungen 40 Proz. und mehr der abgegebenen Stimmen auf die Sozialdemokratie entfielen, ohne Stichwahl von der Sozialdemokratie erobert werden. Solcher Wahlkreise gäbe es genau 50, so daß mit den bisherigen 47 die Sozialdemokraten schon rund 100 Sitze bekämen, ohne die von ihnen zu erobernden Stichwahlkreise. Da nun aber die Sozialdemokratie selbst 1907 in der Stichwahl noch 14 Kreise gewann, so dürfte die Schätzung von 120 sozialdemokratischen Mandaten keineswegs übertrieben sein.

Das Zentrumblatt benutzt dieses Schreckgespenst, um die bürgerlichen Parteien zu einer „gemeinsamen Frontstellung gegen die Sozialdemokratie“ aufzurufen. Es rebet namentlich den liberalen Parteien zu, sich dem gemeinsamen Bloß gegen die Sozialdemokratie anzuschließen. Seien doch gerade die Mandate der liberalen Parteien in erster Linie bedroht. 17 nationalliberale und 16 freisinnige Mandate würden voraussichtlich der Sozialdemokratie zufallen. Dagegen nur 16 der gesamten Rechten und des Zentrums, nämlich 5 Kreise der Reichspartei, 3 der Wirtschaftlichen Vereinigung, 2 der Reformpartei, 3, die durch fraktionslose Abgeordnete der Rechten vertreten werden, 2 der Konserbativen und ein Zentrumswahlkreis!

Die Rechnung des Zentrums dürfte doch wohl nicht ganz stimmen. Wenigstens nicht insofern, als sie die Verluste der Rechten allzu niedrig veranschlagt und den Liberalen vorpiegelt, daß durch ein gemeinsames Vorgehen gegen die Sozialdemokratie die von dieser bedrohten liberalen Mandate gerettet werden könnten. Denn wenn sich die sozialdemokratische Stimmenzahl, was auch wir hoffen, tatsächlich um 25 Proz. durchschnittlich erhöhen sollte, würden die 50 Wahlkreise, in denen die Sozialdemokratie das vorige Mal mindestens 40 Proz. aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte, auch durch den Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien nicht gerettet werden können!

Aber die „*Rheinische Volkszeitung*“ meint es auch wohl so, daß der Liberalismus künftig jede Reibung mit den Parteien des blau-schwarzen Bloß vermeiden und sein ganzes Sinnen und Trachten nur darauf richten möchte, gegen die Sozialdemokratie loszuschlagen! Die Frage der Reichsfinanzreform, des Wahlrechtsstrugs, der Schulverfassung, kurz, alle Streitfragen zwischen der bürgerlichen Linken und dem Schnaps- und Antiwahlrechtsblock läßt das Zentrum am liebsten völlig aus der politischen Diskussion ausscheiden! Wir können dem Zentrum und den Konserbativen diesen Wunsch ja nachfühlen, denn es ist ganz fraglos, daß der Kampf der bürgerlichen Parteien miteinander natürlich der Sozialdemokratie zugute kommt. Auf der anderen Seite freilich können die liberalen Parteien auf die Brandmarkung des Schnapsblocks unter keinen Umständen verzichten, wenn sie nicht erst recht unter den Schlitzen kommen wollen! Denn wie schlecht es dem Liberalismus bekommt, wenn er mit Junkern und Pfaffen zusammen durch Dick und Dünn geht, beweist ja die Quittung, die er in Uesdom-Vollin so prompt dafür erhalten hat, daß er als Glied des großen Byzantinerbloß für die 3½ Millionenliebesgabe für die Krone gestimmt hat!

Der Liberalismus mag sich betten wie es ihm beliebt; aber daß er bei den nächsten Reichstagswahlen besser abschneiden würde, wenn er sich aus blindem Sozialistenschreck der Reaktion in die Arme wirft, wird er bei einer kühlen Abwägung der Gewinn- und Verlustchancen schwerlich annehmen können!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Juni 1910.

Der Rixdorf-Schöneberger Wahlprotest.

Genosse Pagens sendet uns folgende Zuschrift: Bei der Verhandlung über die Gültigkeit der Wahl des Herrn Reinbacher im Landtagswahlkreis Rixdorf-Schöneberg hat der „freisinnige“ Herr Fischbeck in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. Juni Ausführungen gemacht, die sich denn doch mit den Tatsachen absolut nicht in Einklang bringen lassen.

Herr Fischbeck hat zwar behauptet, die Kommission habe „Sorgfalt“ angewandt. Diese hat aber noch nicht einmal zugereicht, um die eigentlichen Protestgründe von den ganz nebenher angeführten Beispielen zu unterscheiden.

Der Protest stütze sich bekanntlich darauf, daß:

1. Die Steuerliste des Jahres 1907 in Rixdorf zugrunde gelegt waren.
2. Die Abteilungslisten nicht in alphabetischer Weise aufgestellt waren.
3. Eine große Reihe weiterer Unregelmäßigkeiten bei Aufstellung der Wählerlisten in Rixdorf vorgekommen sind, und
4. Stichwahlen vollständig zu Unrecht angeordnet worden, während notwendige unterblieben.

Doch alle diese Dinge vorgekommen sind, ist im wesentlichen von dem Magistrat in Rixdorf zugegeben worden.

Neben diesen eigentlichen Protestgründen sind dann eine ganze Reihe Beispiele angeführt, die beweisen, in welcher Art sich das ganze Resultat der Wahl verschoben hätte, wenn die gesetzlichen Bestimmungen innegehalten worden wären.

Diese Beispiele sind von den Hauptwahlen und Stichwahlen gesondert aufgeführt worden, und die gewissenhafte

Prüfung des Herrn Fischbeck hat noch der angeklachten „Sorgfalt“ das wohl nicht entbehren können, — — oder wollen.

Herr Fischbeck hat nun nach dem Bericht des „*Berliner Tageblatt*“ gesagt: „Sieht man den ersten Punkt des Protestes an, so findet man, daß hier Protest erhoben wurde, trotzdem in dem betreffenden Bezirk die sozialdemokratischen Wahlmänner gewählt wurden. Genau dasselbe ist beim 2. Punkt der Fall.“ — — Hierin liegt das Jongleurkunststück!

Als Beispiel ist in dem Protest unter anderem angeführt worden, daß schon bei den Hauptwahlen in bestimmten Bezirken unsere Wahlmänner gewählt worden wären, wenn geschicklich verfahren wurde. Es ist dabei vollständig unerheblich, ob in zwei Bezirken die sozialdemokratischen Wahlmänner später noch in der Stichwahl gewählt wurden oder nicht, weil diese Dinge eben nur als Beispiele für die Verschiebung der Abteilungslisten angeführt wurden.

Wenn wir gegen die Wahl der einzelnen Wahlmänner hätten Einspruch erheben wollen, dann hätten wir je die gewissenhafte Mitwirkung des Herrn Fischbeck nicht gebraucht, sondern hätten diese Einsprüche schon bei Gelegenheit der Abgeordnetenwahl bei dem Wahlkommissar erheben können.

Aus dem Protest ist klar ersichtlich, daß die einzelnen Beispiele von den Hauptwahlen und Stichwahlen gesondert aufgeführt wurden, und da Herr Fischbeck erklärt hat, es sei „Sorgfalt“ angewandt worden, dürfte diese Tatsache weder ihm noch den übrigen Kommissionsmitgliedern entgangen sein. — — Es bleibt danach nur übrig, daß Herr Fischbeck in seiner bekannten Gewissenhaftigkeit dieses Mittelstück angewandt hat, um den Anschein zu erwecken, als wären in dem Protest Dinge behauptet, die der Wahrheit nicht entsprechen, um auf diese Weise ein freisinniges Mandat zu retten. — —

Herr Fischbeck hat erklärt, die Behauptungen des Protestes seien in der Kommission als Frivolität bezeichnet worden. Ich erkläre meinerseits als Verfasser des Protestes, daß die Erledigung desselben ein erneuter Beweis für die vollständige politische Verwahrlosung des Freisinnigen ist und daß kein ehrlicher Politiker, der noch etwas auf Reputation hält, einen solchen Streich mitgemacht haben würde.

Herrenhaus.

Der Enzyklarummel hat nun auch im Herrenhause einen Nachhall gefunden, allerdings nur einen recht matten. In der Dienstagung erklärte vor der Tagesordnung der Graf v. Ziehn-Schwerin kurz, daß die päpstliche Kundgebung eine schwere Verunglimpfung der evangelischen Bevölkerung enthalte, den konfessionellen Frieden bedrohe und deshalb auf das entschiedenste zurückgewiesen werden müsse. Der Freiherr von Landsberg legte als Katholik Verwahrung gegen die Erklärung seines Vorgesetzten ein. Er könne nicht zugeben, daß die Enzyklika Schmähungen und Verunglimpfungen enthalte. Andererseits bezeige er jedoch die Erregung der protestantischen Bevölkerung. Es müsse ihm so mehr aller Bestreben sein, wie bisher mit allen Kräften für den konfessionellen Frieden zu wirken.

Damit war die Affäre für die erlauchten und edlen Herzen erledigt, die sich nunmehr der Aufarbeitung der ihnen vom Abgeordnetenhaus zugegangenen Gesetzesvorlagen zuwenden.

Die Abbitte des Papstes.

Die „*Nordd. Allg. Ztg.*“ veröffentlicht das Resultat der diplomatischen Schritte, die die preussische Regierung beim Vatikan unternommen hat. Danach hat der preussische Gesandte dem Kardinalstaatssekretär eine Note überreicht, in der es heißt, daß die Urteile der Vortomant-Enzyklika über die Reformation in allen evangelischen Kreisen tiefe Erregung hervorgerufen habe. Dann fährt die Note fort:

Die königlich preussische Staatsregierung sieht sich daher veranlaßt, gegen diese auch an das preussische Episkopat gerichteten Kundgebungen Verwahrung einzulegen. Zugleich weist sie darauf hin, daß die Verantwortung für Störungen des konfessionellen Friedens, welche eine Folge des Kundschreibens sind, allein diejenige Stelle trifft, von der es ausgegangen ist. Dies glaubt die preussische Regierung, die beim Apostolischen Stuhle im Interesse guter Beziehungen zwischen Staat und Kirche eine diplomatische Vertretung unterhält, durch ihren Vertreter mit um so größerer Berechtigung aussprechen zu können, als sie ihrerseits, treu ihren verfassungsmäßigen Aufgaben, bestrebt ist, mit allem Ernst und mit allen Mitteln die Wahrung und Festigung des Friedens zwischen der evangelischen und der katholischen Bevölkerung des Staates zu fördern.

Der Gesandte forderte bei Ueberreichung der Note, daß die Enzyklika in den deutschen Diözesen weder von der Kanzel verkündet, noch in den bischöflichen Verordnungsblättern veröffentlicht würde.

Diesen Wunsch hat der Vatikan prompt erfüllt und die deutschen Bischöfe angewiesen, die Veröffentlichung zu unterlassen. Außerdem wurde dem preussischen Gesandten eine Note eingehändigt, in der es heißt:

„Der heilige Stuhl glaubt, daß der Ursprung dieser Erregung darauf zurückzuführen ist, daß der Zweck nicht richtig erkannt worden ist, auf den die Enzyklika gerichtet war, und daß daher einige ihrer Sätze in einem Sinne ausgelegt worden sind, der den Absichten des Heiligen Vaters völlig fremd ist. Es liegt daher dem unterzeichneten Kardinal daran, zu erklären, daß Seine Heiligkeit mit wahren Bedauern die Nachrichten von einer solchen Erregung vernommen hat, da — wie schon öffentlich und formell erklärt worden ist — irgend welche Absicht, die Ruchlosigkeiten Deutschlands oder dessen Fürsten zu kränken, seiner Seele ganz und gar fern lag.“

Der heilige Vater hat übrigens niemals eine Gelegenheit vorbeigehen lassen, um seine aufrichtige Achtung und Sympathie für die deutsche Nation und ihre Fürsten zu bekunden, und hat noch bei einer kürzlichen Gelegenheit die Freude gehabt, diese seine Gefühle zu wiederholen.

Der unterzeichnete Kardinal bemerkt diese Gelegenheit, um seiner Erregung den Ausdruck seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.“

Die offiziellen Blätter werden nicht verschleiern, diesen Ausgang des Enzyklarummels als großen Erfolg des Herrn v. Bethmann-Hollweg auszuweisen. Und die Fansoren werden umso lauter schmettern, als dies die erste und sicherlich die letzte Gelegenheit sein wird, von einem Erfolg dieses großen Staatsmannes zu sprechen. Es muß deshalb gesagt werden, daß dieser „Erfolg“ zur Voraussetzung hatte, daß Herr v. Bethmann einen so machtlosen und unfähigen Gegenspieler fand, wie es der Vatikan ist. Quers hat der Papst in größter Manier losgelockert, jezt leistet er Abbitte, wenn er auch sein Urteil nicht zurücknimmt. Das eine ist im Grunde genommen so bedeutungslos wie das andere und beweist nur, wie ohnmächtig heute der Papst, wenigstens in Kulturländern, geworden ist. Deswegen war die Entrüstungsproduktion ja auch so lächerlich, wie sie gefährlos und billig war. Die zumeist Entrüsteten, die Konserbativen, sind gerade diejenigen, die zu der Unterdrückung jeder Geistesfreiheit nicht weniger bereit sind, denen aber dafür viel stärkere Nachmittel zur Verfügung stehen als dem römischen Bischof. Und die preussische Regierung als Verfechterin irgend einer Freiheit wirkt erst recht nur komisch.

Mit der Abbitte des Papstes wird der Rummel nun wohl vorüber sein. Die nationalliberale Spekulation, durch Entfaltung

kulturkämpferischer Instinkte die Konserbativen vom Zentrum ab- und zu sich hinüberzuziehen, wonach sich diese „*Liberalen*“ am meisten freuen, ist mißglückt, und die Komödie, die schon herzlich langweilig war, endlich zu Ende.

Das Fiasko der „*Lex Trimborn*“.

Man kennt das demagogische Manöver, das das Zentrum bei den Beratungen des Zolltarifes ausgeführt hat, um seinen Anhängern sein Eintreten für den Protowucher schmählicher zu machen. Es ließ damals erklären, daß die Mehreinnahmen aus den Agrarzöllen für soziale Zwecke verwendet werden sollen, namentlich für die Witwen- und Waisenversorgung. In Wirklichkeit gab trotz der Hinweis auf unserer Genossen das Zentrum diesem „*sozialen Paragraphen*“ eine solche Gestalt, daß er völlig wertlos wurde. Was damals unsere Genossen voraussagten, wird jezt auch offiziös eingestanden, wie folgende Notiz beweist:

Bekanntlich ist nach § 15 des Zolltarifgesetzes der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Reinertrag aus den Getreide- und Viehzöllen, soweit er den nach dem Durchschnitte der Jahre 1898 bis 1903 auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Reinertrag dieser Zölle übersteigt, zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung zu verwenden. Aus dem Jahre 1907 hat ein Betrag von über 42 Millionen Mark zu dem gedachten Verwendungszweck festgestellt werden können. Für die Jahre 1908 und 1909 hatten sich Ueberschüsse nicht ergeben. Wie jezt festgestellt worden ist, bleibt auch für das Rechnungsjahr 1909 der auf den Kopf der Bevölkerung berechnete Reinertrag aus den bezeichneten Zöllen hinter dem Durchschnittsertrage der Jahre 1898 bis 1903 zurück, so daß auch aus dem Jahre 1909 Ueberschüsse für die Zwecke der Hinterbliebenenversorgung nicht zur Verfügung stehen. Aus diesem Grunde wird auch das Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung die Aufhebung des § 15 des Zolltarifgesetzes in Vorschlag und in seine Stelle die Reichsversicherungsordnung mit festen Beiträgen des Reichs zur Durchführung der Hinterbliebenenversorgung setzen.

Den Profit aus den Wucherzöllen haben also ganz ausschließlich die Großgrundbesitzer eingesackt und aus dem Raub aus den Taschen der Arbeiter wird ihren Witwen und Waisen nicht das Geringste zurückgegeben. Das ist Zentrumspolitik!

Die kleine Militärvorlage.

Unser Militarismus fordert nicht nur in der nächsten Zeit für die Vermehrung der Präsenzstärke gewaltige Opfer, sondern auch kleinere, aber immerhin noch nach Millionen zu rechnende Ausgaben für die neue militärische Mode. So sollen die diesjährigen Kaisermanöver erproben, ob die neue Felduniform allgemein eingeführt werden soll. Die neue Militäruniform besteht aus grauem Rock und grauer Hose, grauer Lagermütze, naturgelbem Lederzeug, gelben Stiefeln und grauen Ranzeln. Wird diese neue Uniform sich bewähren, und das wird ja wohl der Fall sein, so wird sie für die ganze Armee eingeführt werden. Dann wird das weiße und schwarze Lederzeug, werden alle blauen, roten, grünen, braunen usw. Uniformen verschwinden. Das heißt wenigstens für den Felddienst. Als Paradeuniform werden diese Papageifarben möglicherweise auch noch länger beibehalten werden. Auch werden neue Helme ohne glitzernde Metallbeschläge beschafft werden müssen. Kurzum, diese Umstellung der Uniformen an das Kriegsmäßige, die für jeden vernünftigen Menschen schon vor Jahrzehnten auf der Hand lag, wird nun endlich durchgeführt werden und Millionen kosten.

Auch die Kavallerie soll wieder einmal teilweise neu bewaffnet werden. Insofern wenigstens, als künftig der lange Säbel fortfallen und durch ein kurzes, auf den Karabiner aufzupfanzendes Seitengewehr ersetzt werden soll. Nur darüber ist man sich noch nicht einig, ob man den Offizieren gleichfalls den langen Säbel nehmen oder nicht doch lieber des martialischen Aussehens wegen belassen soll.

Wie dem aber auch sei, jedenfalls wird diese neue Uniformierung und Bewaffnung schweres Geld kosten.

Personenwechsel in der Leitung der Kieler Werft.

Wie der „*Berliner Lokal-Anzeiger*“ (Mittagsblatt vom 14. Juni) berichtet, verlautet in Marinekreisen mit Bestimmtheit, daß der derzeitige Oberwerftdirektor der Kieler Werft und Stiglabjutant des Kaisers, Vizeadmiral von Uesdom, kurz nach Beendigung der Kieler Woche einen längeren, angeblich sechsmonatlichen Urlaub antreten und nicht wieder auf seinen Posten zurückkehren werde. Als sein Nachfolger wird Kapitän zur See Penzel, der nahe vor seiner Beförderung zum Konteradmiral stehen soll, genannt. — Ein Systemwechsel tritt natürlich nicht ein, auch wenn sich diese Nachricht bestätigt. — Wahrscheinlich ist der Kieler Werftprozeß nicht ohne Einfluß auf den Rücktritt des Herrn von Uesdom gewesen!

Nochmal das Danziger Wasserloch.

Unser Danziger Korrespondent, der durch eine Reise verhindert war, sofort auf die Vertuschungsnotiz der zuständigen Stelle, die wir in Nr. 120 wiedergaben, zu antworten, schreibt uns heute:

Die „zuständige Stelle“ dementiert und bestätigt zugleich unsere Angaben. Zunächst wird bestätigt, daß das Wasserloch nicht abgefischt wurde. Die gründliche Abfischung mit geeignetem Werkzeug haben wir seit circa 6 Monaten gefordert. Warum erfolgt sie nicht? Ferner wird bestätigt, daß der Fender gefunden und abgefahren wurde. Er soll einen Wert gleich Null haben. Zu dieser Äußerung bemerken wir, daß es auf der Werft überhaupt keine Gegenstände ohne Wert gibt. Auch die unscheinbarsten Abfälle sind von Wert. Dieser Fender war nicht alt, da er nur circa acht Tage seiner Bestimmung gedient hatte. Möglich, daß er — nachdem er monatelang im Wasser gelegen hat — an Wert erheblich verloren hat. Es kommt darauf an, welchen Wert der Fender hatte, als er versenkt wurde und nicht, welchen er heute hat.

Dann der „alte Schutt“. Wir fragen, warum macht man keine Angaben über die Bestandteile des „alten Schuttes“? Erdgeröll und Ziegelsteine hat man doch nicht abgefahren, sondern Eisen, anderes Metall und gußeiserne Fenster. Seit wann sind diese Dinge „wertloser alter Schutt“? Warum fährt man sie heute nach dem Altfisenhof, um die Sachen zu verkaufen? Ein sonderbarer Musterbetrieb!

Nachwahl in Cannstatt-Ludwigsbürg.

Der Bund der Landwirte hat den früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Wolff als Kandidaten aufgestellt.

Die bairische Steuerreform.

München, 9. Juni. Nach monatelanger Pause beschäftigte sich heute das Haus der Abgeordneten wieder einmal mit der bairischen Steuerreform. Unterdessen hat nämlich die obere Kammer, das bairische Herrenhaus, die Steuerfrage beraten und in recht wichtigen Punkten verabschiedet. Diese Verabschiedungen geben besonders nach der Richtung der höheren Belastung der niederen Einkommen und der größeren Begünstigung der Kapitalisten. Der Steuerzuschuß der Kammer trat einem Teile der Verschlässe der

Kammer der Reichsräte bei, blieb aber in wichtigen Punkten auf seinem alten Standpunkte stehen.

Das Haus der Abgeordneten lehnt es zunächst ab, zugunsten des Gesellschaftskapitals eine Erleichterung zu treffen, ebenso die Ermäßigung des Steuerzins nach oben zu beschließen. Die Kammer der Reichsräte bestimmte für die größten Einkommen einen Höchstsatz von 47, Proz., die Kammer der Abgeordneten aber bleibt auf dem Satze von 5 Proz. bestehen. Der Kinderparagraph ist von der Reichsratskammer vollständig gestrichen worden. Der Steuerzuschuß der Abgeordnetenkammer stellte den Beschluß der Abgeordnetenkammer wieder her. Die Regierung bringt einen neuen Antrag ein, der die soziale Wirkung des Kinderparagraphen abschwächt. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Liberalen und Sozialdemokraten angenommen. Nunmehr gibt der Führer Dr. Taffelmann im Namen der Liberalen Vereinigung eine Erklärung ab, daß ein Teil seiner Fraktion gegen das Einkommensteuergesetz stimmen werde, weil die Beratungen der Reichsratskammer gezeigt hätten, daß eine Hoffnung auf Einführung einer Vermögenssteuer nicht bestehe. Schließlich wird das Einkommensteuergesetz mit 80 gegen 20 Stimmen angenommen.

Erzberger und die „Köln. Volkszeitung“.

Auf die Erklärung des Abg. Erzberger antwortet die „Köln. Volkszeitung“ mit einer längeren Gegenerklärung, worin sie alle ihre Behauptungen aufrecht erhält. Zum Schluß charakterisiert das Zentrum das Blatt der Zentrumsabgeordneten folgendermaßen: „Entschieden lehnen wir jede Zensur für uns ab vom Abg. Erzberger, der sich in wenigen Jahren so oft und so schwer bloßgestellt und der Partei durch sein Vorgehen und Verhalten so viele Ungelegenheiten bereitet hat, allerdings ohne es einzusehen. Und das ist eben das Schlimmste.“

Landtagswahl in Bayern.

Eine Ersatzwahl im Kreise Regen ergab für den Kandidaten des Zentrums Bötz 218, für den Liberalen Fischer und für den Sozialdemokraten Kubitschek 451 Stimmen. Das Zentrum hat über 500 Stimmen verloren. Die sozialdemokratischen Stimmen haben sich in diesem Zentrums-Wahlkreise seit 1907 nahezu verdreifacht, trotz der schäblichen Agitationsweise des Zentrums, das durch Saal-Abtreiber jede Versammlung unendlich machte. Diese neue Quittung, die das Zentrum für den fortgesetzten Verrat der Volkswirtschaften einstecken muß, ist überaus erfreulich.

Eine Staats-Affäre.

Das Reich bzw. die „Staatsbürger-Zeitung“ schlägt Kopriolen vor. Das Reich bzw. die badische Generalintendant Dr. Würtlin, der Vizepräsident der 1. badischen Kammer, dieser Tage einen parlamentarischen Vierabend veranstaltet und dazu die sozialdemokratischen Abgeordneten der 2. Kammer nicht eingeladen hat. Das Blatt hält dies Verfahren dem badischen Minister des Innern v. Wobmann, der jüngst auch die Sozialdemokraten zu einem Vierabend lud, als nachahmenswertes Beispiel vor. Es sind doch schwere Sorgen, die unsere Antisemiten drücken. Da sind wir Sozialdemokraten besser daran. Denn wir wählen kaum, was uns weniger bekümmern würde als die Tatsache, daß Herr Würtlin keine Sozialdemokraten als seine Gäste sehen mag. Und wir nehmen an, daß unsere badischen Genossen unsere Gefühle teilen.

Chronik der Soldatenmißhandlungen.

Wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt in 67 Fällen wurde der Unteroffizier Josef Pfandl vom 2. bayerischen Infanterieregiment vor dem Kriegsgericht der 1. bayerischen Division zu München zu 3 Monate Gefängnis verurteilt. Pfandl hatte einen Untergebenen besonders durch erschöpfende Übungen auf der Kasernenstraße, 50mal Gewehrstricken, Stiefelputzen, auf den Beinen stehend in militärischer Haltung und dergleichen mehr raffiniert gequält.

Nur 10 Tage Mittelarrest erhielt der Gefreite Widlers vom Garde-Füsilierregiment von dem Kriegsgericht der 1. Garde-division zu Berlin, der als Stellvertreter des Korporalschaftsführers einen Füsilier wiederholt mißhandelt hatte. Fünfmal warf er einen Schemel nach dem Soldaten, der dreimal getroffen wurde. Ferner verurteilte Widlers dem Untergebenen eine Reihe von Stößen und traktierte ihn mit Fußtritten. Auch pflegte er ihn im Zimmer hin und herzujaugen.

Spanien.

Klerikale Frechheit.

Das Ministerium Canalejas hat ein Dekret veröffentlicht, das den nichtkatholischen Religionsangehörigen Kultusfreiheit gewährt. Gegen diese Selbstverständlichkeit macht der Vatikan mobil. Sein Organ, der „Osservatore Romano“, veröffentlicht folgende Note: „Sobald der Heilige Stuhl die bestimmte Nachricht von der bevorstehenden Veröffentlichung des Dekretes in der „Gaceta de Madrid“ erschienenen königlichen Dekretes erhielt, das das Konkordat verletzt, hat er nicht verfehlt, der spanischen Regierung seinen formellen Protest zugehen zu lassen.“

Canalejas wird, wie aus Madrid telegraphiert wird, antworten lassen, das fragliche Dekret habe mit dem Konkordat nichts zu tun und bedeute daher keine diplomatische Inkorrektheit. Es handle sich vielmehr nur um eine Maßnahme der inneren Verwaltung.

England.

Die Lage in Ägypten.

London, 13. Juni. Im weiteren Verlauf der Unterhausdebatte erklärte Balfour, eine Selbstverwaltung Ägyptens sei undenkbar. Ein genauer Kenner Ägyptens habe ihm, dem Redner, gesagt, daß die dortige Lage überaus unzufrieden sei, weil die Autorität der herrschenden Rasse untergraben sei. Balfour meinte, er wisse nicht, ob das die Schuld der ägyptischen Verwaltung sei, oder ob es umstände zuzuschreiben sei, über die niemand Gewalt habe; das aber wisse er, daß die Situation nach einer entscheidenden Handlung rufe.

Sir Edward Grey erklärte: Die Lage in Ägypten habe Anlaß zu ernstern Erwägungen gegeben, aber sie sei nicht annähernd so ernst, als hier angedeutet worden sei. Zurzeit läge keinerlei Grund zur Beunruhigung vor, wohl aber seien Symptome vorhanden gewesen, die Anlaß zur Sorge gegeben hätten. Wir sind verantwortlich für die Regierung in Ägypten, wir müssen für die allgemeine Politik verantwortlich bleiben, und die ägyptischen Minister sind gebunden, unseren Ratschlägen zu folgen. Die antibritischen Agitatoren sind nur eine kleine Klasse von Menschen, aber ihr Ziel ist zweifellos, der britischen Okkupation dadurch ein Ende zu machen, daß sie ihr die Erfüllung ihrer Aufgabe unmöglich machen. Wir können Ägypten nicht ohne Schande für uns im Stich lassen. Alle antibritische Agitation kann hier einen Erfolg haben: uns nämlich dahin zu führen, unsere Autorität immer mehr geltend zu machen. Die Aufrechterhaltung der Okkupation und eine gute Regierung ist die erste Aufgabe der britischen Regierung und des britischen Parlaments.

Das Frauenwahlrecht.

London, 14. Juni. Im Unterhause wurde die Vorlage über die Erhöhung der Dividende und über eine Regentenschaft eingebracht.

Die erste Lesung des Gesetzeswurfs betreffend die Ausübung des parlamentarischen Wahlrechts auf die

Frauen zu denselben Bedingungen wie bei den Municipalwahlen wurde formell angenommen. Es ist keine Aussicht vorhanden, daß der Gesetzeswurf in dieser Session erledigt wird.

Dänemark.

Die Ministeranfrage

Kopenhagen, 14. Juni. In der heutigen Vormittags-Sitzung beendete der öffentliche Ankläger sein Plaidoyer; er beantragte am Schluß desselben, die Angeklagten Christensen und Berg in allen gegen sie erhobenen Anklagepunkten für schuldig zu sprechen und sie nach den entsprechenden Paragraphen des bürgerlichen Strafgesetzbuches zu bestrafen, sowie ihnen ferner die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen. In der Nachmittags-Sitzung begann der Verteidiger sein Plaidoyer. Er betonte, daß Alberti weder Mitwisser noch Mitschuldige gehabt habe und daß niemand etwas von seinen Unterstellungen geahnt habe. Wenn sogar Leute, die Alberti am nächsten standen und seine Geschäfte am besten kannten, ihm ein blindes Vertrauen entgegengebracht hätten, sei es ungerecht, zu verlangen, daß Christensen und Berg, die ihm fernher standen, Mißtrauen gegen ihn haben sollten. Die Wahrheit sei, daß Alberti alle, vom König bis herab zu den geringsten, genarrt und betrogen habe. Die Verantwortung hierfür trage ausschließlich der große Verbrecher Alberti, und deshalb dürfe man nicht ungerecht sein, einen Teil der Verantwortung hierfür auf andere schieben zu wollen, die ohne Schuld seien.

Rußland.

Für die Juden.

Petersburg, 14. Juni. In der Duma brachten heute 168 Abgeordnete, bestehend aus der Linken und 25 Oktiobristen, einen Antrag auf Aufhebung des Anfassigkeitsgesetzes für die Juden ein. In den Motiven heißt es: Die vom Ministerium des Innern eingebrachte Vorlage betreffend die Unantastbarkeit der Person läßt Domizilbeschränkungen für Bürger zu, die in der Vorlage besonders aufgeführt sind. Das Ergoße zu der Vorlage erklärt, die Initiative zur Aufhebung des Anfassigkeitsgesetzes für die Juden müsse von der Volksvertretung ausgehen. Der Antrag der Abgeordneten weist darauf hin, daß Fortbestehen der Domizilbeschränkungen für die Juden in dem erneuten Rußland sei äußerst ungerecht, widerspreche dem Manifest vom 30. November, füge dem Staat direkt Schaden zu und dämme die wirtschaftliche Entwicklung, zu der alle Bürger ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität beizutragen berufen seien, und trage zu der Demoralisierung eines Teiles der Staatsverwaltung bei, welche die Domizilbeschränkung der Juden zum eigenen Vorteil ausnütze, indem sie Umgehungen des Gesetzes gestatte.

Türkei.

Die Kretafrage.

Paris, 14. Juni. Der offiziöse „Welt Parisien“ schreibt über die kritische Frage: Man darf sich nicht verhehlen, daß die Diplomatie die Lage für heikel, verwickelt, ja selbst für beunruhigend hält. Die griechische Regierung hat bei den Mächten auf den den Verträgen zuwiderlaufenden Vorfakt der griechischen Waren hingewiesen und die Mächte haben versprochen, zu intervenieren. Es fragt sich nur, ob die Vorste imstande sein wird, den Vorfakt nunmehr einzudämmen. Provisorische Lösungen genügen jetzt nicht mehr; mögen die Kreter die mohammedanischen Deputierten zur Nationalversammlung zulassen oder nicht: die Lösung der Frage wird dadurch auch nicht um einen Schritt vorwärts gebracht. Es handelt sich darum, ob Kreta griechisch sein soll oder ob die Souveränität der Türkei unter Aufrechterhaltung der Autonomie der Insel wiederhergestellt werden soll. Die Verhandlungen der Schlichter über diesen Punkt dauern fort. Frankreich ist an der ganzen Angelegenheit am wenigsten beteiligt, da es weder von Familienrücksichten wie Rußland, noch von strategischen Rücksichten wie England geleitet wird. Minister Vichon hat eine Einberufung der Vorkonferenz der Schlichter nach London unter dem Vorste Greys angeregt. Italien und Rußland haben diesen Vorschlag bereits günstig aufgenommen, die britische Regierung ist noch mit der Prüfung des Vorschlages beschäftigt.

Rumänien.

Ein Konflikt mit Griechenland.

Bukarest, 14. Juni. Als der rumänische Postdampfer „Imperatul Trajan“, von Alexandrien kommend, gestern im Hafen von Piräus anlegte, bemächtigte sich eine Menge von 3000 Personen des Schiffes, plünderte es und führte den Kapitän mit Gewalt nach dem Hafenterritorium. Auf dem Dampfer befanden sich Prinz Nikolai und Prinzessin Maria von Rumänien, welche von Ägypten kamen.

Ein türkischer Protest.

Konstantinopel, 14. Juni. Die die Wälder melden, hat die Pforte ihren Äthener Gesandten beauftragt, wegen der Mißhandlung eines türkischen Offiziers und anderer Passagiere durch Griechen beim Ueberfall auf das rumänische Schiff „Imperatul Trajan“ zu protestieren.

Freche Ablenkung.

Athen, 14. Juni. Die Regierung hat die Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung gegen die Bootsleute angeordnet, die einen Deserteur griechischer Abstammung, den der „Imperatul Trajan“ nach Rumänien bringen wollte, mit Gewalt von Bord entfernt haben. Daß die Volksmenge das Schiff geplündert und den Kapitän mißhandelt habe, ist nicht richtig.

Aus der Justizkommission.

Zum Beginn der Dienstsitzung wurde über den § 153 abgestimmt. Gegen die 10 Stimmen der Nationalliberalen, Konservativen und Reichsparteiler wurde der § 153 nach der Regierungsvorlage abgelehnt, aber mit 13 gegen 11 Stimmen erhielt er in Absatz 1 und 2 nach dem konservativ-nationalliberalen Antrag folgende Fassung:

„Bei Uebertretungen kann die Staatsanwaltschaft mit Zustimmung des zuständigen Gerichts von Erhebung der Klage absehen, wenn die Verfolgung des Verdächtigen durch das öffentliche Interesse oder wegen geringfügigkeit der Verletzung nicht geboten erscheint. Von dieser Entscheidung ist der Angezeigte in Kenntnis zu setzen.“

Wird die Verfolgung von demjenigen beantragt, der ein berechtigtes Interesse an ihr hat, so darf der Antrag nur abgelehnt werden, weil die tatsächlichen Umstände nicht ausreichen.“

Die gesperrten Worte bezeichnen die Abweichungen von der Regierungsvorlage. Die Durchbrechung des Legalitätsprinzips ist also mit knapper Mehrheit beschlossen, nur daß es in die Hand der Staatsanwaltschaft und des zuständigen Gerichts gegeben ist, in „Bogataellen“ die Anklage zu erheben oder zu unterlassen.

Zum § 154 wurden die Anträge Gröber und Heinze angenommen, die den § 154 der Regierungsvorlage ersetzen. Ohne Diskussion wurde die §§ 155 bis 159 und damit der erste Abschnitt erledigt.

Der zweite Abschnitt behandelt das Ermittlungsverfahren. Nach dem § 160 sind Anzeigen von Staatsanwälten und

Anträge auf Strafverfolgungen bei der Staatsanwaltschaft, den Gerichten oder Polizeibehörden einzureichen. Wenn ein Straf-antrag auf der Polizei protokolllarisch abgegeben wird, soll das Protokoll von dem Antragsteller unterschrieben werden. Ein Zentrumsantrag will die Soll- durch die Rußvorschrift ersetzen. Unsere Genossen forderten, daß Strafankträge bei den Polizeibehörden nur schriftlich eingereicht werden können. Unter Ablehnung dieser Anträge wurde der Regierungsparagraph angenommen.

Zum § 162 beantragte Abg. Gröber, daß die wichtigeren Ermittlungen bei Vergehen und Verbrechen nur von der Staatsanwaltschaft selbst vorgenommen sind. Dazu forderte ein polnischer Antrag, daß die Staatsanwaltschaft auch das Recht der Zeigenernehmungen erhalten solle (§§ 43 und 45 des Entwurfs), und ein weiterer Zusatzantrag, der die Schaffung eines § 164a bezweckte, verlangte, daß, wer dem Gericht gegenüber zur Verweigerung eines Zeugnisses oder Gutachtens berechtigt ist, dieses Recht auch gegenüber der Staatsanwaltschaft und den Polizeibehörden besitzt. Ueber diese Fragen entspann sich eine längere Debatte, die mit dem Ergebnis schloß, daß der polnische Antrag abgelehnt wurde und die beiden Zentrumsanträge Annahme fanden.

Beim § 163 lag ein Antrag vom Abg. Gröber vor. Danach sollen auch bei Vernehmungen eines Verdächtigen durch die Staatsanwaltschaft dem Verdächtigen die Garantien der richterlichen Vernehmung (§ 109 Abs. 1-3 des Entwurfs) zur Seite stehen. Beantragt der Verdächtige ferner die Erhebung von Beweisen, so hat die Staatsanwaltschaft diesem Antrag stattzugeben, wenn die Erhebungen von Bedeutung sind. Lehnt die Staatsanwaltschaft einen solchen Antrag ab, dann sind dem Antragsteller die Gründe dafür bekannt zu geben. Vom Abg. Mayer-Kaufbeuren wurde ein ähnlicher Antrag zum § 164 eingebracht, nach dem die Rechte des Verdächtigen, für seine Entlastung tätig sein zu können, festgelegt werden, und Abg. Graef beantragte die Einschaltung eines § 171a, der dem Beschuldigten das Recht geben soll, Vernehmungen und Ermittlungen zu beantragen. — Gegen den Antrag Graef wendeten sich auch die Regierungsvertreter. — In der Abstimmung wurde zum § 163 der Antrag Gröber angenommen.

Beim § 164, der von den sofortigen Ermittlungen handelt, durch die die Verdunkelungen der Tat verhindert werden sollen, wurde gefordert, daß Vernehmungen von Kindern nicht durch Polizeibeamte vorgenommen werden sollen. Ein Regierungsvertreter betonte, daß schon jetzt in Preußen im Verwaltungsweg die Vernehmung von Kindern den Polizeibeamten nach Möglichkeit entzogen werde. Der Antrag Mayer-Kaufbeuren wurde abgelehnt. — Fortsetzung am Mittwoch.

Aus der Partei.

Eine Konferenz der Bildungsvereine Rheinland-Westfalens

Am Sonntag in Düsseldorf statt. Die „Verg. Arbeiterstimme“ berichtete darüber: Sie währte von morgens 10 Uhr bis abends 8 Uhr und war von 64 Delegierten besucht. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage, ob die in so großem Maße zentralisierten Bildungsbestrebungen gut und notwendig seien. Die Ansichten darüber gingen auseinander, doch enthielt man sich eines abschließenden Urteils, da die neue Institution erst ein Geschäftsjahr hinter sich hat. Den Höhepunkt der Verhandlungen bildete ein Referat des Genossen Geinrich Schulz vom Zentral-Bildungsausschuß in Berlin über unsere Bildungsarbeit. Er gab gute theoretische Darlegungen, sagte aber auch, wie man arbeiten muß, wenn die Bildungsarbeit einen Zweck haben soll. . . .

Der „Süddeutsche Postillon“

wird, wie wir aus einem Zirkular der Redaktion und des Verlags erfahren, demnächst eingehen. Am 28. Juni soll die letzte Nummer erscheinen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß vorläufig noch kein größeres Bedürfnis nach einem alle acht Tage erscheinenden Blatt in der Partei besteht. Die bisherigen Abonnenten des „Postillon“ werden dem „Wahren Jacob“ überwiesen.

Reichstagskandidatur.

Eine Wahlkreis-Konferenz, welche am Sonntag in Freiburg tagte, beschäftigte sich mit der Auffstellung eines Reichstagskandidaten. Einstimmig wurde Genosse W. Engler, Freiburg als Kandidat nominiert.

Unsere Toten.

In Karlsruhe starb am Sonnabendabend der Genosse Wilhelm Scheuffele. Er war als Schmied in der Hauptwerkstätte der badischen Eisenbahnen beschäftigt und stand jahrelang an der Spitze des Vereins der süddeutschen Eisenbahner.

Polkzelliges, Gerichtliches usw.

Die Justiz gegen die Parteipresse.

Man fällt sich in die mehr als 20 Jahre hinter uns liegende Zeit des Sozialistenausnahmegesetzes verfehlt, wenn man die Preßprozesse sich vergegenwärtigt, die in den letzten Monaten gegen unsere Presse betrieben wurden. So sind in den zwei Monaten April und Mai 1910 nicht weniger als achtzehn Preßprozesse (13 im Mai und 5 im April) gegen sozialdemokratische Redakteure geführt worden. In den beiden letzten Monaten sind, soweit bekannt geworden ist, 20 Monate 6 Wochen Gefängnis und 2805 M. Geldstrafe an Strafen verhängt worden. Das ist ein Refusit, das seit vielen Jahren nicht zu vergleichen gewesen ist und das zur Klärung der Situation sehr wertvoll ist. Das Proletariat denkt natürlich gar nicht daran, sich durch solche Gerichtsurteile wie in Braunschweig, Breslau usw. von seiner Bahn abdrängen zu lassen. Man muß aber angesichts dieser Sachlage den Mut bewahren, den Reaktionen wie der Graf v. Koon in der „Kreuzzeitung“ beweisen, wenn sie erklären, daß die sozialdemokratische Partei leider als gleichberechtigte Partei in Deutschland anerkannt wird.

Zum Hüter der Staatsordnung nicht geeignet.

Der Wähler Partei in Eichstätt bei Weiten war von der Gemeindevertretung zum Gemeindefürsten gewählt worden. Der Landrat des Kreises Rauen versagte die Befähigung in folgendem charakteristischen Schreiben:

„Ich verlege Ihnen unter Zustimmung des Kreis-Ausschusses die Befähigung als erstem Schöffen der Gemeinde Eichstätt. . . Sie eignen sich nicht zum Hüter der Staatsordnung in dem wichtigsten Schöffenamte. Sie sind Mitglied der sozialdemokratischen Organisation, die bekanntlich den Umsturz der Staatsordnung auf jede Weise herbeizuführen sucht und können also nicht die Pflichten eines königstreuen Beamten der heutigen Staatsordnung ehrlieh übernehmen und vollständig erfüllen. Dies hätten Sie übrigens selbst einsehen und mir anzeigen sollen.“

u. Dahnke.“ Bemerkte sei, daß der dem Landrat nicht genehme Schöffe nicht einmal Mitglied der sozialdemokratischen Organisation, sondern nur gewerkschaftlich organisiert ist. Der Ton des Briefes ist nebenbei bezeichnend für die Form, in der der Landrat mit den Bürgern zu verkehren beliebt.

Das gleiche Recht in Hessen.

In Rüsselsheim ist es unseren Genossen gelungen, den Genossen Jung als Beigeordneten zu wählen. Die heftige Reglerung hat die Wahl aber nicht bestätigt, sondern aus eigener Machtvollkommenheit einen Linkliberalen namens Sittmann zum Bürgermeister eingesetzt.

Gewerkschaftliches.

Netze während der Verhandlungen.

Der Bauarbeiterkampf ist noch nicht einmal völlig zu Ende, da kann sich die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schon nicht mehr halten, sie muß die Geige von neuem beginnen. Sie tut dies auf eine Art und Weise, die den Arbeitgeber das schlechteste Zeugnis ausstellt. Nachdem sie davon gesprochen, daß in dieser „entscheidenden Frage“ die Arbeitgeber die Oberhand nicht erhalten haben, heißt es weiter:

„Die Friedenslieder rechnen den beiden Parteien hoch an, daß sie sich freiwillig den Unparteiischen unterworfen haben. Ob in allen Arbeitgeberkreisen diese feistamen Loblieder ein begeistertes Echo finden? Wirklich lebenskräftige Verbände im internationalen Arbeiterleben wie im wirtschaftlichen Volkstum haben das Produkt moderner Hyperkultur, ein „unparteiisches Schiedsgericht“ nicht nötig. Sie setzten ihre Kämpfe selbständig aus.“

Damit hat sich die „vornehmste“ Vertreterin moderner Hypertrophien aber noch nicht die allerstärkste Beschimpfung der Unparteiischen geleistet, die kommt erst noch. Nachdem der artikelschreibende Kulturrohling mit Bedauern darauf hingewiesen hat, daß der Standpunkt der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ den Arbeitgebern vor acht Wochen noch selbstverständlich war, heißt es:

„Wie man nach den Erfahrungen von 1908 noch einmal auf diesen Ausweg — verfallen konnte, wie man sich von fremden Leuten Vorschriften machen läßt, sich gleichsam freiwillig unter Kuratel stellt, ist unerklärlich.“

Dies ist wohl die ärgste Beschimpfung der mit solch großem Geschick arbeitenden Unparteiischen, ihnen vorzumerfen, sie seien „fremde Leute“ die eine hypermoderne Kultur propagieren.

Von den örtlichen Verhandlungen

Hegen mit einer einzigen Ausnahme auch heute wieder nur Reibungen über gescheiterte lokale Einigungsverhandlungen vor.

In Leipzig wurde schon Donnerstag verhandelt. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurden die Verhandlungen auf Montag vertagt. Die Unternehmer boten an Lohnerhöhung für die ganze künftige Vertragsdauer nur 3 Pf., für jedes Jahr einen Pfennig. Dieses Angebot lehnten die Arbeitervertreter entschieden ab. Auch am Montag konnten sich die Unternehmer zu weiteren Zugeständnissen nicht verstehen.

In Dielesfeld fanden Verhandlungen zugleich auch für die Städte Gersford, Blotha, Deynhausen, Rinden, Gütersloh statt. Die Unternehmer schlossen sich unter Hinzufügung einiger verschlechternder Bestimmungen im allgemeinen den Anträgen des rheinisch-westfälischen Unternehmerverbandes, Sitz Essen, an. Die Vertreter der Arbeiter waren der Meinung, daß für jeden einzelnen Ort und nach Lage der Wirtschaftsverhältnisse andere Bestimmungen in den Vertrag gehörten. Von einer eigentlichen Verhandlung konnte überhaupt keine Rede sein, weil beiderseits nur Anträge gestellt wurden; dann war Schluß. Eine Erklärung, daß keine Lohnerhöhung eintreten solle, gaben die Unternehmer schon eingangs der Sitzung ab. Die Vertreter aus den übrigen Städten, außer Dielesfeld, sind überhaupt nicht zu Worte gekommen. Es war diesen in letzter Minute nur noch möglich, ihre Anträge schriftlich einzureichen. Hätten die Arbeiter das gewußt, dann war ein persönliches Erscheinen gar nicht nötig, dann hätten sie ihre Anträge durch die Post übermitteln lassen.

In Karlsruhe und Freiburg sind die Verhandlungen ebenfalls gescheitert. Die Unternehmer bewilligten für das Jahr 1911 einen Pfennig und für 1912 einen weiteren Pfennig Lohnerhöhung; das lehnten die Arbeiter ab. Ebenso wurde die Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt.

In Köln wurden die Verhandlungen Montag fortgesetzt. Abends wurden sie abgebrochen, ohne daß eine Einigung erzielt wurde. Ein Protokoll über die Verhandlungen wurde an das Schiedsgericht nach Dresden gesandt.

Eine Einigung

Kam für die Städte Kempten, Memmingen, Lindau, Kaufbeuren, Immenstedt, Sonthofen und das südliche Schwaben zustande. Die Lohnfrage wurde nach langen Verhandlungen geregelt, daß eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde gezahlt wird. In Orien, an denen die Arbeitszeit über 10 Stunden beträgt, soll diese auf 10 Stunden reduziert werden. Auch ist den Arbeitern das Koalitionsrecht garantiert.

Berlin und Umgegend.

Die im Lithographiegewerbe bei den Zwischenmeistern beschäftigten Gehilfen nahmen in einer Versammlung Stellung zu den gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Der Referent führte einleitend aus, daß die Privatlithographie (das ist die übliche Bezeichnung für die Zwischenmeister) für das lithographische Gewerbe eine sehr brennende Frage schaffe, die nie aus dem Auge gelassen werden darf. Die Existenzmöglichkeit der Privatlithographen liege zu 90 Proz. in der Preisunterbietung gegenüber der Lithographie in den Druckereien. Die Arbeitslosigkeit der vergangenen Jahre, die zeitweise 25 Proz. betrug, haben die Zwischenmeister in weitgehender Weise beseitigt, um die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Die Preisdifferenz haben die Gehilfen zu tragen; was auch die Statistik beweist. In der Anstaltslithographie kommt ein Gehling auf 4½ Gehilfen, in der Privatlithographie schon auf 2½ Gehilfen; die Lithographen in den Druckereien verdienen durchschnittlich pro Woche 33,50 M., die Gehilfen bei den Zwischenmeistern nur 29,95 M., also im Durchschnitt pro Woche 3,55 M. weniger. Die Privatlithographie mit ihren niedrigen Löhnen und vielen Lehrlingen sei eine große Gefahr für den gesamten Beruf. Daraus komme noch, daß fortwährend seitens der Zwischenmeister versucht werde, die Abmachungen von 1906 zu durchbrechen. Es sei höchste Zeit, den Privatlithographen ein „Halt“ zu gebieten, wozu die Zeit günstig sei.

Nach eingehender Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Lithographen der Berliner Privatlithographien protestieren auf das energischste gegen das fortwährende Bestreben vieler Inhaber lithographischer Ateliers, die an sich schon sehr ungünstigen Arbeitsverhältnisse noch weiter zu verschlechtern und die Abmachungen von 1906 zu durchbrechen.“

Die Versammelten erkliden darin eine große Gefahr für den gesamten Beruf und sind gewillt mit allen zu Gebote stehenden Mitteln sich gegen weitere Versuche zu wehren. Es beauftragen die Leitung des Verbandes, eine Bewegung zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Privatlithographien einzuleiten und dabei das Hauptgewicht auf die Beseitigung der Konkurrenz und Erhöhung der Löhne zu richten, damit ein Ausgleich mit den Verhältnissen in den Anstaltslithographien herbeigeführt wird.

Die Versammelten erwidern in ihrem Vorgehen die Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse.“

Der Tarifvertrag der Rahmenbergolber

wurde im Jahre 1907 abgeschlossen. Er läuft, wenn er bis zum 31. August gekündigt wird, mit dem 30. September ab und enthält unter anderem eine Bestimmung, die es den Parteien freistellt, schon am 1. Juli Verhandlungen anzuknüpfen. Ob davon diesmal Gebrauch gemacht werden wird, ist sehr zweifelhaft; wenigstens scheint auf Seiten der Arbeiter keine Neigung zu solchen früheren Vorverhandlungen vorhanden zu sein. Die Rahmenbergolber beschäftigten sich am Montag in einer zahlreich besuchten Branchenversammlung, die den Saal von Metzowki in der Andreaskirche füllte, mit der Tariffrage. Der Referent H. Späthe gab eine Uebersicht über die Angelegenheit und über die Lage des Berufes im allgemeinen. Mit der Rahmenbergolberei ist es in den letzten Jahren immer mehr zurückgegangen, teils infolge der Konkurrenz durch die Billigere, im Großen hergestellte Leistenarbeit, teils infolge der veränderten Stilrichtung, die die früher so beliebten stark vergoldeten Barockrahmen immer mehr verdrängt hat. Darunter haben die Rahmenbergolber natürlich schwer zu leiden. Der größte Teil hat nur vorübergehend Beschäftigung. Nur wenn einmal große und kunstvolle Bauten auszuführen sind, hebt sich die Arbeitslosigkeit im Beruf. Mit solchen Bauten ist jedoch, soviel man weiß, in Berlin gegenwärtig nicht zu rechnen, während in Dresden die öffentlichen Bauten und in Süddeutschland eine Anzahl katholischer Kirchen den Vergoldern ziemlich viel Arbeit bieten. Die ungeheure Arbeitslosigkeit in Berlin wird noch immer mehr verschlimmert dadurch, daß einzelne Meister eine grenzenlose Verdrängungsarbeit betreiben. Man sucht den Jungen, die aus der Schule kommen und ihren Eltern vorzureden, daß der Vergolberberuf ihnen eine recht auskömmliche Existenz zu bieten vermöge. Charakteristisch für dieses Treiben ist eine Briefkastennotiz, die am 22. Mai dieses Jahres in der „Morgenpost“ erschien. Scheinbar als Antwort auf eine Anfrage aus Elternkreisen wird darin den Leuten vorgelesen, daß der Vergolberberuf Aussicht auf eine auskömmliche Existenz biete, daß es augenblicklich an Gehilfen und selbst an Meistern mangelte, die in diesem Kunsthandwerk etwas Bedeutendes leisten, daß ein Gehilfe 65 bis 75 Pf. die Stunde, 83 bis 88 M. die Woche verdiene und daß es auch nicht schwer halte, sich selbständig zu machen. „Nach unserem Dafürhalten“, schließt die Notiz, „bieten sich einem verständigen Jungen leibliche Aussichten, da der Vergolberberuf zurzeit nicht überfüllt ist.“ — Es wird dann noch darauf hingewiesen, daß der Obermeister Suckow gern weitere Auskunft gibt. Die Notiz sieht ganz danach aus, als ob sie bestellte Arbeit wäre, und in der Versammlung wurde die Meinung laut, daß der Obermeister selbst dahinter stehe. Tatsächlich liegt die Sache so, daß nur in wenigen Fällen mehr als der tarifmäßige Stundenlohn von 65 Pf. bezahlt wird, und von einer auskömmlichen Existenz kann um so weniger die Rede sein, als selbst die tüchtigsten Rahmenbergolber wochen- und monatelang mit Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Es ist auch vorläufig sehr wenig Aussicht auf Besserung für dieses Gewerbe vorhanden. Der Branchenobmann hatte sofort, als er von der Briefkastennotiz Kenntnis erhielt, an die „Morgenpost“ ein Eingekannt gerichtet, worin er die Verhältnisse, wie sie tatsächlich sind, darlegte. Die Redaktion druckte das Eingekannt jedoch nicht ab, sondern erwiderte, daß sie es verwenden wolle, wenn die Frage noch einmal an sie herantrete. Die sich in mancher Hinsicht so vollenfreundlich aufspielende „Morgenpost“ hat es also nicht für nötig befunden, eine Verichtigung zu bringen auf jene ganz gewissenlos abgefaßte Briefkastennotiz, die vielen jungen Leuten und ihren Eltern zu schwerem Schaden gereicht. Gewöhnlich geht es im Vergolberberuf so, daß, wenn der Lehrling ausgearbeitet hat, der Meister ihn nicht weiter beschäftigt, der junge Mann also sofort die sowieso schon übergroße Zahl von Arbeitslosen noch vermehrt. Wenn die Meister unter sich sind oder zusammen mit den Gehilfenvertretern in der Kommission sitzen, können sie es auch gar nicht verhindern, daß ein ungeheurer Ueberfluß von Arbeitskräften vorhanden ist. Man braucht in dieser kleinen Branche nur die einzelnen Meister zu fragen, wie viele Gehilfen sie beschäftigen und wie viele aussetzen müssen, um sofort ein Bild von den traurigen Zuständen zu erhalten. Es ist gar nicht denkbar, bei der bedrückenden Tarifbetreibung eine Erhöhung der Löhne zu fordern, durch die die Verluste, welche die Arbeitslosigkeit den Vergoldern verursacht, auch nur einigermaßen ausgeglichen werden könnten. Der Redner ging dann auf die einzelnen Bestimmungen des alten Tarifvertrages ein und macht namentlich auch darauf aufmerksam, daß die Ueberzeitarbeit, entsprechend den Grundätzen des Holzarbeiterverbandes, auch bei den Rahmenbergoldern gänzlich verschwinden muß. In der regen Diskussion, die dem Bericht folgte, wurden die Verhältnisse noch weiter besprochen sowie die Forderungen, die in den Tarifverhandlungen an die Unternehmer zu stellen sind. Die Versammlung entschied sich in der Hauptsache für folgende Forderungen: Erhöhung des Minimallohnes von 65 auf 75 Pf., allgemeine Erhöhung der bestehenden Löhne um 10 Proz., Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit von 61 auf 50 Stunden, Festsetzung eines Montagesgeldes für Arbeiten außerhalb auf 8,85 M. und Einführung einer Entschädigung für Pünktelgeld von 50 Pf. pro Woche. Am 22. August soll eine neue Branchenversammlung stattfinden, um zur Tarifbindung Stellung zu nehmen, die bis zum 31. August erfolgen muß, falls der Tarif nicht wiederum in seiner alten Form auf ein weiteres Jahr gelten soll.

Die Stellmacher und Maschinenarbeiter der Maschinenfabrik Weerzmann haben einen schönen Erfolg erzielt. In den Betrieben werden landwirtschaftliche Maschinen und zurzeit Militärfeldmaschinen angefertigt. Die Preise waren so niedrig gehalten, daß die Arbeiter pro Woche kaum 24 M. verdienen konnten. Verhandlungen waren resultatlos, so daß die Arbeit eingestellt werden mußte. An dem Streik waren beteiligt 111 von den 117 beschäftigten Holzarbeitern. Es sind Ueberlohngehörungen bis zu 20 Proz. erzielt worden und konnte nach eintägigem Streik die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Im Autobus der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Ober-Schöneweide stellen 21 Stellmacher und 4 Postierer die Arbeit ein, weil Arbeiter wegen Verweigerung von Ueberstunden entlassen wurden. Nach dreitägiger Arbeitsruhe wurde die Wiedereinstellung der Entlassenen bewilligt sowie für die Kollegen mit niedrigen Lohnsätzen die geforderte Stundenlohnerhöhung von 3 Pf. zugestanden.

Die Abgießer, Flaschenpflücker und Rutscher aus den Mineralwasserbetrieben Berlins sind in eine partielle Lohnbewegung eingetreten. Der Transportarbeiterverband, welchem diese Arbeitergruppe angegeschlossen ist, hatte mit mehreren Firmen schon in den Jahren 1904 und 1905 Einzelverträge abgeschlossen, welche am 1. Juni abliefen. Aus diesem Grunde hatten die Arbeiter vor einiger Zeit Stellung zu der Frage des Tarifablaufes genommen und beschlossen, der Organisation der Unternehmer in der Mineralwasserbranche einen neuen Vertragsentwurf einzureichen mit dem Ersuchen, darüber mit dem Verband der Arbeitnehmer in Verhandlungen einzutreten, damit ein einheitlicher Lohnsatz für das gesamte Gewerbe herbeigeführt werden könnte. Die Antwort hierauf war jedoch dahingehend, daß die Fabrikanten zurzeit wegen Arbeitsüberfüllung nicht zu einer gemeinsamen Stellungnahme zusammenzubringen wären. Daraufhin beschloßen die Arbeiter namentlich, in den einzelnen Betrieben wegen Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzugehen. Bis jetzt ist der neue Tarif anerkannt von den Firmen Dr. d'Heureuse Ratsch und „Verolina“, bei der letzteren Firma nach kurzer Arbeits-einstellung. Einige weitere Firmen sind zu Verhandlungen geneigt.

Deutsches Reich.

Achtung, Töpfer! Zum Streik gekommen ist es nunmehr am 13. Juni 1910 im Innungsgebiet Alt-Landsberg, da die Unternehmer die Verhandlungen verschleppen wollen. Angeblick können sie noch nicht verhandeln, da die Gehilfen ihre Forderungen zu spät eingereicht haben. Es sind ihnen aber die Forderungen schon am 25. Mai gestellt worden. Dem Anschein nach wollen es die Unternehmer zu keinem Tarif wieder kommen lassen; denn auch den

alten Tarif, der bis zum 1. Juni bestand, hatten sie durchbrochen. Durch diese Verschleppungstaktik glaubte man die dringenden Arbeiten fertigstellen, und dem mühten sich unsere Kollegen widersetzen. Eine Firma in Neuenhagen hat den neuen Tarif schon anerkannt. In Betracht kommen die Orte an und um der Ost- und Briegener Bahn bis Werneuchen, weiter Herzfelde und Müllersdorf. Zugang ist fernzuhalten. Anfragen betreffs dieser Lohnbewegung sind zu richten an das Filialbüro der Töpfer Berlins, Engelauer 15, Zimmer 59. Telefon: Amt IV, 9877. Die Verhandlung.

Alle Glasarbeiter werden dringend ersucht, Rauscha, Wolftrauhäuser, Jünnau und Münder am Deißer zu meiden.

Achtung, Former! Der Streikbrecherbermittler Ferber aus Darmen sucht unter Verdächtige Arbeitswillige für die Firma Risch, Eisenwerk Reitenberg bei Köln. Vor Arbeitsannahme dort sei gewarnt. Metallarbeiterverband.

Das Scharfmachertum in den Innungen.

Für die immer offenkundiger hervortretende Tendenz in den Innungen, diese mehr und mehr zu reinen Kampforganisationen gegen die Arbeiter zu entwickeln, liefert der soeben in Leipzig abgehaltene Verbandstag des Verbandes deutscher Klempner- und Installateurinnungen, Sitz Leipzig, einen neuen Beweis. Zu dem Punkt der Tagesordnung: Gründung einer Schutzeinigung zur Abwehr von Streiks begab, wenn eine eigene Gemeinschaft nicht zu erreichen: Anschließung an einen leistungsfähigen Arbeitgeberverband, faßte die Versammlung den Beschluß, der Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen beizutreten und den Zentralvorstand des Verbandes als Zentralstelle zu erklären, der bei Streiks und Aussperrungen alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen hat. Ferner wurde beschlossen, den Lokalorganisationen den Abschluß von Tarifverträgen einen über das ganze Reich gleichmäßigen Ablauftermin vorzuschreiben.

Streik im Holzgewerbe zu Plauen i. V.

Am Sonabend haben über 700 Holzarbeiter die Arbeit niedergelegt, weil der von den Unternehmern verlangte Ablauftermin (15. Februar 1913) von den Arbeitern nicht angenommen wurde. In diesem Tage laufen nämlich die Verträge für Berlin und eine Anzahl anderer Orte ab. Die Holzarbeiter verlangen eine vierjährige Vertragsdauer, die von den größeren Betrieben auch gern anerkannt würde, sie wurden aber von den Inhabern der Kleinbetriebe überstimmt. Nach Ablauf der Kündigungsfrist und Fertigstellung der Aufträge wird sich die Zahl der Ausständigen erheblich vermehren. Die Situation ist den Ausständigen außerst günstig. Eine Anzahl Tischlermeister, die den Ablauftermin für 1914 anerkennen, schließen mit der Organisation Sonderverträge ab. Zugang nach Plauen ist bis zur Beendigung des Streiks fernzuhalten.

Wahlaußfall in Friedberg-Büdingen.

Den günstigen Wahlergebnissen unserer Partei reißt sich das Ergebnis der heute in Friedberg-Büdingen stattgefundenen Nachwahl für das freigewordene Mandat des nationalliberalen Landwirtbündlers Grafen Oriola würdevoll an.

Nach telegraphischer Meldung erhielten:

- b. Helmolt (Bündler) 6353 Stimmen;
- v. Galka (natl.) 4661 Stimmen;
- Busold (Soz.) 9710 Stimmen.

Im Jahre 1907 wurden im ersten Wahlgange 8492 nationalliberal-bündlerische, 7234 sozialdemokratische, 8299 antiemittische und 1472 freisinnige Stimmen abgegeben. In der Stichwahl siegte der nationalliberale Kandidat Graf Oriola mit 11515 Stimmen über den Sozialdemokraten Busold, der 8524 Stimmen erhielt.

Das Wahlergebnis bedeutet wiederum einen glänzenden Erfolg unserer Partei. Alle früheren Stimmenzahlen, die wir in diesem Wahlkreise eroberten, sind weit überholt. Der Wahlkreis ist zwar noch nicht erobert, doch sind die Aussichten die denkbar besten, ihn in der Stichwahl zwischen Busold und dem Bündlerkandidaten zu erringen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Verhandlungen im Baugewerbe.

Dresden, 14. Juni. (W. L. V.) Die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht, die heute eröffnet wurden, führten zu einem Ergebnis über München und Nürnberg, wo einige Lohnerhöhungen bewilligt wurden. Die Beratungen wurden hier abgebrochen und auf morgen vertagt.

Die Regierungspolitik vor der Deputiertenkammer.

Paris, 14. Juni. (W. L. V.) Bei der heute fortgesetzten Beratung der Interpellationen machte Nam (Radikal) der Regierung zum Vorwurf, daß sie die Verteidigung der Lateinsprache an das Ende ihres Programms gestellt, worauf Ministerpräsident Oriand erwiderte, er habe dies getan, um damit darauf hinzuweisen, um welches Zeichen sich die Mehrheit scharen müßte. Nachdem im weiteren Verlauf der Sitzung der Abgeordnete Weber (Mittelschicht) von Kommunal- und Regierungsbeamten zur Sprache gebracht hatte, wurde die Sitzung aufgehoben.

Hochwasser-Katastrophe.

München, 14. Juni. (W. L. V.) Die Hochwasserflut aus dem Gebirge ist heute mittig hier eingetroffen und hat in wenigen Stunden die ganze Gegend der Isar bis zum äußersten Ufer gefüllt. Infolge erneuter Regengüsse im Gebirge steigt das Wasser noch weiter. — Aus Murnau und Garmisch wird gemeldet, daß die dortigen Wassermassen das Katastrophenhochwasser von 1899 überstiegen. Die Straßen am stark gestiegenen Hochsee stehen unter Wasser. In Garhani beträgt die Wassertiefe teilweise 2 Meter. Es sind dort mehrere Häuser niedergegangen.

München, 14. Juni. (W. L. V.) Der gesamte Bahnverkehr auf der Strecke Weithelm-Beilberg ist seit heute abend infolge des Hochwassers unterbrochen.

Zandrad, 14. Juni. Nach Meldungen aus Schwarz herrscht dort große Hochwassergefahr. Im Jilertal von Udem bis Kellenbach ist alles überschwemmt. Militär und Feuerwehr sind ausgerückt, um die bedrohte Bevölkerung in Sicherheit zu bringen und die Wildbäche abzdämmen.

Altenahr, 14. Juni. (W. L. V.) Bisher sind acht- und fünfzig Leichen gelandet worden. Der Schaden wird auf Millionen Mark geschätzt. Es regnet stark.

Schwerer Eisenbahnunfall.

Frankfurt a. M., 14. Juni. Nach einer Meldung aus Calcutta ist auf der Tapitalbahn ein Personenzug beim Passieren einer Brücke durchgebrochen. 15 Wagen sind hinabgestürzt. Viele Personen sind getötet bzw. verletzt.

Abgeordnetenhaus.

86. Sitzung vom Dienstag, den 14. Juni, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Kommissare.

Auf der Tagesordnung stehen Petitionen. Mehrere Petitionen verlangen

gesetzliche Regelung des Dienstbotenwesens.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

In Preußen gilt für das Gesinde noch die Gesindeordnung vom 8. November 1810. Wir können also in diesem Jahre ihren 100jährigen Geburtstag feiern. Außerdem ist für die Regelung des Gesindegesetzes das Gesetz über die Verletzung der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter vom 24. April 1854 maßgebend, ein Gesetz, das aus der konterrevolutionären Periode stammt und nun auch seine 56 Jahre bereits auf dem Rücken hat. Beide Gesetze sind durchaus Produkte einer feudalen Gesellschaftsordnung und eines patriarchalischen Prinzips. Aber diese Ordnung und dieses Prinzip legt ein intimes, fast persönlich familiäres Verhältnis zwischen dem Gesinde und der Dienstherrschaft voraus. Es bestand nicht eine einseitige Ausbeutung des Dienenden durch den Dienstherrn, nein, der Dienstherr hatte eine ausgeprägte sittliche Pflicht gegenüber seinen Untergebenen. Wenn das Gesinde verpflichtet war, dem Herrn treu, hold und getreulich zu sein, so war auf der anderen Seite der Dienstherr verpflichtet, in allen guten und bösen Tagen für das Gesinde aufzukommen. Diese Voraussetzungen sozialer Natur, auf die das Gesinde der Gegenwart noch aufgebaut ist, sind zertrümmert worden durch den Fortschritt unserer Zeit auch auf dem Lande. Ausnahmen mögen ja in einzelnen Gegenden und in manchen kleinen Städten, auch in größeren Orten hier und da, noch vorkommen, aber für die Ausnahmen sind die Gesetze nicht gemacht. Es sind das nur gerade die Fälle, in denen das Gesetz nicht nötig hat, Vorforsorge zu treffen. Die Gesetze müssen aber geschaffen werden für die kritischen und gefährlichen Fälle. Jetzt ist jedes persönliche Verhältnis zwischen Gesinde und Dienstherrschaft abgebrochen. Wir brauchen uns nur zu erinnern, in welcher Weise heutzutage das ländliche Gesinde angeworben wird. In der großen Mehrzahl der Fälle geschieht das in der Art, wie Lieferverträge für irgend eine Ware geschlossen werden. Es wird eine Art Auktion abgehalten,

es sind reine Sklavenmärkte,

die für das ländliche Gesinde veranstaltet werden. Dieselben Verhältnisse bestehen für das Gesinde, wie für die ländlichen Arbeiter. Man fragt heutzutage viel über die Dienstbotennot, die auch tatsächlich vorhanden ist. Sie ist ein Spezialfall der allgemeinen Leutenot, soweit das Land in Frage kommt. Aber diese Leutenot und Dienstbotennot ist nicht etwa durch irgend eine Böswilligkeit hervorgerufen, sondern sie ist die Folge der natürlichen Entwicklung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse. Wir brauchen nur daran zu denken, unter welchen rechtlichen Verhältnissen gegenwärtig das Gesinde lebt, um ohne weiteres darüber klar zu sein, woher die Dienstbotennot rührt. Man macht häufig geltend, die Dienstboten hätten es so ungemein gut, sie seien bei ihrer Herrschaft aufgehoben wie in Abrahams Schoß. Sie seien nicht in Gefahr, unmittelbar in Not zu geraten, sie seien in gewissen Sinne Partizipanten an der wirtschaftlichen Lage der besitzenden Klassen. Diese Auffassung entspricht nicht der Wahrheit. Die Wohnungsverhältnisse der Dienstboten in den Städten wie auf dem Lande sind geradezu skandalös. Ich weiß aus eigenem Augenschein, wie die Autscher und Knechte zu hausen haben, ihre kleinen Nimmernchen hängen vor Schmutz, sie werden zusammengepfercht, oft genug sind auf den Gassen, deren Besitzer keineswegs an Hungertuche nagen, nicht einmal die Fenster in Ordnung; Stroh und Lumpen müssen im kaltesten Winter hineingestopft werden. Allein abgesehen hiervon gibt allein schon die rechtliche Lage der Dienstboten einen vollkommen hinreichenden Grund für die Gesindenot. In bezug auf die

Unfallgesetzgebung

sind die ländlichen Arbeiter und das Gesinde viel ungünstiger gestellt als die Städter. Bis zum heutigen Tage besteht für das Gesinde die

Kleines feuilleton.

Taucherarbeit. Um von den Schwierigkeiten, die die Wiedererlangung und Hebung eines gesunkenen Unterseebootes macht — man hat das jetzt bei der Hebung des „Bluviose“ gesehen — einen Begriff zu geben, schildert das „Petit Journal“ in einem längeren Artikel, wie die Taucher auf dem Meeresgrunde arbeiten und mit welchen Gefahren ihre Arbeit verbunden ist. Nachdem der Taucher sein Kautschukgewand angelegt und den metallischen Helm aufgesetzt hat, steigt er unter großen Mühen die Strickleiter hinab; er befindet sich bald in einer Art Dämmerlicht, das die Formen der Gegenstände vollständig verändert, indem es ihnen ein phantastisches Aussehen gibt. Der Taucher weiß dann kaum, wo er sich befindet; manchmal hat er die Empfindung, als ob er mit dem Kopf nach unten geworfen würde. Da er jeden Augenblick von den Wassermassen gedrückt und gestochen wird, schwimmt und wankt er auf dem Meeresgrunde immer hin und her, auf den Füßspitzen gebend, den Körper vornübergebeugt und mit den Händen Bewegungen machend, wie die Schwimmer sie machen. Das Atmen ist schwer und von einem Schen kann kaum die Rede sein. Doch unter solchen Bedingungen das Arbeiten keine leichte und angenehme Sache ist, kann man sich denken. Nur sehr starke und kräftige Männer können den Mühen, die der Beruf mit sich bringt, Widerstand leisten. Bei zwei Atmosphären Druck, d. h. in einer Tiefe von zehn Meter, beginnt der Taucher unter einem sehr schmerzhaften Krübeln zu leiden, wie, wenn ihm Tausende von Nadeln die Haut durchbohren. Bei mehr als drei Atmosphären, das heißt in einer Tiefe von mehr als zwanzig Metern, äußern sich die Schmerzempfindungen schon viel heftiger; es zeigen sich Ohrenschmerzen (Stechen und Säufen), die oft Taubheit zur Folge haben, Blutergüsse, Wärmungen der unteren Gliedmaßen, Zeichen von Gehirn- und Lungenkongestion; manchmal tritt Bewusstlosigkeit ein und nicht selten sogar der Tod. Trotzdem gab es Taucher, die ganz wunderbare Records aufgestellt haben: Der Taucher Lambert stieg im Jahre 1885 in eine Tiefe von 55 Metern hinab, um acht Kisten mit Goldbarren wiederzuerlangen, die mit dem Dampfer „Alfonso XII“ in der Nähe der Kanarischen Inseln gesunken waren. Ein anderer Taucher wagte sich im Jahre 1891 in eine Tiefe von 62 Metern, um eine Ladung Silberbarren aus dem Meere herauszufischen. Für gewöhnlich soll der Taucher ganz langsam, zwei Meter pro Minute, steigen oder sinken, weil der Organismus sich nur langsam an die Druckänderung gewöhnt und ohne diese Vorsicht das Leben gefährdet ist. Bei etwa 60 Metern liegt die Grenze, wo der Taucher noch existieren kann; bei 80 Meter kann die Arbeit in der Tiefe noch bis zwei Stunden betragen. Außer einfachen Signalleinen, mit denen durch Hande signalisiert wird, benutzt man auch Sprachrohre zur Verständigung und elektrische Lampen zur Beleuchtung beim Tauchen. Die Luft wird dem Taucher durch einen Schlauch zugeführt, der hinter dem Kopfe in den Helm mündet.

Der Erfinder des Pneumatikreifens. In England, wo in der letzten Zeit durch das gewaltige Steigen der Kautschukpreise ungezählte Millionen verdient worden sind, beschäftigt man sich jetzt mit dem Plan, dem Erfinder des Pneumatikreifens ein Denkmal

Krankenversicherungspflicht

überhaupt noch nicht. Daß in der Gesindeordnung gewisse Bestimmungen über die Verpflichtung der Herrschaft zur Fürsorge für das erkrankte Gesinde getroffen sind, ist ja bekannt. Aber diese Bestimmungen sind durchaus nicht hinreichend, um das Gesinde zu schützen. Im allgemeinen ist die Herrschaft nicht verpflichtet, über die Kündigungszeit hinaus das Gesinde, das sich bei Gelegenheit des Dienstes eine Krankheit zugezogen hat, in seiner Krankheit zu versorgen. Wenn nun das Gesinde mit vierzehntägiger Kündigungszeit, wie hier in Berlin, angefaßt ist, und auch wenn es mit sechswochenlanger Kündigungszeit angefaßt ist, wie es das Gesetz an und für sich vorsieht, so sind die Fälle außerordentlich häufig, wo die Verpflichtung der Herrschaft zur Fürsorge für das erkrankte Gesinde aufhört und es der Not erkrankungslos preisgegeben ist. Daß hier die Krankenversicherung eine dringende Notwendigkeit ist, ist ja nicht nur unsere, sondern auch die Auffassung anderer Kreise.

Unter Bürgerliches Gesetzbuch betrachtet es als eine wichtigste vom sozialen Geist geborene Bestimmung, daß gegen den Lohn irgend eine Aufrechnung unzulässig sein soll. Diese Bestimmung über das Verbot der Lohnzurückhaltung besteht nicht für das Gesinde. Dem Gesinde kann jede einzelne Dienstherrschaft den Schaden, den es durch Bruch oder ein anderes Versehen angerichtet hat, oder irgend eine andere Forderung, die sie gegen das Gesinde hat, vom Lohn abziehen. Als Antwort kann man es oft erleben, daß das Gesinde, wenn es den Dienst verläßt, nichts mehr bekommt, sondern daß die Herrschaft kalt lächelnd eine Rechnung aufmacht, wonach sie selbst noch etwas zu fordern hat. (Widerspruch rechts.) Es mag ja auf dem Lande Fälle eines patriarchalischen Verhältnisses noch geben, aber im allgemeinen hat es, besonders auf den großen Gütern, damit aufgehört; es besteht hier ein unpersonliches, ja — ich möchte sagen ein einfaches Sklavereiverhältnis.

(Zuruf rechts: Ganz falsch!) Meine Ausführungen sind um so richtiger, je mehr Sie sagen, daß es ganz falsch ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter besteht die bedauerliche Bestimmung des Rechts auf die Zurückforderung der Besätze. Ein

Arbeiterchutz für das Gesinde

ist überhaupt nicht eingerichtet. Es besteht keine Beschränkung der Arbeitszeit und keinerlei Verpflichtung, Vorrichtungen zur Sicherung der Gesundheit zu treffen. Es besteht eine absolut unbegrenzte Arbeitszeit, auch für die Sonntage, und von Ruhezeit ist überhaupt nicht die Rede. Das Gesinde muß sich gefallen lassen, zu jeder Tag- und Nachtstunde herangezogen zu werden, um eine Arbeit zu verrichten. Das Gesetz kennt schiedsrichterliche Grenzen. Früher hatte die Herrschaft mindestens dasselbe Interesse am Gesinde wie am Vieh; es hatte genau denselben Schaden peluniärer Art, wenn das Gesinde krank und elend wurde. Das ist heute in Wegfall gekommen. Heute ist das Gesinde weiter nichts als eine Sorte von Arbeitern, die in einem besonders abhängigen Verhältnis steht. Da hat die Herrschaft kein unmittelbares Interesse daran, das Gesinde gesund zu erhalten. Das Gesinde kann ausgebeutet und dann wie eine ausgepreßte Zitrone auf das Pfaster geworfen werden. Das persönliche Wohlwollen und das humanitäre Empfinden der Dienstherrschaft ist seine einzige Garantie. Allerdings hat es noch eine andere Schutzwehr, den Kontraktbruch, der heute leichter als früher ist. Man soll nicht davon sprechen, daß das Gesinde heute nicht mehr so fleißig ist wie früher. Es tut seine Schuldigkeit genau so wie früher, und die Arbeit ist heute qualifizierter als früher. Andererseits läßt sich ja nicht verfehlen, daß das Gesinde infolge der modernen Entwicklung ein freierwilliges Streben und ein größeres Selbstbewußtsein hat, und infolgedessen trotz der vorzüglich eingerichteten Polizei leichter das Weiße sucht und suchen kann als früher und auch leichter anderwärts Beschäftigung findet. Der Kontraktbruch ist von diesem Standpunkt aus eine der nächstlichen Erscheinungen gegenüber dem unerträglichen Druck, unter dem das Gesinde lebt. Nehmen Sie dem Gesinde die Möglichkeit, gelegentlich zu fliehen, und Sie stabilisieren die Sklaverei in volstem Umfang. Wir haben bereits ein Gesetz über die Verletzung der Dienstpflichten des Gesindes. Aber denken Sie an die grausamen Bestimmungen der Gesindeordnung, an die Voraussetzungen, unter denen das Gesinde berechtigt ist, seinen Dienst aufzugeben. Es heißt im Gesetz: „wenn

es durch Mißhandlung der Herrschaft in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit gerät, oder wenn die Herrschaft dasselbe ohne Gefahr, jedoch mit ausreichender und ungewöhnlicher Härte behandelt“. Ich kann also mein Dienstmädchen Hure schimpfen, ich kann es mit einem Stock, mit einer Peitsche schlagen, und es hat doch kein Recht auf Verlassen des Dienstes. Ich habe den Fall erlebt, daß ein Mädchen den

Rücken voll Strichen hatte,

die von Stockschlägen herrührten, die die Herrschaft ihr ausgeteilt hatte; in einem ärztlichen Gutachten wurde gesagt, daß Lebensgefahr nicht vorhanden sei und die Richter waren der Auffassung, daß eine Behandlung mit ausreichender und ungewöhnlicher Härte nicht vorliege, und so ist denn auch in diesem Falle das Verlassen des Dienstes als ungerechtfertigt angesehen worden. Derartige Fälle schreien zum Himmel und sie sind wahrhaftig nicht selten. Das ist eine schroffe Imparität, wenn man daran denkt, unter welchen Voraussetzungen der freie Arbeiter bei Verletzungen seinen Dienst verlassen kann. Die Dienstherrschaft aber muß von dem Gesinde wie ein rohes Ei behandelt werden, auf dem Gesinde aber darf sie herumtrampeln, als ob sie überhaupt keine Menschen wären. (No, na! rechts.) Herren und Knechte, das ist die Einteilung der Menschen nach der Gesindeordnung. Das Einführungsgezet zum Bürgerlichen Gesetzbuch hebt das Jüchtigkeitsrecht auf, aber die Gesindeordnung im allgemeinen überläßt es weiterhin der einzelstaatlichen Gesetzgebung. Das Jüchtigkeitsrecht aber ist in der preussischen Gesindeordnung bestehen geblieben. Der kontraktbrüchige Knecht und die kontraktbrüchige Dienstmagd können zwangsweise durch die Polizei zurückgeführt werden, wenn sie zu Unrecht entlaufen sind. Wir haben hier einen offenen Mordanschlag aus der Periode der Sklaverei vor uns. Es ist ein wahrer Segen, daß diese gesetzlichen Bestimmungen für das Gros der Fälle nur einen Schlag ins Wasser bedeuten. Die Verhältnisse sind eben mächtiger als die Gesetze und sie haben dafür gesorgt, daß das Gesinde mit so rebellischem Geist erfüllt wird, daß die Zahl der Kontraktbrüchigen so groß ist, daß es Ihnen mit Aufgebod des preussischen Polizeistaates nicht gelingen wird, diese Kontraktbrüche zu beseitigen. Die Härten dieser Gesetze haben in den fortgeschrittenen Kreisen der Bevölkerung außerordentliche Erregung und Mißstimmung hervorgerufen. Wir begründen es auf das lebhafteste, daß das Gesinde bereits energisch angefangen hat, sich auf sich selbst zu besinnen, Klassenbewußt zu werden und eine Organisation zu begründen. Dafür spricht das Bestehen eines Dienstbotenorgans, das sich ernsthaft der Interessen der Dienstboten annimmt. Trotz Preußen wird der Geist der neuen Zeit auch dafür sorgen, daß schließlich die Gesindeordnung abgeschafft wird. Preußens Widerstand hat bei der Pluralgesetzgebung, bei der Regelung der Freizügigkeit und beim Vereinsgesetz dafür gesorgt, daß eine freierwilligere Reichsgesetzgebung unmöglich gemacht wurde. Ebenso ist Preußen die Ursache für die Ausschreibung des Gesinderechts aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch.

Preußen ist der Hemmschuh in der Entwicklung des Deutschen Reiches,

nicht das forttreibende Element. Die preussische Reaktion ist die Angel am Bein des deutschen Volkes. Solange nicht diese preussische Reaktion, die besonders in diesem Hause ihren Sitz hat, ein Ende haben wird, solange haben wir keine Hoffnung, daß es besser wird. Die Stellung zur Gesindeordnung gibt Ihnen die beste Gelegenheit, zu zeigen, von welchem Geiste Sie besetzt sind. Die Gesindeordnung, dies Gesindeunterrecht, dieser Schandfleck in der preussischen Gesetzgebung, muß fallen. Wir fordern es, das Volk fordert es. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Berndt (Z.) bittet, zwei dieser Petitionen, die gesetzliche Regelung des ländlichen Dienstbotenwesens fordern, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Überweisung als Material ist ja nur ein Begräbnis dritter Klasse, und dazu sind diese Fragen zu wichtig.

Abg. v. Jagow (konf.): Auch wir halten eine gesetzliche Regelung des Gesindewesens für erforderlich und erwarten eine entsprechende Vorlage. Öffentlich werden darin auch scharfe Vorwürfe gegen den Kontraktbruch enthalten sein. (Bravo! rechts.)

Abg. Peltsohn (fortschritt. W.): Wir wünschen ebenfalls dringend eine baldige gesetzliche Regelung des Gesindewesens, da die bestehende Gesindeordnung längst veraltet ist.

Humor und Satire.

Kannegießers Stammtischgespräch.

Neck! Ihr, Kinder, wie ich schwitze?

Ja, die Hundslagschlut ist da! Und zu steigern noch die Hitze, Kam jetzt die Engländer. Wo die Glaubensbrüder toben, Bin auch ich in Wut entbrannt Als ein königlich von oben Patentierter Protestant.

O, ihr haltet diese Funken Der Entrüstung nicht für eist? Hol' der Teufel Euch, Hallunken! — Iwar: im Grunde habt ihr recht. Ob der Papst durch Redebliche Lutheran tut in Acht und Mann: Solche altherwürd'gen Witze, Kinder, was geh'n uns die an?

Laßt sie zerkern doch, die Laffen Mit dem römisch großen Maul! Unse ewangelischen Pfaffen Sind im Schimpfen auch nicht faul. Gleiche Kratten, gleiche Krappen! — Du, die Hitze wird brutal. Kinder, kommt, um Luft zu schnappen, In das nächste Bierlokal.

Dort, im Schatten kühler Linden, Laßt uns löschen unsern Durst Und beim Spiel Erholung finden; Alles andre sei uns Wurst. Klopft den Stat und beordert feste! Noch ist Preußen nicht in Rot, Und den Schwarzen zum Proteste Wählt hier jeder künstig rot...

Michel

Notizen.

Die Herstellung des Eiweiß auf Gemischem Wege soll durch die Franzosen Gondechon und Daniel Verhelot in einigermaßen greifbare Nähe gerückt sein, wie Prof. Jungfleisch am Montag in der Akademie der Wissenschaften zu Paris mitteilte. Wenn sich die aufsehenerregende Nachricht bestätigt, so würden wir auf dem Wege, den Wöhler, Bertrix, vor allen aber Emil Fischer gebahnt haben, sozusagen durch einen unerwarteten wissenschaftlichen Rud vorwärts geschoben werden.

Eine Statue des Kaiser Augustus. In Rom fanden Erdarbeiter, die für einen Neubau Ausschachtungsarbeiten vornahm, eine 2,30 Meter hohe Statue von seltener Schönheit. Das Bildwerk, das in der Modellierung griechische Einflüsse erkennen läßt, stellt Kaiser Augustus dar, wie er als Pontifex Maximus (oberster Priester) den Göttern opfert. Die Statue lag etwa neun Meter unter dem Straßenniveau.

Im Festsaal des Hofbräuhauses wurde am Sonntag der siebente ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine eröffnet. Vorsitzender Nadejost heißt die Delegierten und Gäste — es mögen gegen 600 sein — herzlich willkommen. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Arbeiten des Genossenschaftstages befruchtend wirken mögen. Alle Arbeit der Tagung gelte dem einen Ziel: das Wohl der Schwachen zu fördern. Die Stadt München vertritt Rechtsrat Dr. Merkt, den Internationalen Genossenschaftsbund Maxwell-Schottland, darüber hinaus haben noch eine Reihe ausländischer Genossenschaften Vertreter entsandt. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat Bauer-Berlin delegiert; außerdem sind die Gewerkschaften, die in engen Beziehungen mit den Genossenschaften stehen, vertreten, so die Bäder, Transportarbeiter, Lagerhalter, Handlungsgehilfen und Mühlensarbeiter.

Von den Begrüßungsreden der Gäste wurde besonders die des Vertreters der Stadt München mit stürmischem Beifall aufgenommen. Rechtsrat Dr. Merkt betonte in seiner bedeutungsvollen Rede: der Münchener Konsumverein, der dem Zentralverbande angehöre, bilde mit seinem jährlichen Umsatze von 8 Millionen Mark einen beachtenswerten Faktor im wirtschaftlichen Leben der Stadt. Es sind nun 66 Jahre — so sagte Dr. Merkt — seitdem in England der erste Konsumverein gegründet wurde, seitdem 28 arme arbeitslose hungerige Weber beschloffen, den Kampf ums Dasein auf der Grundlage der Selbsthilfe aufzunehmen und jene berühmte Genossenschaft „der redlichen Pioniere von Rochdale“ gründeten. Gewaltig und staunenerregend ist die Entwicklung, die der Genossenschaftsgedanke seit jener Zeit nicht nur in England, sondern auch bei uns in Deutschland und in der ganzen Welt genommen hat. Namen wie die von Bassalle und Schulze-Dehlig, ohne die wir uns eine deutsche Wirtschaftsgeschichte nicht denken können, knüpfen sich bei uns an diese Entwicklung. Das Deutsche Reich zählt heute etwa 28 000 Genossenschaften mit weit über 4 Millionen Mitgliedern. Einschließlich der Familienangehörigen ist fast der dritte Teil des deutschen Volkes genossenschaftlich. Der zehnte Teil in Konsumvereinen organisiert! Ihr Verband zählt über eine Million Mitglieder, wahrhaft eine gewaltige Organisation, achtunggebietend nicht nur durch die Zahl der Genossenschaftler, sondern auch durch den Umfang und die Vielseitigkeit dessen, was geleistet wird. Der Erfolg der Genossenschaften liegt darin, weil der Gedanke, der dieser Genossenschaftsbewegung zugrunde liegt: „Einigkeit macht stark“ ein gesunder, nicht zu bezwingender ist. (Beifall.) So erklärt es sich denn auch, daß der Widerstand, mit dem die Konsumgenossenschaften zu kämpfen haben, mehr und mehr schwindet. Der Gesetzgeber und die Behörden, die die Konsumvereine früher als eine wirtschaftliche Mißgeburt betrachteten, fördern die Konsumvereine zwar noch nicht allzu sehr, aber sie erkennen ihre Daseinsberechtigung an. Und auch den Hauptgegner des Konsumvereins, der Mittelstand, sieht mehr und mehr ein, daß der Konsumverein nicht der gefährliche Gegner ist, für den er gehalten wurde, daß der Konsumverein in der heutigen Zeit der Organisation des Kapitals und der Produktion im Kartellen, Ringen und Trusts vielfach notwendig ist als Gegengewicht, als Organisation der Konsumenten. (Lebhafter Zustimmung.) Die bedrängte Lage, in der sich der Mittelstand, besonders das Kleingewerbe tatsächlich befindet, ist keine Sache für sich — wie Gustav Schmöller mit Recht sagte —, sondern eine Folge der allgemeinen Änderungen unserer gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse. Man soll deswegen die Konsumvereine nicht für Dinge verantwortlich machen, für die sie nichts können. (Sehr richtig!) Man soll bedenken, daß härter noch wie durch die Konsumvereine der Mittelstand durch das Großkapital und seine Organisationen bedrängt wird. (Sehr gut!) In diesem Kampfe gegen das Großkapital sind die Konsumvereine nicht Gegner, sondern die natürlichen Bundesgenossen des Mittelstandes. Ich begrüße — so schloß der Redner — die Tagung in dem Sinne, daß Ihre Bestrebungen, die wirtschaftliche Lage der Kinder- und Unbemittelten zu heben, und das Wohlergehen der breiten Massen des Volkes zu fördern, sich erschöpfen in diesem Ziele. Möge der gesunde Gedanke, der Ihrer Bewegung zugrunde liegt, auch durch diese Tagung hinausgetragen werden in immer weitere Kreise unseres Volkes; möge sie einen Fortschritt bedeuten auf dem Wege genossenschaftlicher Selbsthilfe und für unser Wirtschaftsleben im ganzen. Gerade einer der jüngsten Zweige Ihrer Tätigkeit, Bänderung der Wohnungsnot, macht Sie zum Verbündeten aller fortschrittlich gesinnten Stadterhaltungen, die demselben Ziel entgegenstreben. Möge der Genossenschaftstag einen gedeihlichen Verlauf nehmen. (Lebhafter Beifall.)

Es folgen nun die Begrüßungsreden der ausländischen Gäste. Alle geben ein Bild der Genossenschaftsbewegung ihres Landes und schildern deren Entwicklung, sie alle können von einem erfreulichen Fortschritt berichten.

Im Namen der Generalkommission und der auf dem Genossenschaftstag anwesenden Gewerkschaftsvertreter begrüßte Genosse Bauer-Berlin den Genossenschaftstag. Die Generalkommission habe der Einladung gerne Folge geleistet, weil ja die Verhandlungen des Genossenschaftstages für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft von ganz besonderer Bedeutung seien. Die heutige Tagung sei von besonderer Wichtigkeit für die organisierte Arbeiterschaft, das zeige der Punkt 7 der Tagesordnung (Vereinbarungen zwischen dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine und der Generalkommission). Soziale Schädigungen sollen eingedämmt werden, Schädigungen, an deren Beseitigung die Regierung sich noch nicht herangewagt habe. Möge die Tagung dazu beitragen, die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Genossenschaften bei Tausenden von Arbeitern neu aufkommen zu lassen!

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Der Internationale Genossenschaftsbund“, war der Präsident des Genossenschaftsbundes, Maxwell-Schottland, Referent. Seine Ausführungen waren aber mehr als Begrüßungsansprache gehalten. Niemals sei die Verwandtschaft zwischen der deutschen und englischen Demokratie enger und freundschaftlicher als gegenwärtig gewesen. Niemals habe Britannien mit größerem Interesse die erzielten Erfolge der deutschen Arbeiter verfolgt, und nie seien vorher dort solche entschlossenen Anstrengungen gemacht worden, sich mit den Arbeiterklassen aller Länder zur Förderung des Weltfriedens zu vereinigen.

Generalsekretär Kaufmann-Hamburg machte dann noch Mitteilungen über den Internationalen Genossenschaftstag im September in Hamburg. Abends 9 Uhr werden die Verhandlungen vertagt.

Frau von Schönebeck vor den Geschworenen.

Zu Beginn des siebenten Verhandlungstages (am Montag) teilte der Vorsitzende mit, daß die als Neugin geladene Ritter des Hauptmanns von Wben unter Weisung eines ärztlichen Attestes gebeten hat, von ihrer Vernehmung Abstand zu nehmen. Der Staatsanwalt verzichtete auf die Ladung der 70jährigen Dame, behält sich aber ihre kommissarische Vernehmung vor.

Von den am Montag vernommenen Zeugen gibt Oberst Dorn (Königsberg) Auskunft über den verstorbenen Major v. Schönebeck. Mit diesem war er bereits im Jahre 1885 auf der Kriegsschule in Reife. Der Zeuge gibt an: von Schönebeck wurde für einen sehr tüchtigen Offizier gehalten, er war sehr gewissenhaft, eifrig und gutmütig. Trotz seiner rauhen Äußerungen hatten ihn seine Untergebenen gern. Er war lebenswürdig, bescheiden und anspruchslos. Er war ein gläubiger Katholik. Als ich einmal aus Anlaß eines plötzlichen Todesfalles davon sprach, der Verstorbene habe wenig

worden ist und Ihre eigenen Vergewaltiger haben Ihnen ja auch gesagt: wir haben Steine statt Brot bekommen. (Bravo! Bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Giesberts (Z.) hält die Behauptung Bruest aufrecht. Ueber die Petition wird zur Tagesordnung übergegangen. Eine Petition des Eisenwerks Kraft in Stolzenhagen bittet um Zulassung der Sonntagsarbeit für die Lösung von Wassergütern.

Die Abg. Glagel (nat.) und Walkewitz (L.) empfehlen Berücksichtigung. Abg. Brust (Z.) tritt für den Kommissionsbeschluß auf Uebergang zur Tagesordnung ein. Man soll den Sonntag heiligen.

Abg. Borgmann (Soz.) bittet gleichfalls, dem Antrage der Kommission zuzustimmen. Es hat mich ganz außerordentlich gewundert, daß der Abgeordnete Walkewitz hier eine Lanze für die Großindustrie gebrochen hat. Es ist gewiß ein reiner Zufall, daß Herr Walkewitz gerade den Landtagswahlkreis betritt, in dem die betreffende großindustrielle Anlage liegt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Tatsächlich will die Petition der Großschiffahrt einen wesentlich höheren Vorteil gegenüber der Kleinschiffahrt verschaffen. Der Kleinschiffahrt wird das Urteil über das Ausreten des Abg. Walkewitz überlassen bleiben. Aus dem Kommissionsbericht geht übrigens unabweisbar hervor, daß das Werk Kraft bis zum Jahre 1907 ganz unbedeutenderweise die Arbeitslosigkeit an den Sonntagen ausgedehnt hat, sehr zum Schaden der betreffenden Arbeitkräfte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Walkewitz hat behauptet, daß seiner Information nach auch die Arbeiter den Wunsch hätten, daß die erweiterte Sonntagsarbeit zugelassen werde. Das bezweifle ich sehr lebhaft. Nach meiner Kenntnis der Dinge wird kein deutscher Arbeiter freiwillig so etwas tun. Durchbrechen Sie hier das Prinzip der Sonntagsruhe, so ist kein Ende abzusehen. Bei der anstrengenden Tätigkeit der Entladung von Schiffen, namentlich von Schiffen mit solchem Material, wie es hier in Frage kommt, ist es den Arbeitern zu gönnen, daß sie eine richtige Sonntagsruhe haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Giesberts (Z.) tritt für den Kommissionsbeschluß ein.

Abg. Leinert (Soz.): Herr Glagel meint, daß bis Ende 1907 eine sehr verständige Praxis in der Handhabung der Sonntagsarbeit geübt habe. Diese sehr verständige Praxis ist aber ungeheuerlich gewesen. Die Regierung hat in der Kommission erklärt, daß bis Ende 1907 das Werk Kraft in viel weitererem Umfang Sonntagsarbeiten ausführen lassen, da ihm bis dahin die untere Verwaltungsbehörde in ganz ungeheurer Weise (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) alljährlich im voraus für alle Sonn- und Festtage das Ent- und Beladen der Schiffe gestattet hat. Trotzdem die Sonntagsruhe schon 20 Jahre in Kraft ist, verstehen die unteren Verwaltungsbehörden diese Bestimmungen noch nicht einmal richtig zu handhaben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Petition wird der Regierung hierauf zur Erwägung überwiesen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 11 Uhr. (Petitionen, Anträge und etwa vom Herrenhause noch eingehende Vorlagen.) Die Abgeordneten Stichel (Pole), Borgmann (Soz.), Gaigalat (L.) und Schwabach (nat.) bitten, die Sprachenanträge vor den Petitionen zu beraten. Das Haus stimmt aber dem Vorschlage des Präsidenten zu. Schluß 5 Uhr.

Der rheinische Städtetag.

Der am letzten Sonnabend in Bonn tagte, hatte ein besonderes Gepräge dadurch erhalten, daß zu der Tagung zum ersten Male auch drei Sozialdemokraten delegiert waren, und zwar die Genossen Haberland-Barmen, Grimpe-Nemscheid und Deifel-Hohscheid bei Solingen. Der Städtetag hatte sich mit verschiedenen sehr wichtigen Fragen zu befassen, so daß auch unseren Genossen Gelegenheit geboten war, in die Debatte einzugreifen. Herr Oberbürgermeister Wallraf-Köln sprach über die Arbeitslosenversicherung. Eine gesetzliche Pflicht für die Öffentlichkeit, für die Arbeitslosen zu sorgen, bestehe zwar noch nicht, es handle sich aber trotzdem um große ungeschriebene Aufgaben unserer Zeit. Für eine Arbeitslosenversicherung von Reichswegen sei die beste Lösung der Materie wäre. Sie würde aber zweifellos das Reich, die Arbeiter, die Arbeitgeber und die Industrie schwer belasten. Die Grundlage der Arbeitslosenversicherung müsse darum die freiwillige Versicherung bilden. Die Stadt Köln wolle jetzt daran gehen, das sogenannte Genter System, d. h. die Unterpfandungen der Gewerkschaften mit einer selbstständigen Kasse zu verbinden, die auch den Nichtorganisierten offenstehe. Zunächst soll die bestehende städtische Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit ausgebaut, den Arbeitern, die ihre Fürsorge lange Zeit nicht in Anspruch nehmen, sollen die Beiträge nach einer bestimmten Frist bis zur Hälfte zurückerstattet werden. Mit den Gewerkschaften soll eine Rückversicherung eingegangen werden. Die Gewerkschaften, die 2 R. Arbeitslosenversicherung zahlen, sollen von der Stadt 150 R. für den Tag bekommen. Der städtische Zuschuß werde sich dadurch in Köln von 20 000 auf 50 000 R. erhöhen. Es sei dies ein Versuch auf einem so wichtigen Wege, auf dem neue Erfahrungen gesammelt werden können. Genosse Deifel bemerkte in der Diskussion, daß Deutschland in der Arbeitslosenfürsorge einer Anzahl auswärtiger Staaten nachhinkt. Die Gemeinden hätten in erster Linie hierin die Pflicht, sich mit dem Problem zu beschäftigen und daselbe seiner Lösung entgegenzuführen. Die Versicherung von Reichswegen sei wohl noch in weitem Felde. Wenn man sich auf das Reich bei Lösung dieser Frage verlassen wolle, sei man verlassen genug. Das Reich habe bis jetzt noch nicht einmal ein Gesetz im Jahre 1902 gegebenes Versprechen auf Einführung einer Witwen- und Waisenversicherung eingelöst. Bevor diese Frage von Reichswegen nicht gelöst sei, könne daselbe auch nicht an die Arbeitslosenfürsorge denken. — Die Aussprache wurde geschlossen, ohne daß Beschlüsse gefaßt wurden.

Ueber die Aufgaben der Städte nach der Reichsversicherungsgesetzgebung berichtete der Delegierte Dr. Fuchs aus Köln. Er empfahl als Leitfaden: Die Einrichtung eines einheitlichen Verwaltungskörpers (Versicherungsdienst) sei zweckentsprechend. Der Instanzengang für alle Versicherungsarten müsse aber gleich sein. Die Aufsichtsberechtigten müßten ausreichend und zweifelsfrei festgelegt werden. Die Halbierung der Beiträge sei eine notwendige Folge der Gleichstellung des Stimmrechts von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Den Gemeinden könnten die Kosten der Verwaltungskörper nur zu einem geringen Bruchteil auferlegt werden. Die Kosten dürften durch die einzelnen Staaten nicht auf die Kommunalverbände abgedeckt werden. Genosse Haberland-Barmen ersuchte den Städtetag, den Leitfäden des Referenten, soweit sie sich um die Halbierung der Beiträge drehen, nicht zuzustimmen. Den Versicherten müsse der Einfluß auf die Kassen gewahrt bleiben.

Von den Leitfäden wurden dann die über die Halbierung der Beiträge und das gleiche Stimmrecht der Arbeitgeber abgelehnt, die übrigen angenommen. Der Oberbürgermeister Dr. v. Döhler aus Krefeld behandelte die Steuerpflicht der Zinsbogen von Renten und Schuldverschreibungen der öffentlich-rechtlichen Verbände. In dem von ihm vorgelegten und einstimmig angenommenen Leitfaden wird die baldige Vereinfachung der Stempelsteuer (bekanntlich eine „Erzwingung“ der vorjährigen Reichsfinanzreform) von Zinsbogen der Kommunen, Kommunalverbände und Kommunalkreditanstalten durch eine Änderung des Reichsstempelgesetzes gefordert.

Abg. v. Derha (L.): Die Herren Sozialdemokraten kennen die Verhältnisse auf dem Lande nicht und bringen hier Beschwerden vor, ohne daß sie Namen nennen können. Wir sind gerabegut darauf angewiesen, die Dienstboten gut zu behandeln, weil Rot an Gefinde herrscht. Deshalb sind die Klagen fast durchweg unberechtigt. Mit den Sozialdemokraten werden wir uns niemals verständigen, sie sind Theoretiker, wir Männer der Praxis, und mit den Erfahrungen der Profanen ist den Arbeitern am besten gedient. Der Streit ist das größte Unglück, das passieren kann. Glauben Sie (zu den Sozialdemokraten) doch nicht, daß wir ihnen so leicht nachgeben. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Nizeroff (Pole) erklärt sich ebenfalls für die Petitionen.

Abg. Kretz (L.): Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist auf dem Lande noch gut. Aber nach Ansicht der Sozialdemokraten ist es eben der größte Fehler, daß die Leute noch so zufrieden sind, deshalb wollen sie sie aufwecken. Wir haben den dringenden Wunsch, daß von Seiten der Arbeitgeber alles getan wird, um die Zufriedenheit der Dienstboten und Angestellten zu erhalten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Stroffer (L.): Die Arbeitgeber, die das Gefinde auf dem Lande nicht gut behandeln, bekommen überhaupt keine Arbeiter. (Sehr richtig! rechts.) Das ländliche Gefinde muß heute wie ein rohes Ei behandelt werden. Es darf nicht so behandelt werden, wie Fabrikarbeiter und dergleichen. (Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. Viehnecht (Soz.):

Die Versuche, meine Darlegungen zu entkräften, sind vollkommen fehlgegangen. Daß die kleinen Bauern infolge der Rentenart sich oft in einer Zwangslage befinden, habe ich von vornherein hervorgehoben. Wir wissen, daß der kleine Bauernstand heutzutage darunter sehr schwer zu leiden hat und wir haben in unseren Publikationen auch Vorschläge gemacht, wie dem kleinen Bauernstand besser zu helfen ist als durch eine agrarische Gesetzgebung, die ihm doch nichts nützt. Wenn man meint, daß ich ohne Sachkunde spreche, so irrt man. Ich bin durch das Sozialengesetz zehn Jahre meines Lebens auf das Land hinausgetrieben worden, habe alle landwirtschaftlichen Arbeiten mitgemacht und das landwirtschaftliche Leben aus der größten Nähe kennen gelernt. Außerdem gibt mir mein Beruf häufig Gelegenheit, die tiefsten Wüsten in das soziale Elend in Stadt und Land zu tun. Erst vor kurzem hatte ich in Potsdam eine Gerichtsverhandlung wegen einer Besindeangelegenheit. Das Gericht brachte dabei sogar deutlich zum Ausdruck, daß die bisherigen Zustände als unerträglich betrachtet werden müßten. Ein Dienstherr hatte einen Dienstherrn, den er nicht entlassen wollte, der aber fort wollte und Grund hatte fortzugehen, auf Grund des Gesetzes die Sachen zurückzubehalten, so daß das Mädchen ohne Hemd und ohne jede Kleidung draußen war. (Ach! rechts; Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Polizei hat versucht, in das Privatienverhältnis einzugreifen. Der Amtsvorsteher hat mit Rücksicht auf die Besorgnis, daß eine Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit eintreten könnte,

weil das Mädchen nackt und bloß auf der Straße stand, den Warden hingelockt, um die Sachen gewaltsam dem Dienstherrn wegzunehmen. Das war eine gute Regung des Amtsvorstehers, aber das Eingreifen war ungeheuerlich, weil es sich um eine Privatangelegenheit handelte. Das Kammergericht hat glatt anerkannt, daß der Widerstand, den der Dienstherr gegen den Warden geleistet hat, kein Widerstand gegen die Staatsgewalt gewesen sei. Das Gericht hat sich bemüht, unter Widerspruch gegen die Judikatur des Kammergerichts sein Mißfallen über diese Art der gesetzlichen Regelung zum Ausdruck zu bringen. Es ist gescheitert an der tatsächlichen Rechtslage. Solche Fälle sind mir wiederholt vorgekommen. Herr v. Derha will vom organisierten Gefinde nichts wissen, er nennt es ein schlechtes Gefinde. Tatsächlich besitzen aber gerade diejenigen, die sich organisieren, am meisten Selbstgefühl und Ehrgefühl. Die besten Elemente sind es, die sich zu Organisationen zusammenschließen, nicht die schlechtesten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Gefinde braucht die Organisation, es braucht das Streikrecht, es wird sich dieses Recht erkämpfen. Aber noch Ihrem Geschmaod sind die dümmsten Arbeiter auf dem Lande die besten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Petitionen werden der Regierung als Material übergeben.

Die Petition eines früheren Eisenbahnassistenten um Wiedereinstellung wird der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Eine Petition des Gemeindevorstehers in Steglitz, die um Verleihung des Städterechts an die Gemeinde Steglitz bittet, wird als Material überwiesen.

Das Wahlrecht der Knappschaftsinvaliden.

Eine Petition fordert die Wiederbelebung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den kranken und gebrechlichen Invaliden an die Invalidenmitglieder der preussischen Knappschaftsvereine.

Die Abgg. Imbusch (Z.), Barischer (Z.) und Korfanth (Pole) empfehlen die Petition zur Berücksichtigung.

Geheimrat Steinbrink erklärt sich dagegen, man dürfe an den Grundlagen des Gesetzes nicht rütteln.

Abg. Leinert (Soz.):

Wir werden für den Antrag des Zentrums stimmen. Die in der Petition aufgestellte Forderung hat das Abgeordnetenhaus seinerzeit mit Füssen getreten und wir hören jetzt von der Staatsregierung, daß sie auch nicht geneigt ist, auf diese Forderung einzugehen. Die Knappschaftsinvaliden scheinen tatsächlich noch die Hoffnung zu haben, daß daselbe Abgeordnetenhaus, das den Invaliden damals die Rechte gab, nun auch hat, sie ihnen nach einigen Jahren wieder gibt. Diese Hoffnung wird schließlich nicht in Erfüllung gehen. Es ist infolgedessen besser, man schenkt den Reuten reinen Wein ein und erklärt ihnen, daß sie lediglich petitioniert haben, damit die Parteien, die damals das Gesetz gemacht haben, jetzt sagen können: wir sind für Euer Rechte — obgleich sie sie einst genommen haben. Weder die Staatsregierung noch die Mehrheitsparteien haben den ehrlichen Willen, den rechtlos gemachten Invaliden irgendwie entgegenzukommen. Wir kommt die Geschichte vor wie eine Komödie. Wenn man vor einigen Jahren die Arbeiter rechtlos gemacht hat und die Regierung in dem Bestreben, die Arbeiter rechtlos zu erhalten befaßt hat, dann kommen und eine solche Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, das sieht nur nach Komödie aus. Wir stimmen für den Antrag.

Abg. Waldheim (Fortf. Sp.): Wir werden für Berücksichtigung stimmen.

Abg. Brust (Z.): Wir brauchen uns unserer Tätigkeit beim Knappschaftsgesetz nicht zu schämen. (Choi! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben genommen, was zu erlangen war.

Abg. Leinert (Soz.):

Es stimmt eben nicht, daß die Zentrumspartei damals die Absicht gehabt hat, den Invaliden ihr Recht, das sie in den Knappschaftsvereinen hatten, unter allen Umständen zu retten. (Lebhafter Widerspruch und Ruf im Zentrum. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Zentrumspartei hat das nicht getan, denn sonst dürfte sie diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nüsse aus dem Zentrum: Sie haben (Ahnung!) Sie erklären, Sie hätten für das Gesetz gestimmt, um den Invaliden die Vorteile des neuen Gesetzes zu retten. Aber es ist doch die Frage, ob man auf der anderen Seite den Invaliden nicht mehr genommen hat dadurch, daß man ihnen die Rechte in den Knappschaftsvereinen vollständig geraubt hat. Ihr Antrag auf Berücksichtigung scheint mir nicht ganz ernst gemeint zu sein. Der Beweis hierfür liegt ja auch schon darin, daß das Zentrum auch diesmal wieder in so kläglicher Weise in diesem Hause vorhanden ist. (Aarm im Zentrum. Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie (zum Zentrum) sind schuld daran, daß das Gesetz so schlecht gemacht

Reiß das Bild gehabt, daß er kein langes Krankenlager gehabt habe, erwiderte er: Er möchte, bevor er sterbe, sich erst mit seinem Gott absünden und deshalb lieber die Qualen eines langen Krankenlagers mit in Kauf nehmen, als schnell sterben. Der Verstorbenen hat sich nie gegenüber auch sehr entschieden gegen den Kulturkampf ausgesprochen. Als seine Frau im Seebad Neukursen war, war ich im Seebad Kaufchen.

Der Staatsanwalt stellt nun den Antrag auf vollständigen Ausschluß der Oeffentlichkeit bei Besprechung der Ehescheidungsangelegenheit. Der Antrag wird abgelehnt.

Der Zeuge bekundet weiter: Die Angeklagte traf ich mit einem jungen Herrn. Es war allerlei Klatsch über sie verbreitet. Major v. Schönebeck hat mich um Angabe eines Anwalts, weil er sich scheiden lassen wollte. Er besuchte dann den Justizrat Hed. Als wir näher darüber sprachen, meinte er, daß er von der Scheidung zurückgekommen sei. Aus welchem Grunde er das getan hat, weiß ich ebenso wenig, wie den Grund, aus dem er sich scheiden lassen wollte. In der ersten Zeit nach der Verheiratung fragte ich einmal: Sind Sie in der Ehe glücklich? Er erwiderte: Ach Gott, ja, was man so nennt. Alle Weiber sind eitel und lieben Ruh und Tand, und es führt mich auch bei der Jagd.

Rittmeister von Thier (Pasewalk) gibt über die Persönlichkeit des Hauptmanns von Götten Auskunft. Er war ein besonderer Freund des Verstorbenen. Er hatte den Hauptmann v. Götten in der Reitschule zu Hannover 1896 kennen gelernt. Als er 1902 aus dem Burenkrieg zurückkam und später nach Magdeburg ging, bin ich, sagt der Zeuge aus, näher mit ihm bekannt geworden. Seit 1906 stand ich in Briefwechsel mit ihm. Schlechtes habe ich über Herrn von Götten nicht gehört. Er war ein etwas verschlossener Charakter. Er hatte einen schwächlichen Körper. Die Schwäche suchte er durch Energie zu unterdrücken. Renommiert hat er nicht. Seine Ansichten waren wohl hart durch Reiterei beeinflusst. Familienverehrung zog er Gesellschaften vor. Er hatte 100 R. Zusaufschuß: Davon sparte er noch und half mit den Ersparnissen in Not geratenen Kameraden aus. Sein Bestreben war, nach Südwestafrika zu kommen. Dabon, daß er sich gerührt habe, einen Unteroffizier und einen Farmer erschossen zu haben, weiß ich nicht. Seit den Strapazen in Magdeburg war er etwas verblüht. Er war jetzt auch sehr subjektiv und wollte nicht einsehen, wenn er unrecht hatte. Er dachte wiederholt daran, für ihn sei das Beste, sich zu töten, da er so fürchtbar überlässig und nutzlos auf der Welt sei. Nur der Gedanke an seine alte Mutter hielt ihn davon ab.

Ofters 1907 teilte er mir brieflich mit, daß er in eine Dame, die das Höchste und Herrlichste sei, verliebt sei. Es quälte ihn der Gedanke, daß sie in schlechten Händen sei. Götten war an sich schwer zu beeinflussen, ja er war ein Dickkopf, aber mit Klagen konnte man ihn sofort haben. Aus dem Gefängnis hat Götten zwei Briefe an mich geschrieben. Er meinte darin, er habe es nicht mehr mit ansehen können, wie eine Frau, die er ungeheuerlich lieb habe, von ihrem Mann gequält werde. Er habe wohl an ein Duell gedacht. Dabon habe aber die Dame nichts wissen wollen. Da sei er auf den wohlsinnigen Gedanken eines Duells ohne Zeugen gekommen. Er habe es im Walde ausführen wollen. Da es dort nicht gegangen sei, habe er es in der Wohnung gemacht. Mit einem Mädchen Lobe könne er die Schande nicht abwischen, die er über die Armer und seine alten Freunde gebracht habe. In dem Brief schrieb er auch, die Frau habe er bis zum Wahnsinn geliebt, wiewohl er aus ihrem eigenen Munde von ihrem leidenschaftlichen Vorleben Kenntnis hatte. Götten erschien mir, sagt der Zeuge auf Befragen, seit der magdeburger Zeit gefühllos, nicht mehr ganz normal, ich habe aber nichts davon gesagt, um ihn in seiner Karriere nicht zu schaden. Die beiden Briefe kamen dann zur Verlesung. In denselben behauptet der Briefschreiber, die Angeklagte habe auf ihn einen hypnotischen Einfluß ausgeübt. Auf Fragen bekundet noch der Zeuge: Götten hat in seiner Unterhaltung mit mir etwa im Jahre 1903 bereits sich für ein zeugenloses Duell ausgesprochen. Ein solches ist ja auch nach dem Strafgesetzbuch denkbar, es wird nur schwerer bestraft, wie das andere Duell. Ich selbst sprach mich gegen das zeugenlose Duell aus.

Ueber die Ereignisse im Schönebeck'schen Hause unmittelbar vor und nach der Tat wird zunächst der jetzige Unteroffizier Weigert-Altenstein, der damals Ausfühler des Hauptmanns war, vernommen. Von einem schlechten Verhältnis der Eheleute weiß der Zeuge nichts. Der große Hund Hirschmann lag immer oben im Korridor. Ein Fenster war aufgequollen und schloß nicht recht. Deshalb erklärte der Zeuge, habe er es mit einem Bindfaden zugezogen. Ich schliefe, sagt der Zeuge, im Pferdeboxen und habe von den Vorgängen nichts gehört. Der Dachstuhl schloß manchmal in der Küche, manchmal im Stall, wo er in jener Nacht schlief, weiß ich nicht. Um 1/2 12 Uhr stand ich auf. Ich sah durch den Türspalt und sah, daß im Zimmer des Majors Licht brannte. Ich wußte, daß er früh zur Jagd gehen wollte, ging schnell ins Zimmer und sah da den Major tot liegen. Ich ging, um den anderen Vorzeichen zu wecken. Als ich heraustrat, schlug die äußere Haustür zu, der Schnepfer schnappte ein, so daß ich durchs Fenster wieder einsteigen mußte. Ich kam dann mit dem anderen Vorzeichen herein. Wir gingen dann zu den Mädchen: die waren schon beim Ankleiden. Dann wurde Fräulein Eue geweckt. Inzwischen fuhr Hauptmann von Götten vor, um den Major zur Jagd abzuholen. Ich sagte ihm, der Herr Major habe sich erschossen. Er erwiderte: Mein Gott, das kann doch nicht möglich sein, fragte dann nach der gnädigen Frau. Ich leuchtete ihm nach oben, das Schreien der Frau hörte noch meiner Erinnerung an, als Herr von Götten dort eintrat. Einen Hund habe ich nicht angeschlagen, einen Schuß nicht fallen hören.

Rechnlich sagt der Drogoner Wandlitz, der beim Major von Schönebeck Pferdebutche war, aus.

Die Köchin Fortwoska-Altenstein bekundet: Zwischen den Schönebeck'schen Eheleuten habe ich Janz und Streit nicht bemerkt. Es bestand vielmehr zwischen beiden, soviel ich bemerken konnte, ein gutes Verhältnis. In der betreffenden Nacht war ich aufgewacht. Dadurch weiß ich nicht. Durch die Milchglascheibe unserer Tür sah ich einen Lichtschimmer. Fußtritte habe ich nicht gehört. Ich nahm an, der Major gehe in das Badezimmer. Das mag etwa um 4 Uhr gewesen sein. Ich schlief dann wieder ein. Gegen 8 Uhr wurde an unserer Tür geklopft, ich meldete es dem Fräulein Eue. Auf Vorhaltung, daß die Zeugin früher den Lichtschein nicht bemerkt habe will, erklärt sie, daß sie die Aufgabe falsch aufgefaßt hat. Das Stubenmädchen Lufat, jetzt in Steglitz bei Berlin, bekundet nichts Wesentliches. Ein Fräulein Dreißter-Altenstein behauptet, Fräulein Eue habe ihr mitgeteilt, in der Nacht vom ersten zum zweiten Weihnachtstage habe sie in dem großen Saal Licht gesehen.

Der dann vernommene Zeugin Fräulein Eue macht der Vorstehende besonders eindringliche Bemerktungen vor dem Meind. Er sagt u. a.: „Ich muß Ihnen offen sagen, ein Gesicht, mit dem Sie hier hereinkommen, ist mir bisher noch selten vorgekommen. Sie sind ganz rot, ohne daß Ihnen bis jetzt jemand ein Wort sagte. Ich habe Ihnen die größte Verlegenheit auf den ersten Blick angesehen, möchte Ihnen dringend raten, bei Ihrer Vernehmung bei der Wahrheit zu bleiben.“ Die Zeugin war 1902 bis 1908 und dann vom August 1907 ab im Schönebeck'schen Hause. Von dem angeblichen Saum unter dem Weihnachtsbaum weiß sie nichts. Sie hat in der Nacht weder ein Haustür gehen, noch bellend hören, noch den Schuß. Als der Rechtsanwältin Bahn erklärte, der Sachverständige habe doch bekundet, der Schall des Schusses sei ein ganz leiser gewesen, meint der Vorstehende, der eine habe allerdings erklärt, er könne höchstens wie ein scharfer Watsch gellungen haben, der andere habe aber gemeint: bei der harten Pulverladung müsse ein erheblicher Knall erfolgt sein. Der Verteidiger erklärt darauf: Mir wurde gesagt, daß Versuche gemacht wurden, bei denen sich einer der Herren Staatsanwälte ins Bett legte, und daß von dem Schuß nichts gehört wurde. Der Verteidiger Rechtsanwältin Salzmann erklärt: Mir wurde das auch mitgeteilt. Bei der weiteren Vernehmung der Zeugin legt diese dar, als sie Frau v. Schönebeck geweckt und ihr mitgeteilt habe, ihr Mann habe sich erschossen, sei diese ganz aufgerollt geworden, habe mit den Händen auf die Brust

gestrichelt und geschrien, dann wieder mit aufgerissenen Augen dagesessen und in die Ferne gestarrt. Bei der Unterredung des Herrn v. Götten mit der Angeklagten war sie nur anfangs zugegen, sie war dann an der Tür stehengeblieben. Der Vorstehende hält ihr vor, sie habe früher anders ausgesagt. Zeugin bestritt das. Nachdem v. Götten fortgegangen war, blieb die Zeugin bei der Angeklagten, bis Frau v. Graef kam. Auf Befragen bekundet die Zeugin noch, am 27. Dezember schrieb die Angeklagte einen Brief an v. Götten und bat mich, ich solle nichts davon sagen, daß Herr v. Götten in ihrem Zimmer gewesen sei. Es wäre ihr schrecklich, wenn ihr Verkehr mit Herrn v. Götten bekannt würde. Angeklagte: Ich hat Fräulein Eue, nichts davon zu sagen, weil meine Mutter und auch die Graef'sche Familie nichts erfahren sollten. Man hätte sich sonst um mich gar nicht mehr gekümmert.

Rittmeister Daejen-Altenstein bekundet: Meine Frau und ich waren mit Major v. Schönebeck und seiner Frau wenig zusammen. Wir pakteten die Koffer der Angeklagten mit den Herren nicht. An mehr hatte ich allerdings nicht geglaubt. Ich hatte auch einmal einen Kameraden, der nach Altenstein in neue Garnison kam, vor dem Verkehr mit Frau v. Schönebeck gewarnt. Das hatte der Major gehört und ließ mich stellen. Es kam zu einer Aussprache in Gegenwart eines älteren Herren. Ich legte dar, daß ich die Art und Weise, wie seine Frau mit Herren verkehrte, nicht für richtig halte; er machte daraufhin ein paar Redensarten und die Sache war für ihn erledigt. Ich hatte geglaubt, er würde mich nochmal energisch zur Rede stellen. Er tat es aber nicht. Den Hauptmann v. Götten hatte ich gern. Er sagte, wie beurteilen Frau v. Schönebeck ganz falsch. Anfang Dezember kam er im Artilleriekasino zu mir heran. Er hatte viel getrunken, was sonst seine Bescheidenheit nicht war. Da kam er plötzlich auf Major von Schönebeck zu sprechen, der sei ein ganz gemeiner Mensch, der seine Frau mißhandelt und gar nicht wisse, welche Werte er in seiner Frau habe. Ich widersprach. Götten blieb aber bei seiner Ansicht. Als ich am 26. Dezember in die Götten'sche Villa, von dem Vorzeichen geholt, kam, stand Rittmeister v. Graef vor der Tür und sagte: der Major hat sich erschossen. Ich handelte dort als nunmehr ältester Offizier. Götten sah im Salon und sah nach. Er sagte: Sie wundern sich wohl, daß ich nach Hause komme, aber ich habe so großen Hunger. Als der Schweißhund herunterkam und laut bellte, sagte Götten zu mir: Sehen Sie nur, wie der Hund den Toten verbellt. Das ging mir durch und durch. Ich hatte das Gefühl, daß Götten mit der Sache zusammenhänge und sagte zu Rittmeister Graef, er möge Götten erlösen, seine Wohnung nicht zu verlassen. Ich meinte auch, man sollte nachsehen, ob der Kaliber mit der Einschuböffnung stimmt. Als Graef mir näher mitteilte, daß der Revolver noch voll geladen war, sagten mir beide a tempo: Wollen! Nachher nahmen sich der Sache die Gerichtsleute an. Auf Befragen erklärt dann noch der Zeuge: Die Jagdpassion hat den Major nicht viel gekostet. Die Jagd kostete früher 750, später 1250 M. jährlich. Sie hatte 4000 Morgen Wildbestand. Sicherlich hat er 900 R. abgeschossen und hatte gar keinen Wildschaden. Die Angeklagte, meinte der Zeuge, übte auf Menschen einen suggestiven Einfluß aus, sowohl auf Männer als auch Frauen. Auch Damen, an deren Ruh auch nicht im geringsten zu rütteln ist, hatte sie vollkommen in der Gewalt. Ich habe mehrfach erlebt, daß Damen auch nachher noch vollkommen für sie eingekommen waren. Die Frage eines Geschworenen: Hat der Zeuge die Ansicht, daß Major v. Schönebeck von den vielen Verhältnissen seiner Frau Kenntnis hatte, beantwortet der Zeuge dahin: Nachdem, was ich gehört habe, muß ich das heute annehmen. Damals habe ich es nicht angenommen.

Die nächste Sitzung wird auf heute (Mittwoch) anberaumt.

Soziales.

Aus der Lagerberufsgenossenschaft.

Unter dem Vorsitz des Geheimen Kommerzienrats Emil Jacob fand am Sonnabend die 26. ordentliche Genossenschaftsversammlung der Lagerberufsgenossenschaft statt.

Die Lagerberufsgenossenschaft erstreckt sich, wie der Vorsitzende ausführte, über das ganze Deutsche Reich und ist in 9 Sektionen eingeteilt. Sie umfaßt am Schlusse des Jahres 1909 75 530 Betriebe mit 871 511 versicherten Personen. Gegenwärtig ist die Zahl von 76 000 versicherten Betrieben bereits überschritten, über 395 000 Arbeiter sind in ihnen vorhanden. Sowohl der Zahl ihrer Betriebe wie der versicherten Personen nach ist die Lagerberufsgenossenschaft, abgesehen von der Annapflichtberufsgenossenschaft, die größte deutsche gewerbliche Berufsgenossenschaft. Anfälle wurden im Berichtsjahre 20 852 angemeldet gegen 19 815 im Jahre 1908. Entschädigungen wurden im Jahre 1909 gezahlt: 4 609 770 M. (1908 617 M. mehr wie 1908). Die Entschädigungssumme verteilt sich auf 21 089 Anfälle, von welchen 1817 aus dem Jahre 1909 und die übrigen 19 272 aus den vorangegangenen Jahren herrühren. Die Gesamtzahl der Rentenempfänger betrug im Berichtsjahre 25 251. Die Zahl der berufsunfähigen Bescheideträger betrug 11 326. Die erste Rentensatzsetzung für Verletzte oder Hinterbliebene betrug 3635, während in 2183 Fällen der Rentenanspruch abgelehnt wurde; eine Minderung oder Einstellung der Rente fand in 4950 Fällen statt, während eine Erhöhung der Rente nur in 119 Fällen eintrat und in 133 Fällen eine Ablehnung des Erhöhungsantrages erfolgte. Die Zahl der Berufungen und Anträge liegt auf 3604 gegen 3296 im Vorjahre; dementsprechend erhöhten sich auch die Kosten der Schiedsgerichte von 78 988 M. 1908 auf 92 088 M. im Jahre 1909. Zugunsten der Berufsgenossenschaft wurden 562 Rekluse oder 80 Proz. entschieden, während 111 Rekluse oder 16 Proz. zu deren Ungunsten ausfielen.

Dann teilte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand gegen den ersten Entwurf der Reichsversicherungsordnung energisch Einspruch erhoben habe, da in demselben eine weitgehende Entroftung der Berufsgenossenschaften vorgesehen sei und das Selbstverwaltungsrecht auf das schwerste gefährdet sei. Es sei erreicht worden, daß in dem neuen Entwurf die Wünsche der Berufsgenossenschaften berücksichtigt seien. Daß die Aenderung lediglich mit Rücksicht auf die Unternehmer, zum Schaden der Arbeiter, vorgenommen ist, ist bekannt.

Ferner gab Herr Jacob bekannt, daß das 20jährige Bestehen der Berufsgenossenschaften in diesem Jahre, und zwar am 30. September und 1. Oktober, in feierlicher Weise begangen werden soll. Im Reichsversicherungsamt soll für Herrn Wölfler, den ersten Träger der Versicherungsangelegenheit, ein Denkmal entworfen werden; ferner soll ein Festessen im Zoo stattfinden. Zur Feier sollen auch Vertreter des Auslandes eingeladen werden, um diesen einen Einblick in die soziale „Fürsorge“ Deutschlands zu geben. Soweit wie Platz ist, sollen auch Arbeitnehmer teilnehmen dürfen, wie der Kommerzienrat gütig bemerkte.

Die Diskussion über den Bericht gestaltete sich sehr umfangreich. Ein Stettiner Vertreter verlangte die größte Sparsamkeit bei Festsetzung der Renten; dem Simulantentum der Arbeiter müsse energisch zu Leibe gegangen werden, da die Lasten für die Arbeitgeber unerträglich seien. In dasselbe Horn bliesen noch mehrere bürgerliche Vertreter. Unsere Genossen Dinge und Doppel-Berlin sowie Saupé-Elberfeld wiesen demgegenüber darauf hin, daß die Rentenquote schon weit mehr als genügend arbeite. Das ergebe sich schon aus dem hohen Betrag für Schiedsgerichts-kosten und aus dem Rückgang der Rentenempfänger selbst. Die große Zahl der Anfälle, welche zum Teil durch die Schuld der Arbeitgeber herbeigeführt sei, welche die Unfallverhütungs-vorschriften nur sehr lax befolgten, zeige genügend, in welcher Weise die Arbeiter ihre Knochen zu Markte tragen müßten. Die Kosten der Versicherung hätten ja durchweg die Arbeiter selbst zu

fragen, da der Betrag indirekt von Lohn gekürzt werde. Eine Verfürgung der Rente in den Fällen, wo nur 10 Proz. des verdienten Lohnes oder weniger gezahlt würden, könnten sie absolut nicht zustimmen. Ferner wurde eine rechtzeitige Verlesung des Jahresberichts durch unsere Genossen gefordert und auch vom Vorstand zugesagt.

Zu lebhaften Erörterungen kam es bei der Festsetzung der Gehälter für die Beamten und Bediensteten. Genosse Hingz verlangte eine Erhöhung des Grundgehalts für Kanjlisten auf 1500 M. (jetzt 1350 M.), steigend in 15 Dienstjahren auf 2250 M.; für Expedienten Anfangsgehalt 1800 M., steigend auf 2700 M.; ferner müsse wie in Staatsbetrieben ein Wohnungsgeld gezahlt werden. In der Begründung wiesen Dinge und Saupé darauf hin, daß allerdings die ersten Beamten mit Gehältern von 10 000 bis 12 000 M. anständig bezahlt seien. Aber eine ganze Reihe von Hilfsarbeitern und Angestellten mit längeren Dienstjahren würden noch mit Gehältern von 90 bis 120 M. abgepeist. Ein dergleichen Zustand sei der Berufsgenossenschaft nicht würdig. Sie stellten darauf den Antrag, den Vorstand zu ersuchen, die Gehälter angemessen zu erhöhen. Dieser Antrag wurde auch von anderen Vertretern unterstützt. Kommerzienrat Jacob bekämpfte diesen bescheidenen Antrag in erregter Weise. Die meisten Beamten seien mit ihren Gehältern sehr zufrieden, wie er durch zahlreiche Dankschreiben beweisen könne; die Beamten bekämen Weihnachtsgeschenke und auch Teuerungszulagen seien gezahlt worden. Er habe ein warmes Herz für die Angestellten; man schürze mit dergleichen Anträgen nur die Unzufriedenheit. Unter solchen Umständen müsse er es sich sehr überlegen, im Vorstände zu verbleiben, wenn man kein Vertrauen zu den Maßnahmen des Vorstandes habe. Der Erfolg dieser Ausführungen war die Ablehnung des Antrages. So steht die soziale Fürsorge für die eigenen Angestellten der Berufsgenossenschaft aus.

Zu heftigen Debatten kam es noch bei der Wahl der Vorstandsmittglieder. Hier waren es die Vertreter der Detailisten, welche mehr Sitze haben wollten, um die Lasten mehr auf die Schultern der Großunternehmer abwälzen zu können. Schließlich wurde den Herren auch ein weiterer Sitz eingeräumt.

Zur einstimmigen Annahme gelangte eine Resolution, in welcher die Verwaltungsbehörden ersucht werden, den Versicherungsbeitrag auf alle im Betriebe beschäftigten Personen auszuwehnen; es sollen alle Handlungsgehilfen und Gehilfen und Lehrlinge, ferner auf der Reise oder im Lager und in Kontoren tätige Personen ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens versicherungspflichtig gemacht werden.

Schadenserkllage eines Arbeitgebers.

Der Fabrikant Albert Bauschle klagte gegen die Arbeiterin B. auf Schadensersatz in Höhe des ihr gezahlten Wochenlohnes von 15,31 M., weil sie trotz der ausdrücklich vereinbarten 14tägigen Kündigungsfrist das Arbeitsverhältnis am 23. Mai fristlos gelöst hat. Die Beklagte wendete ein, daß sie wegen Nichtzahlung des Lohnes durch den Kläger die Arbeit eingestellt habe. Der Kläger habe am Pfingstsonnabend erklärt, wer am dritten Feiertag nicht zur Arbeit kommt, erhält den zweiten Feiertag nicht bezahlt. Sie sei am Dienstag nach den Feiertagen zur Arbeit gekommen, habe aber, obwohl ihr der Kläger noch am Tage darauf die Bezahlung des zweiten Feiertages zugesichert hatte, doch den Lohn dafür nicht erhalten. Da der Kläger bei der Lohnzahlung am 21. Mai nicht zugegen war, habe sie ihre Forderung auf Bezahlung des zweiten Feiertages ihm gegenüber am Montag, dem 23. Mai, nachmalig geltend gemacht und da dem nicht entsprochen wurde, die Arbeit verlassen. Der Kläger bestritt, der Beklagten gegenüber ein solches Versprechen gemacht zu haben. Er wies darauf hin, daß die Beklagte im Gegensatz zu den anderen Arbeiterinnen, die Wochenlohn erhielten, nur nach Stunden entlohnt würde. Durch die Beweis-annahme gelangte jedoch das Gewerbegericht zu der Ueberzeugung, daß die mündliche Bekanntmachung des Klägers vom Pfingstsonnabend, die die Zustimmung der Feiertagsbezahlung enthielt, auch für die Beklagte Geltung hatte, denn sie war allgemein gehalten und die Beklagte nicht ausdrücklich davon ausgenommen. Das Gericht vertrat die Ansicht, daß das Arbeitsverhältnis von der Beklagten mit Recht gelöst worden ist und wies die Klage kostenpflichtig ab.

Die Handelsschule als genehmigungspflichtige Stellenvermittlung.

Eine wichtige Entscheidung fällt dieser Tage das Kammergericht. Herr Radow in Berlin, der Inhaber einer bekannten privaten Handelsschule, war vom Landgericht wegen Uebertretung der §§ 84 und 147 der Gewerbeordnung zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er ohne Genehmigung das Geschäft eines Stellenvermittlers betrieben habe. Es sei, so führte das Landgericht aus, folgendes festgestellt: Häufig teilten dem Angeklagten Geschäftsinhaber, Rechtsanwälte usw. mit, daß bei ihnen Stellen offen seien für Personen, wie sie in seinem Institut ausgebildet würden. Ihnen bezeichne er Schüler, die geeignet seien, auch geber-über sie Auskünfte. In vielen Fällen komme es auch zu Vertragsabschlüssen. Ein Entgelt nehme der Angeklagte nicht dafür. In seinen Prospekten wies er schon auf diese Art der Vermittlung hin, indem er darin sage, daß die große Verbreitung seiner Bekanntheit die Möglichkeit gebe, seinen Schülern Stellen zu verschaffen, und zwar unentgeltlich. Unter diesen Umständen läge zweifellos eine Stellenvermittlung und ein gewerbemäßiges Handeln vor. Durch den Vermerk in seinen Prospekten wolle er seine Schule haben, also auch durch die angekündigte Vermittlung. Er sei als Stellenvermittler anzusehen, da er in der gedachten Weise den Abschluß von Verträgen ermögliche. Somit hätte er einer Erlaubnis bedurft, wie sie § 84 der Gewerbeordnung vorschreibe.

Der Angeklagte legte Revision ein und bestritt, daß hier eine Stellenvermittlung im Sinne des Gesetzes vorliege.

Das Kammergericht verwarf die Revision mit folgender Begründung: Mit Recht habe die Vorinstanz eine Stellenvermittlung angenommen. Es liege fest, daß M. den antragenden Kaufleuten oder Anwälten, die Stenotypistinnen und kaufmännisch gebildete Kräfte brauchten, die Schüler benannt und den Schülern andererseits gesagt habe, daß diese oder jene Stelle zu haben sei. Dadurch habe er eine Zusammenführung der Stellensuchenden und Stellengeber herbeigeführt. Doch er auch weiterhin den Vertragsabschluß hätte vermitteln müssen, läge nicht im Begriff der Stellenvermittlung. Es genüge, daß es zum Abschluß des Vertrages dadurch komme, daß der Vermittler den Stellensuchenden und den Arbeitgeber zusammenführe und es ihnen überlasse, handelsmäßig zu werden. Anders verfuere auch keine Gefindvermittlung, die die klarste Form der Stellenvermittlung darstelle. Wenn der Angeklagte der Meinung war, er bedürfe keiner Genehmigung, dann sei das ein Rechtsirrtum, der ihn vor Strafe nicht schütze.

Aus Industrie und Handel.

Fleischer gegen Agrarier.

Die jetzt abgehaltene Generalversammlung des Verbandes der Fleischermeister vollierte folgende Resolution: „Die jetzige, seit Jahren andauernde Fleischvertenerung hat einzig und allein ihren Grund in den hohen, nur der Landwirtschaft zugute kommenden Viehpreisen. Das deutsche Fleisbergewerbe hat ebensowenig wie das konsumierende Publikum ein Interesse an den hohen Fleischpreisen. Die vom Landwirtschaftsrat vorgeschlagenen Mittel zur Verringerung der Fleischsteuerung sind fast durchweg ungeeignet,

So lange es der Landwirtschaft nicht gelingt, genügendes und preiswertes Schlachtvieh zur Verfügung zu stellen, kann keine Verbilligung der Fleischpreise erfolgen. Zur Erreichung dieses Zieles ist in erster Linie anzustreben Vermehrung und Verbesserung der Viehhaltung im Inland, zollfreie Einfuhr von Futtermitteln aller Art, Einfuhr von Kuh- und Schlachtvieh aus dem Auslande unter Vermeidung aller erschwerenden Bedingungen, Verbilligung und Verbesserung des Viehweidens auf den Eisenbahnen, Verbilligung der Abgaben auf Schlachtvieh. Der Vorstand des Deutschen Fleischerverbandes wird beauftragt, zur Erreichung dieses Zieles alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen.

Konzentrationsbestrebungen in der Landwirtschaft?

Im Gegensatz zu den Fusionsbestrebungen in der gewerblichen Warenherstellung ist das Vorhandensein einer Konzentrationsbewegung in der deutschen Landwirtschaft niegeleitet worden. Auch die Gewerbestatistiken deuten auf einen Rückgang der Großbetriebe in der Landwirtschaft hin. Die durchschnittliche Arbeiterzahl im landwirtschaftlichen Großbetrieb ist vom Jahre 1882 bis 1907 von 103 auf 113,8 oder um rund 26 Proz. zurückgegangen. Andererseits ist die Zahl der in Mittelbetrieben der Landwirtschaft beschäftigten Personen bei weitem nicht so stark gewachsen wie in der gewerblichen Warenherstellung, indem auf je 100 Beschäftigte der Zuwachs nur 8,2 gegenüber 10,6 Proz. betrug. Die Argumente gegen eine Konzentrationsbewegung in der deutschen Landwirtschaft auf Grund der Ergebnisse der Gewerbestatistiken dürften indes nicht stichhaltig sein. Seit dem Jahre 1882 ist eine ganz außerordentlich weitgehende Veränderung im Gebrauch landwirtschaftlicher Maschinen vor sich gegangen, der in letzter Zeit durch den Bau von Ueberlandzentralen und durch die Verwendungsmöglichkeit der Elektrizität in der Landwirtschaft besonders stark gestiegen ist. Die menschliche Arbeitskraft ist in ziemlich umfangreichen Maße durch Maschinenkraft ersetzt worden, so daß der Rückgang der Zahl der Arbeitskräfte für den einzelnen landwirtschaftlichen Großbetrieb infolge der Betriebsverbesserungen durchaus nicht auf einen Rückgang des landwirtschaftlichen Großbetriebes schließen läßt. Andererseits ist auch der Mittelbetrieb infolge der erweiterten Anwendung der Maschinenkraft von der menschlichen Arbeitskraft unabhängiger geworden, so daß auf Grund der Zunahme der Beschäftigtenzahl in landwirtschaftlichen Mittelbetrieben ebenfalls nicht auf eine relativ geringere Ausdehnung geschlossen werden kann. Außerdem ist zu beachten, daß der Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens einer großen Anzahl von landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetrieben immer mehr zahlreiche Vorteile des landwirtschaftlichen Großbetriebes zur Verfügung stellt. Sowohl in der gemeinsamen Benutzung von Maschinen und gegenständlicher Unterfertigung bei der Bewirtschaftung als auch in der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte und des Absatzes auf dem Markt genießen durch das ländliche Genossenschaftswesen vielfach Klein- und Mittelbetriebe in der Landwirtschaft einige Vorteile des Großbetriebes. Die Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens bietet den Beweis für die Wirtschaftlichkeit des landwirtschaftlichen Großbetriebes und kann schließlich als ein Anfang einer Konzentrationsbewegung angesehen werden. Auch die Entwicklung der Kapitalinvestitionen in der Landwirtschaft durch Begründung von Aktien- und Gesellschaften m. b. H. sowie deren Kapitalerhöhungen deuten darauf hin, daß die Kollektivunternehmung und das Schaffen größerer Wirtschaftseinheiten sowie die Bildung größerer Betriebe in der Landwirtschaft nicht unbedeutende Fortschritte macht, während doch die Kollektivunternehmung bisher als eine Sonderheit der gewerblichen Warenherstellung galt. In den nachstehenden Jahren stellte sich die in der Landwirtschaft durch die nachstehende Zahl von Aktien- und Gesellschaften oder Gesellschaften m. b. H. neuinvestierte Kapitalsumme wie folgt:

	1907	1908	1909
Zahl der Gesellschaften	78	45	57
Millionen	21,18	4,02	15,23

Von den Neuinvestitionen im Jahre 1907 entfielen 8,95 bezw. 9,46 Mill. Mark auf Neugründungen von 5 Aktiengesellschaften und 65 Gesellschaften m. b. H., während eine Aktiengesellschaft und 5 Gesellschaften m. b. H. ihr Kapital um 600 000 bzw. 1 700 000 Mark erhöhten. Die geringe Unternehmenslust im Jahre 1908 brachte nur die Gründung von einer Aktiengesellschaft und 36 Gesellschaften m. b. H., die einen Kapitalbedarf von 1,25 bezw. 2,81 Millionen Mark beanspruchten, während 450 000 bzw. 104 500 Mark für Kapitalerhöhungen von zwei Aktiengesellschaften und sechs Gesellschaften m. b. H. aufgenommen wurden. Im verflochtenen Jahre erforderten die Neugründungen von 2 Aktiengesellschaften und 49 Gesellschaften m. b. H. einen Kapitalaufwand von 470 000 bzw. 7,43 Millionen Mark, während auf die Kapitalerhöhungen bei 3 Aktiengesellschaften und 4 Gesellschaften m. b. H. 7,20 Millionen bzw. 182 000 Mark entfielen. Die nicht unbedeutenden Summen der Neuinvestitionen in der Landwirtschaft und die Unternehmenslust zur Schaffung zahlreicher Kollektivunternehmungen weisen auch hier auf eine Verschiebung des landwirtschaftlichen Betriebes zugunsten der Großunternehmung hin.

Submissionsskizzen. Bei der Vergabe der Ausführungsarbeiten zur Herstellung einer 450 laufenden Meter langen Anstreichung auf dem Hauptbahnhof Thorn wurden u. a. folgende Gebote abgegeben: Für Arbeitsausführung in einer Gruppe 2140,00 Mark und 6406,11 Mark, in einer anderen Gruppe 2148,40 Mark und 7123,29 Mark. Wohlgerichtet, es handelt sich hier nur um die Arbeitsausführung ohne Materiallieferung. Da scheinen die Löhne — der Unternehmer ja ganz außerordentlich zu differenzieren.

Produktionsbeschränkung. New-York, 18. Juni. Auch die Wright-Company, welche eine halbe Million Spindeln laufen hat, schränkt ihre Produktion und zwar um ein Drittel ein. — Die Vereinigung der Baumwollfabrikanten von Süd-Carolina hat gleichfalls Produktionsbeschränkungen beschlossen.

Konzentration in der Textilindustrie. Die Aktiengesellschaft Gebhardt u. Co. in Woburn, eine 1907 mit 3 Mill. Mark Aktienkapital gegründete Seidenweberei, beruft eine Generalversammlung, die einen Fusionsvertrag mit der Mechanischen Seidenweberei von Van Biema u. Co. in Arelaf genehmigen und eine Kapitalerhöhung um 800 000 Mark beschließen soll. Die Firma von Biema u. Co. ist schon heute eng liiert mit zwei großen Firmen der Seidenindustrie. Die Aktiengesellschaft Gebhardt u. Co. erwartet von der Fusion die „Ausfaltung eines fähigen Wettbewerbers“.

Aus der Frauenbewegung.

Die englische Frauenbewegung.

Augenblicklich tagt in einem der Säle in der japanisch-britischen Ausstellung in London der Kongreß der Frauenrechtlerinnen. Von den vielen Fragen, die dort diskutiert werden, ist die des Frauenstimmrechts von besonderem Interesse. Haben sich doch die Vereine, die diese Idee propagieren, in den letzten Wochen über eine Bill geeinigt, die von Parlamentariern aller Parteien befürwortet wird und demnächst dem Parlament eingereicht werden soll. Die Vorlage bezweckt, allen Frauen, die heute schon bei Gemeinde- und Gewerkschaftswahlen stimmen können, auch das Stimmrecht für die Wahlen zum Parlament zu verleihen, ein Vorschlag, der natürlich bei vielen, leider nicht bei allen englischen Genossen auf heftigen Widerstand stößt. Die S. D. P. wie auch die Labour Party haben sich wiederholt gegen diese Art begrenzter Stimmrechtsvorlage ausgesprochen. Aber eine ganze Reihe Genossen der S. D. P. tritt für die begrenzte Wahlrechtsvorlage ein. Bei Gemeindevahlen in Großbritannien kommt als Wählerin oder Wählerin nur der Wohnungsinhaber (occupier) als Wähler

oder Mieter in Betracht. Eine Frau kann bei diesen Wahlen wie eine männliche Person wählen, wenn sie ein Wohnhaus, den Teil eines Hauses oder auch nur ein Zimmer innehat, vorausgesetzt, daß der Hauswirt als solcher nicht im Hause wohnt. Dies bildet die Grundlage des bestehenden Wahlrechts für lokale Vertretungskörperschaften. Modifiziert wird dieser Satz aber durch einen solchen Wust von Sonderbestimmungen für die verschiedenen Teile des Reiches, ja für verschiedene Städte und für die verschiedenen Vertretungskörperschaften, daß es überaus schwer ist, sich in den bestehenden Gesetzen zurechtzufinden. Verehelichte Frauen der Arbeiterklasse sind von diesem Wahlrecht, das eine gewisse wirtschaftliche Selbstständigkeit der Wähler voraussetzt, gänzlich ausgeschlossen.

Wiel wichtiger als dieser Punkt ist die Prinzipienfrage. Es kann nicht häufig genug betont werden, daß die jetzige Frauenbewegung in Großbritannien in erster Linie eine bürgerliche Bewegung ist, die dazu ihren bürgerlichen Charakter auch noch bei jeder Gelegenheit ausdrücklich betont. „Warum“, heißt es in allen Reden der Suffragettes, „sollen wir Frauen, die wir Steuern zahlen müssen, nicht das Recht haben, bei den Parlamentswahlen zu stimmen, da es doch das Parlament ist, das diese Steuern aufbürdet?“ Um dieses Argument würdigen zu können, muß sich der deutsche Leser daran erinnern, daß man in England erst bei einem Einkommen von 800 Mark direkte Steuern zahlt. Auch die Urheber der vorliegenden Bill lassen es merken, daß sie keineswegs darauf aus sind, das Wahlrecht für alle Frauen einzuführen. In ihrem Aufruf heißt es: „Die Vorlage schließt nicht den weiteren Schritt zum allgemeinen Wahlrecht aus, sie macht diesen Schritt aber auch nicht unüberwindlich.“ Der zweite Teil dieses Satzes, der ein Weidmüchtigungsmittel für die Spießbürger sein soll, birgt ein gutes Stück Wahrheit. Diejenigen der englischen Genossen, die für die begrenzte Frauenstimmrechtsvorlage eintreten, tun dies — wenn nicht gar aus sentimentalen Gründen — aus der Erwägung, daß die Annahme des begrenzten Frauenstimmrechts die politische Emanzipierung des weiblichen Geschlechts überhaupt notwendigerweise herbeiführen müsse. Diese Schlussfolgerung kann jedoch geschichtlich nicht begründet werden; das Gebahren der bürgerlichen Demokratie sollte ein warmendes Exempel sein. Mit Recht befürchtet man, daß die englischen Frauenstimmrechtlerinnen, wenn sie einmal am Ziele ihrer Wünsche angelangt sind, auf ihren Vorbeeren ausrufen und womöglich gar dem Vorbringen der proletarischen Frauen Widerstand entgegensehen werden.

Was die Aussichten der neuen Bill anlangt, so sind sie keineswegs hoffnungsvoll. Die Sympathien der bürgerlichen Parlamentarier, die ihre Ruhe haben wollen und daher vieles versprechen, werden den Suffragettes nicht viel nützen, solange das Kabinett nichts von ihren Plänen wissen will. Ein weiterer zu berücksichtigender Faktor ist die Ohnmacht, die die Organisationen der Frauenstimmrechtlerinnen bei den letzten Parlamentswahlen an den Tag legten. Ihr Eingreifen endete mit einem kläglichen Fiasko; nicht eine einzige Wahl haben sie zu beeinflussen vermocht. Alle Umstände deuten darauf hin, daß uns die Suffragettes noch lange als Agitatoren für die Frauenemanzipation erhalten bleiben, bis das britische Proletariat stark genug ist, seine Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für beide Geschlechter durchzusetzen.

Das weibliche Geschlecht in der Berufszählung.

Die gesamte Bevölkerung des Deutschen Reiches hat sich in der Zeit von 1882 bis 1907 vermehrt von 45 222 118 auf 61 720 529 Personen, das ist um mehr als ein Drittel, nämlich um 36 1/2 Proz. Innerhalb dieser Zahl haben die Erwerbstätigen aber noch stärker zugenommen, nämlich von 17 632 008 auf 26 827 302, das ist um 9,2 Millionen oder 52 Proz. Von der gesamten Bevölkerung sind gegenwärtig mehr als 1/2 erwerbstätig. Noch ein wenig stärker jedoch haben die Berufslosen zugenommen. 1882 betrug ihre Zahl 1 854 486, 1907 dagegen 3 404 983, das sind fast 54 Proz.

Ihre richtige Bedeutung gewinnen diese Zahlen natürlich erst, wenn man sie weiter zerlegt. Dann ergibt sich, daß innerhalb der erwerbstätigen Bevölkerung das weibliche Geschlecht stärker an Zahl zugenommen hat, als das männliche. Die Erwerbstätigen männlichen Geschlechts zählten:

1882	1907
18 872 905	18 588 684
= 60 1/2 Proz.	= 61 Proz. der Bevölkerung.

Dagegen die Erwerbstätigen weiblichen Geschlechts:

1882	1907
4 229 103	8 243 498
= 18 1/2 Proz.	= 26 1/2 Proz. der Bevölkerung.

Diese starke Zunahme der Frauen in der Berufsarbeit ist nun zwar zum Teil darauf zurückzuführen, daß 1907 infolge schärferer Fragestellung zahlreiche weibliche Personen sich als erwerbstätig bezeichneten, die früher zu den Angehörigen gerechnet wurden. Dennoch steht fest, daß die weibliche Bevölkerung immer stärker am Berufsleben teilnimmt. In der Zeit von 1882 bis 1907 ist im Deutschen Reich die Zahl der weiblichen Bevölkerung nur um 18 1/2 Proz. gestiegen, nämlich von 20 361 123 auf 31 259 429; darunter die der weiblichen Angehörigen nur um 7 Proz., von 18 067 224 auf 19 974 341, dagegen die der weiblichen Erwerbstätigen um 56 1/2 Proz., von 5 284 893 auf 8 243 498.

Sonderbarerweise zeigt sich nun aber genau dasselbe bei den Berufslosen. Auch hier hat das weibliche Geschlecht stärker zugenommen als das männliche. Die Zahl der Berufslosen (selbständigen) Männer stieg von 852 361 auf 1 612 776, d. i. um 147 Proz., die der Frauen gleicher Gruppe von 702 125 auf 1 702 207, das ist um 155 Proz. — Allerdings ist mit dieser Zahl unseres Erachtens nicht viel anzufangen, denn sie umfaßt nicht nur die Rentner und Pensionäre aller Art, sowie die von Unterstützung Lebenden, sondern auch die Studenten und Schüler, die nicht bei ihren Eltern leben, sowie die Zöglinge in Unterricht- und Waisenanstalten. Und gerade diese, die man doch eigentlich kaum als „berufslose Selbständige“ ansehen kann, haben besonders stark zugenommen, nämlich von 145 856 auf 608 841, das ist um 317 Proz. in den 25 Jahren. Immerhin ist auch die Zahl der Rentner und Pensionäre in der gleichen Zeit gestiegen. Es betrug die Zahl der Rentner und Pensionäre

	1882	1907
Männer	571 438	1 050 414
Frauen	439 110	1 226 608

Unter den Studierenden, Schülern usw. haben die Frauen ganz kolossal zugenommen. Von ihnen waren 1882 männliche 118 108, 1907 368 250, Zunahme 221 Proz.; weibliche 1882 82 248, 1907 243 082, Zunahme 294 Proz.

Alles in allem zeigt also die Berufszählung 1. eine gewaltige Zunahme der Frauen am Erwerbsleben und 2. eine auffallende Vermehrung der Berufslosen überhaupt. Damit steht im Einklang, daß die Zahl derer gekunken ist, für die jeder Erwerbstätige zu sorgen hat. Auf je 100 Erwerbstätige entfallen von der Gesamtbevölkerung 1882 257, 1895 249 und 1907 230 Personen.

Lesende.

Groß-Lichterselde. Freitag, den 17. Juni, im „Kaiserhof“: Vortrag „Erziehung der Jugend im Sinne des Sozialismus“.

Steglich. Freitag, den 17. Juni, 8 1/2 Uhr, beim Genossen Rohmann Vortrag. Genosse Kymann: „Die Frauen und die hiesige Gemeindevertretung“.

Gerichts-Zeitung.

Eine Heiratsschwindler-Epidemie scheint augenblicklich in Berlin zu herrschen, da fast kein Tag vergeht, an welchem nicht mindestens ein Vertreter dieser Verbrechertatigkeitsgruppe von den Moabitser Strafgerichten unschuldig gemacht wird. Wegen ein besonders gemeingefährliches Exemplar dieser

Schwindlerkaste, den „Detektiv“ Gustav Kolbig, verhandelte gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Geier. — Der Angeklagte, welcher nach seiner Behauptung Inhaber eines Detektiv- und Auskunfts-Bureaus ist, erließ in mehreren Zeitungen Heiratsannoncen, in welchen er sich als wohlhabender Kaufmann ausgab, der sich nach einem „glücklichen Heim“ sehne. Auf diese Inserate meldeten sich gleich einige Dutzende von heiratslustigen ältlichen und allen Jungfrauen, von denen dann einige von dem Angeklagten zur „engeren Wahl“ gestellt wurden. Mit einer nicht begreiflichen Vertrauensseligkeit, die recht charakteristische Schlüsse auf die Intelligenz der Betroffenen zuläßt, offerierten die heiratswütigen Damen dem Schwindler ihre Ersparnisse. Eine der Heiratsgefallenen bekam es fertig, dem Angeklagten nach und nach circa 10 000 Mark zu opfern. Der „Schrei nach dem Mann“ hatte auch für die übrigen Mädchen sehr unangenehme Folgen, da sie ihre mühsam gemachten Ersparnisse bis auf den letzten Pfennig los wurden. — Zur Anklage standen ferner noch mehrere Hülle von Heiratswütigen. — Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die mehrfachen Vorstrafen des Angeklagten auf diesem Gebiete eine Zuchthausstrafe von 6 Jahren. Das Gericht erkannte auf 4 Jahre Zuchthaus, 1050 Mark Geldstrafe, ev. noch 105 Tage Zuchthaus zusätzlich und 5 Jahre Ehrverlust.

Automobil und Publitum.

Zum Automobilverkehr in belebten Straßen großer Städte ist eine Entscheidung des Reichsgerichts von Interesse, die in jüngster Zeit ergangen ist.

Es handelt sich um folgenden Vorfall. Im Oktober 1907 wurde der Freizeithilse F. in Düsseldorf auf der Graf-Adolf-Straße von dem Automobil einer Düsseldorfer Firma überfahren. Der Chauffeur soll schnell gefahren sein ohne mit der Guppe Zeichen zu geben. F. erhob aus den Verletzungen Klage gegen den Inhaber und den Führer des Kraftwagens.

Das Landgericht Düsseldorf erklärte den Anspruch des Klägers gegenüber beiden Beklagten für begründet. Das Oberlandesgericht daselbst wies die Berufung der Beklagten zurück.

Runmehr hat auch das Reichsgericht die Revision der Beklagten zurückgewiesen. Die Entscheidungsgründe des Reichsgerichts sind von allgemeinem Interesse. Wir lassen sie deshalb auszugsweise folgen: „Die Revision meint, in einer Großstadt müsse verlangt werden, daß die Fußgänger nach Möglichkeit den Bürgersteig benutzen und die Fahrbahn den Fuhrwerken überlassen. Die Verkehrer der letzteren seien an sich berechtigt, mit der erlaubten Geschwindigkeit zu fahren und dürften darauf rechnen, daß der Fußgänger, der die Fahrbahn benutze, die größte Sorgfalt beobachte. Das Oberlandesgericht habe diese Erwägungen nicht angestellt und hierdurch die §§ 264 B. G. B., 268 B. G. B. verletzt. Die Klage ist nicht begründet. Ob die Fußgänger verpflichtet sind, den Bürgersteig so lange als möglich zu benutzen, bedarf nicht der Entscheidung, da der Kläger von dem rechten Bürgersteig zum linken hinüber gehen wollte, und daher die Fahrbahn notwendig überschreiten mußte. Hierbei mußte er vorfichtig zu Werke gehen, wie die Revision mit Recht bemerkt, aber das ist vom Berufungsgericht auch nicht bestritten. Es nimmt vielmehr an, daß Klägers, bevor er vom Bürgersteig heruntertrat, das etwa 30 Schritt entfernte Kraftfahrzeug hätte wahrnehmen und auch bemerken müssen, daß es sich mit großer Schnelligkeit bewegte und daher ein Ueberschreiten des Fahrdammes nicht angebracht sei; daß in dem Verhalten des Klägers liegende Verschulden wird aber gegenüber dem des Mitbeklagten B. als verschwindend angesehen. Diese Erwägung ist infolged nicht bedenkfrei, als das Oberlandesgericht unangenehm scheint, ein Fußgänger, der in einer Entfernung von 30 Schritt ein schnellfahrendes Automobil bemerkt, müsse dasselbe stets vorbeifahren lassen, bevor er den Fahrdamm betritt. Eine derartige Forderung kann nicht mit Grund aufgestellt werden; sie würde dazu führen, in Straßen mit starkem Automobilverkehr einen Fußgänger oft verhältnismäßig lange an dem Ueberschreiten des Fahrdammes zu hindern. Nur das kann verlangt werden, daß der Fußgänger vor dem Verlassen des Bürgersteigs sich nach etwaigen Hindernissen umsieht. Bemerkenswert ist hierbei ein herankommendes Automobil, so würde es fahrlässig sein, wenn er ohne jede Rücksicht auf dasselbe weiter geht, er darf aber andererseits erwarten, daß ebensolches auch das Automobil auf ihn Rücksicht nimmt. Mit Recht nimmt das Berufungsgericht an, daß es Sache des B. gewesen wäre, anzuhalten oder wenigstens langsamer zu fahren, als er den Klägers auf der Fahrbahn bemerkte und findet darin, daß er statt dessen versuchte, vor dem Klägers vorbeizufahren ein Verschulden.“

Nicht zu beanstanden ist es ferner, wenn das angefochtene Urteil eine Teilung des Schadens ablehnt. Es stellt fest, daß B. in der sehr belebten Graf-Adolf-Straße in Düsseldorf schnell gefahren ist, daß er kein Zeichen mit der Guppe gegeben hat, als er sich dem Klägers näherte, daß er in unvermindeter Fahrt vor dem Klägers in dessen Gehrichtung vorbeizufahren suchte und erst im letzten Augenblicke noch rechts einlenkte und findet in diesen Umständen ein Verschulden, dem gegenüber das mitwirkende Verschulden des Klägers nicht in Betracht gezogen werden könne.“

Kriegervereine.

Aus dem Kriegerverein in Gollis ausgestretene Mitglieder gründeten einen „Militär- und Soldatenverein“ und erlangten auch, daß die Polizeibehörde ihn gemäß der Kabinettsordre von 1842 als Kriegerverein bestätigte. Die Bestätigung wurde aber demnächst zurückgezogen, worauf der Vorsitzende nach vergeblichen Beschwerden beim Landrat und Regierungspräsidenten im Verwaltungsvorgang Beschwerde einlegte. — Die Klage wurde abgewiesen. Das Oberverwaltungsgericht erklärte sie für unzulässig und führte aus: Hier liegt keine polizeiliche Verfügung im Sinne des Landesverwaltungsgesetzes vor, die mit den dafür bestimmten Rechtsmitteln angreifbar sei. Entscheidend wäre, daß die Verfügung bezw. Zurückziehung der Bestätigung eines Vereins als Kriegerverein nicht einen Eingriff in die Rechtsphäre des einzelnen Mitgliedes darstelle. Einen Anspruch darauf, als Kriegerverein anerkannt zu werden, habe kein Verein. Im Verwaltungsrecht angreifbare polizeiliche Verfügungen können in Frage kommen bei Handlungen, die an sich ein Ausfluß der persönlichen Freiheit seien. Solche seien z. B. auch die Gründung eines Vereins und die Beteiligung daran. Die Ausübung des durch die Verfassung gewährleisteten Vereinsrechts hänge indes nicht von der Bestätigung eines Vereins als Kriegerverein ab. Diese Bestätigung verleihe weitergehende Befugnisse über den Rahmen des allgemeinen Vereinsrechts hinaus. — Natürlich bleibe hier der Verein nach Verlegung der gewünschten Bestätigung immer noch ein solcher im Sinne des Vereinsgesetzes.

Demnach können durchweg „Militär- und Soldatenvereine“ oder „Kriegervereine“ ohne polizeiliche Genehmigung gegründet werden. Nur einen Anspruch darauf, daß die Polizeibehörden den Verein als solchen mit Kriegerrechten anerkennt, hat der Verein nicht. Er ist unabhängig von der Polizei, während die offiziellen „Kriegervereine“ mehr oder weniger unter Polizeiaufsicht stehen.

Eingegangene Druckschriften.

Taschenatlas zur Alkoholfrage mit Text von Dr. med. Hollficher. 13 farbige Tafeln. 1 Mark, gebd. 1,50 Mark. Verlag Deutscher Arbeiter-Abkämpferbund (H. Reichardt), Berlin SO. 16, Engelstraße 19.

Jahrbuch der Bodenreform. 2. Heft. Vierteljahresschrift, herausgegeben von H. Domanale. Einzelheft 2 Mark. G. Fischer, Jena.

Amerikanisches Volkswirtschaftswesen. Von W. Müller. 2,50 Mark, gebd. 3,20 Mark. G. Fischer, Jena.

Das Gebetbuch. Von Dr. E. M. Kronfeld. 80 Pf. G. Heller u. Cie., Wien I.

Das Alte kürzt! Beitrag zum Kampf um das geschichtliche Christusbild von H. Blücher. 35 Pf. Dod u. Seib, Saarbrücken-St. Johann.

Vericht der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge über ihre Tätigkeit in den Jahren 1906 und 1907. 89 Seiten. „Gutenberg“, Berlin, Wallstraße 17/18.

Die Handelschule in Mannheim. 83 Seiten. Kommissionsverlag J. Benschneider, Mannheim.

Berliner Nachrichten.

Reichstagswähler des Wahlkreises Uckermark-Neudamm... die in Berlin arbeiten, werden darauf aufmerksam gemacht...

Parf. bild.

Aus schwerbelaubten Büschen glänzen weiße Blüten... Der Hollunder steht im Flor. Ein echter Strauch der Heimat...

Regelmäßig im Juni steht auch die Rose im Flor. Die andern wirkt dies Zeichen auf uns ein! Der Rose fehlt der Duft der Märchenklänge...

Hollerbusch, Robinie und Rosenstrauch, drei grundverschiedene Pflanzen unserer Parks und Gärten...

Der „Vorwärts“ im Genesungsheim Hoheneule.

In Krankenhäusern, Heilstätten, Genesungsheimen usw. ist bei den leitenden Personen der „Vorwärts“ nicht beliebt. Wir wissen diesen Schmerz zu ertragen...

In Hoheneule wurde in letzter Zeit der „Vorwärts“ von 23 Patienten gehalten. Ob die Verwaltung das wollte, steht nicht ganz fest. Die „Vorwärts“-Leser haben mit Absicht sich bemüht...

und jedoch zugeben, daß auch das noch kein unbedingtes Verbot bedeutet, sondern höchstens als freundliche Mahnung aufgefaßt werden kann. Immerhin ließ aber der Anstaltsvorsteher Judenten Patienten G. jetzt nicht im Zweifel darüber...

Die Verwaltung des Genesungsheims Hoheneule wird gut tun, sich öffentlich über dieses Vorkommnis zu äußern. Wir bitten aber von vornherein, und zu versehen mit einer Berufung auf die oben erwähnten Verhaltungsmaßregeln...

Ein alter Kopf als Unterfütterung der Berliner Staubplage, der in allen kleineren Städten Mode ist, ist auch bei uns — so wird uns geschrieben — noch immer nicht abgemittelt...

Wird mit Kopfsteinen wieder zugespülert, dann herrscht die Anstiege, das fertige Pflaster mit Sand zu bestreuen. Unter dem Vorwande, der Sand müsse die Fugen ausfüllen...

Es ist eine Pflicht der städtischen Straßenverwaltung, diesem über ganz Berlin und alle Vororte verbreiteten eingewurzelten alten Uebelstande mit aller Energie entgegenzutreten...

Die Jungferneide, die am letzten Sonntag der Schauplatz einer entsetzlichen Katastrophe gewesen ist, hat ihren Namen davon, daß sie ehemals dem Jungfernkloster Spandau gehörte. Sie erstreckte sich noch im 18. Jahrhundert von der Pulvermühle an...

Warum nicht gleich? Auf der Tegeler Sechserbrücke hat sich, wie man uns schreibt, am letzten Sonntag nach dem schweren Gewitter der Verkehr ziemlich glatt und ganz bedeutend besser als bisher abgewickelt...

Die Waisendeputation beschloß in ihrer gestrigen Sitzung die Frage der jährlichen Fürsorge für die Waisenkinder einer besonderen Kommission zur Beratung zu überweisen. — Die aus Vermächtnissen zugunsten der Waisenanstalt Rummelsburg für das Jahr 1910...

Die Eiszeit auf dem Schlachthofe.

Das Kuratorium des Städtischen Vieh- und Schlachthofes genehmigte in seiner gestrigen Sitzung den Entwurf zum Neubau eines Schlachthauses für Rinder und Kleinvieh auf dem Schlachthofe mit einem Kostenaufschlage von 515 000 M.

Ueber die in den letzten Tagen von der Tagespresse gemeldeten Außerbetriebsetzung der Kühlmaschinen des Städtischen Schlachthofes und ihre Folgen wurde Bericht erstattet. Die Stilllegung der Kühlmaschinen des Städtischen Schlachthofes hat am 9. d. Mts. erfolgen müssen, weil sich Störungen im Gange der Maschinen zeigten...

Im Sonnenbrande arbeiten, ist in dieser Zeit der tropischen Hitze wahrlich keine Kleinigkeit. In manchen Fabriken liegt es oft an einer Kleinigkeit, den Arbeitern ihr Los in der jetzigen Zeit etwas zu erleichtern. Wo organisierte Arbeiter vorhanden sind...

Bei der Gewitterkatastrophe am letzten Sonntag sind auch noch zwei Kinder vom Blitz getroffen und dem Rudolf-Wirchow-Krankenhaus überwiesen worden. Es sind dies Gustaf Bräning, Sohn des Schlossers Bräning in der Roskoder Str. 37...

Allgemeine Städtebauausstellung. Das unerwartet große Interesse, das die Allgemeine Städtebauausstellung in immer weiteren Kreisen findet, sowie eine Reihe von Gesuchen und zahlreichen Bitten von deutschen und ausländischen Städteverwaltungen...

Raubanfall auf Berliner Ausflügler. Ein dreierlei Ueberfall ist, wie nachträglich bekannt wird, am Sonntag auf zwei Berliner Damen in der Nähe von Schönländchen verübt worden. Die Frau eines hiesigen Kaufmanns war mit ihrer 14jährigen Tochter nach Tegeler gefahren...

Beim Angeln ertrunken ist der 12jährige Schüler Richard Keil, Kaserstr. 137. A. hatte am Mühlenschlag auf Tegeler Fischer keine Fische geangelt und in dem Augenblick, als er nachsehen wollte, ob ein Fisch angebissen habe...

Als tollwutverdächtig die Charité eingeliefert wurde die Frau des Dampfbesizers Biegler. Auf dem Dampfer des B. hält sich als Wächter ein Hund auf, bei dem plötzlich die Tollwut zum Ausbruch kam. Das Tier brachte der Ehefrau des Besitzers Bisse bei...

brachte ihn nach der Hilfswache in der Lindower Straße, wo der Arzt mehrere Brüche des rechten Armes und Beines sowie Leistenbrüche feststellte und ihn nach Anlegung von Verbänden nach dem Rudolfs-Birchow-Krankenhaus transportieren ließ. Die Schuld trifft den Knaben selbst. — Beim Ueberstreifen des Fahrdammes vor dem Hause Badstr. 84 wurde der 14jährige Sohn Alfred des Schneidemeisters Stengel von einer „Elektrischen“ der Linie 35 umgerissen und erlitt neben Hautabwürfen am Kopfe und im Gesicht einen doppelten Bruch des rechten Unterarmes. — In der Nacht vom Sonntag gegen 2 Uhr nahm der wohnungslose, 32 Jahre alte Handlungsgehilfe Wilhelm K., aus seinem Leben ein Ende zu machen, auf der Straße mehrere Sublimatpillen und begab sich nach der Hilfswache in der Kommandantenstraße. Nachdem man ihm Gegenmittel gegeben hatte, schaffte man ihn nach dem Urban-Krankenhaus. Verwundung: Nahrungsjorgen.

Ein schweres Unwetter

ging gestern abend in der achten Stunde über Berlin und die Umgegend nieder. Kurz nach 7 Uhr überzog sich der Himmel mit Gewitterwolken und bald darauf zuden vom Osten und Westen zu gleicher Zeit die Wolke auf. Ein wolkenbruchartiger Regen begleitete das Gewitter, das hauptsächlich in den östlichen und nordwestlichen Gegenden mit aller Macht entfesselt wurde. Der Blitz schlug an zahlreichen Stellen ein. In Reinickendorf wurde in der Kopenhagener Straße ein alter Mann vom Blitz getroffen und fast gänzlich gelähmt. In der Königsstraße traf ein Blitzstrahl einen Straßenbahnmast. Er zündete die Leitungsvorrichtung. In Steglitz wurde eine mächtige Eiche durch den Blitz mitten durchgespalten. In den östlichen Vororten schlug der Blitz mehrfach in Schornsteine ein. In einem Haus in der Friedrichstraße in Friedrichshagen wurde ein Blitzstrahl durch den Schornstein hindurch in die Küche geleitet und richtete dort Schaden an.

Durch den niedergehenden Wolkenbruch wurden in Berlin vielfach Ueberschwemmungen herbeigeführt. So wurde beispielsweise die Horkstraße und der große Platz vor dem Bahnhof Großgörschenstraße unter Wasser gesetzt. Im Norden drang das Wasser an mehreren Stellen bis auf die Bürgersteige und in die Kellerwohnungen ein. Die Feuerwehr wurde häufig alarmiert und mußte den bedrängten Bewohnern Hilfe leisten. Auch in den östlichen Vororten, so in Oberschöneweide, in Köpenick und in Johannisthal wurden erhebliche Ueberschwemmungen verursacht.

Beim Baden ertrunken sind am Sonntag vormittag bei Hohen Neuendorf in der Havel die Mechanikerlehrlinge Erich Diebert, Husitenstraße 76, und Albert Kofemix, Luisenauer 55, beide bei den Eltern wohnhaft. Die beiden waren die Schwimmschwimmenden jungen Leute badeten an einer tiefen Stelle. Ihre Hilferufe wurden zwar von einem sich in der Nähe aufhaltenden Angler gehört, doch war eine Rettung der beiden nicht mehr möglich. Nach circa einer halben Stunde konnten die junge Leute nur noch als Leichen gelandet werden.

Der Verein Arbeiter-Jugendheim hält heute abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause seine erste Generalversammlung ab, in der u. a. ein Vortrag über die Bedeutung der Jugendheime für die Jugendbewegung auf der Tagesordnung steht.

Arbeiterbildungsschule. Der Kursus des Genossen Borchardt über „Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus“ wird am Mittwoch, den 15. Juni, fortgesetzt.

Gespreizt ist die Jungfernbrücke vom 14. d. M. ab für Fuhrwerke und Reiter.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Magistrat ist dem Beschluß der Schulhöfe der 6./7., 10./11. und 12./13. Gemeindefschulen als Spielplätze freizugeben, beigetreten. Zunächst sind dieselben verlustlos während der Sommerferien, und zwar vom 2. Juli bis 8. August, von morgens 9 Uhr bis abends 9 Uhr sowohl für Erwachsene als für die Kinder zum Spielen geöffnet.

Das Gelände des Riefelfeldes bei Rogow und Deutsch-Bufterhausen, das eine Geländefläche von 148 Hektar und eine Aupungsfläche von 128 Hektar umfasst, soll planiert und durch Entwässerungsgräben und Zufuhrwege sowie Anlegung der Dämme für die Verrieselung hergerichtet werden. Es sind hierfür 600 000 M. erforderlich. Die Vorlage wurde einem Ausschuss überwiesen, dem die Genossen Däumig und Wolfmann angehören.

Abwonn erfolgte die Beratung der Umwandlung einer Oberlehrerstelle in eine Turn- und Zeichenlehrerstelle am Helmholtz-Realgymnasium und Errichtung einer Turn- und Zeichenlehrerstelle am Werner-Siemens-Realgymnasium. Die Debatte ging dahin, am Helmholtz-Gymnasium zum 1. Oktober d. J. einen Vorkurslehrer mit Turnfachkenntnis, am Werner-Siemens-Gymnasium einen Zeichenlehrer anzustellen. Ferner kam ein Brief des Direktors Thaurer zur Verlesung, in dem mitgeteilt wird, daß, wenn die Oberlehrerstelle nicht eingeht und die Einstellung einer technischen Kraft in seinem Sinne nicht genehmigt werde, er dann die ganze Angelegenheit als eine Kriegserklärung, beantragt von den Stadtverordneten Weise und Jöbel, auffasse. Um dieses Wort zustande zu bringen, hatte der Herr sämtliche Oberlehrer zusammenberufen, die den Brief in seinem Auftrage abfassen mußten. Dieses Verhalten des Direktors wurde scharf gerügt und demselben Mangel an Takt vorgehalten. Bürgermeister Plankenstein ersuchte, die Kriegserklärung nicht so scharf zu beurteilen. Genosse Polkenbuhr sprach sich für die Annahme der Direktoren aus mit der Bedingung, daß die Direktoren der höheren Lehranstalten für den Unterricht verantwortlich sind. Wäre kein Turnlehrer vorhanden, dann müßte ein Oberlehrer die Turnstunden geben und diese Kraft ginge dann teilweise verloren, das Verhalten des Direktors gefalle auch ihm nicht. Daraufhin wurde beschlossen, eine Oberlehrerstelle mit Turnfachkenntnis zu errichten.

Zu dem Ausführungsentwurf für den Neubau des Alters- und Sickenheims wurde beschlossen, daß von den 5 nach Süden gelegenen Zimmern mit je 10 Betten durch Abteufelung 5 Zimmer mit je 2 Betten geschaffen werden sollen, von denen eins als Krankenzimmer in Aussicht zu nehmen ist. Ebenfalls ist ein Raum vorzusehen, in dem etwaige Leichen kurze Zeit aufbewahrt werden können. Des weiteren wird aus hygienischen Gründen das Gebäude um einen Meter gehoben und einige Pfeiler geschaffen. Durch diese Vereinfachungen in der Ausgestaltung konnten 27 000 M. erspart werden. Das Heim wird auf südlichem Gelände in Deutsch-Bufterhausen aufgeführt und erfordert insgesamt 270 000 M., darin sind die Kosten für die innere Einrichtung mit 24 500 M. mit einbezogen.

Um die Anlegung und Pflasterung der Straßen am Stadtpark zu beschleunigen wurde beschlossen, mit den bürgerlichen Besitzern über die Freilegung zu verhandeln, sollten die Verhandlungen im Keim befriedigenden Ergebnis führen, soll die Entleerung im Dringlichkeitsverfahren erfolgen. Das Land, das zur Anlegung der Straßen gebraucht wird, soll spätestens bis zum 1. Oktober dieses Jahres geräumt werden. Eine dringende Notwendigkeit schon vor dem 1. Oktober vorzugehen, liegt nur für die den Stadtpark begrenzen Straße R. vor. Die Landbesitzer, mit Ausnahme eines Pächters, bleiben im Besitz ihres Landes bis zum 1. Oktober, um alle unnütze Verditterung zu vermeiden.

Die Ausarbeitung eines neuen Rathausprojektes im Maßstab 1 : 200 gegen Zahlung von 6000 M. wird den Architekten Jürgenfen und Bachmann in Charlottenburg übertragen.

In den Ausschuss betreffs Ausmündung des Barbarossaplatzes wurden die Genossen Hoffmann, Reichle und in den Ausschuss für Subvention an eine höhere Privatschule die Genossen Däumig und Obst gewählt. Hierauf folgte eine geheime Sitzung.

Abhandeln gekommen ist auf einem Neubau in der Jenaer Straße ein Antrag, in welchem sich u. a. ein auf den Namen R. Eckert, Barbarossastr. 10, ausgefertigtes Verbandsbuch der Stukkateure Nr. 310/308, ein Werkbüchlein mit 64 Partikelbüchern, eine Sammelkarte für die Ferienkolonien Nr. 209, ein Notizbuch sowie ein auf den Namen Stadtmann lautendes Wahlvereinsbuch befinden. Da mit den Büchern Umgang getrieben werden kann, werden diejenigen, die über den Verbleib derselben Auskunft geben können, ersucht, dies in der Expedition bei Däumler, Martin-Lutherstr. 51, mitzuteilen.

Rigdorf.

Verstärkte Liebe trieb in der vergangenen Nacht den 28 Jahre alten Monteur Richard Kopp aus der Korlgartenstraße 12, sich das Leben zu nehmen. Vor genanntem Hause schoß er eine Revolverkugel ab, traf sich aber nur in den linken Oberarm. Die Rettungswache in der Steinwegstraße legte ihm einen Verband an.

Wilmerdorf.

Wie naturgemäß die Erbauung eines Krankenhauses am Orte ist, zeigte sich wieder einmal so recht am Montagabend. Der 7 Jahre alte Sohn des Steinmetzmeisters Leopold, Berliner Str. 105, war nach Feierabend unbeaufsichtigt in die Werkstatt gegangen. Unglückslicherweise fiel dem Knaben ein großer Sandstein auf den rechten Fuß, wodurch derselbe schwer verletzt wurde. Ein telephonisch herbeigerufenen Arzt legte dem Knaben einen Rotverband an und bestimmte hierauf die Ueberführung des Verletzten in ein Krankenhaus.

Wie uns nun mitgeteilt wird, soll es jedoch nicht so leicht gewesen sein, den Knaben unterzubringen. Telephonische Anfragen an die Krankenhäuser in Groß-Lichterfelde, Britz, sowie das Elisabeth-Krankenhaus sollen alle mit: „Alles besetzt!“ beantwortet worden sein. Als wegen vorhandener Lebensgefahr der Arzt persönlich noch einmal an das Elisabeth-Krankenhaus telephonierte und betonte, daß die Eltern des Knaben bezahlen, war Platz vorhanden. Fälle, wie der vorliegende, sind keine Einzelheit. An solchen Vorkommnissen mag die bürgerliche Stadtverwaltung erkennen, welcher Pflichtvergehenheit sie sich bisher schuldig gemacht hat, eine circa 100 000 Einwohner zählende Stadt ohne Krankenhaus zu lassen.

Tempelhof-Mariendorf.

Kinderunterhaltungsstelle werden auch in diesem Jahre wieder unter Leitung von Mitgliedern der „Freien Turnerschaft Tempelhof-Mariendorf“ in den Vormittagsstunden der kommenden Sonntage veranstaltet und zwar vom Sonntag, den 19. d. M. ab auf dem Spielplatz des Turnvereins in Mariendorf, Ecke Kurfürsten- und Schwerinstraße. Die Spielzeit ist festgesetzt von 9 bis 12 Uhr. Treffpunkte sind: Tempelhof 1/2 Uhr Ecke Dorf- und Berliner Straße, 1/2 Uhr Ecke Friedrichs- und Berliner Straße; Mariendorf 1/2 Uhr Dorfstraße (Kirche) und 1/2 Uhr Bringen- und Gaussestraße-Ecke. Nach dem Spielen werden die teilnehmenden Kinder zu den Treffpunkten zurückgeführt.

Die zahlreiche Beteiligung im Vorjahre war für den Verein bestimmend, mit den Spielen schon vor den Schulferien zu beginnen; es werden deshalb die Eltern gebeten, ihre Kinder für einige Stunden wieder der Obhut der Turnerschaft anzuvertrauen.

Treptow-Baumshulentweg.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung machte Herr Bürgermeister Schablow die Mitteilung, daß die in den Schulen wiederholt durch Schüler vorgenommenen Feueralarmübungen regelmäßig fortgesetzt werden sollen. Die Klage des Fleischer Hensel gegen die Ungültigkeitserklärung seiner Wahl zum Gemeindebestreter sei vom Bezirksauschuss abgewiesen worden. Desgleichen sei auch mit der Klage des Rentanten Reumann, der beantragt hatte, die Stimmen, welche unser Genosse Hensel erhalten hatte, für ungültig zu erklären, gesprochen. Reumann hatte seine Klage damit begründet, daß bei Ausschreibung der Wahl darauf hingewiesen worden sei, daß in diesem Wahlbezirk nur ein Grundbesitzer gewählt werden könne, Hensel aber nicht Grundbesitzer sei. Zum Armenkommissar für den 6. Bezirk wurde Herr Lehrer Berning gewählt, zu seinem Stellvertreter Herr Kempe. Herr Berning ist bereits der vierte Armenkommissar, der in kurzer Zeit für diesen Bezirk gewählt werden mußte. Die bürgerlichen Herren hatten ihr Amt nach kurzer Tätigkeit niedergelegt oder zum Teil erst gar nicht angetreten. Neben den bestehenden 5 Riesbrunnen sollen weitere fünf zu Feuerlöschzwecken errichtet werden. Die Kosten sind mit 8700.— M. veranschlagt. Ferner sollen fünf Ventilbrunnen für Trinkzweck an die Wasserleitung angeschlossen werden. Der Preis eines Brunnens ist auf 500 M. veranschlagt. Die Mittel sind bereits im vorjährigen Etat vorgeesehen. Der freiwilligen Sanitätskolonne vom „Roten Kreuz“ soll eine Beihilfe von 1000 M. zur Anschaffung eines Arzentransportwagens gewährt werden, jedoch soll der Gemeinde das Verfügungsrecht über den Wagen zustehen. Von unseren Genossen wurde darauf hingewiesen, daß es Pflicht der Gemeinde sei, einen derartigen Wagen aus eigenen Mitteln, ohne Hilfe von privaten Vereinen anzuschaffen. Es wurde beschlossen, die 1000 M. zu gewähren unter der Bedingung, daß der Wagen Eigentum der Gemeinde werde. Die Kosten für Ausführung von Wohnungsdesinfektion beim Wohnungswechsel der an fortgeschrittenen Lungen- und Keimkopftuberkulose leidenden Personen sollen laut Beschluß der Gemeindevertretung von der Gemeinde getragen werden. Wie der Bürgermeister mitteilte, werde Treptow die erste Gemeinde sein, die in dieser Weise gegen die Tuberkulose vorgehe. Man nehme an, daß circa 1 Proz. der Einwohner tuberkulosekrank sind. Etwa 25 Proz. der Einwohner wechseln jährlich die Wohnung, so daß 50 Wohnungen pro Jahr auf Rechnung der Gemeinde zu desinfizieren wären. Die Kosten werden für eine Wohnung 10 M. betragen. Genosse Caro wies darauf hin, daß die Hausbesitzer gezwungen nicht gezwungen werden könnten, die Desinfektion zu gestatten und daß man damit rechnen müsse, daß einzelne, um ihre Wohnung nicht in den Ruf zu bringen, sie sei mit Tuberkeln verunreinigt, sich auch der Desinfektion tatsächlich widersetzen würden. Bürgermeister Schablow bestätigte die Auffassung Caros in bezug auf die gesetzlichen Bestimmungen. Er stellte aber in Aussicht, daß man eventuell mit dem Erlaß einer Polizeiverordnung vorgehen werde. Des weiteren betonte der Bürgermeister, daß unser Genosse Caro sich in der Gesundheitskommission dieser Sache mit Eifer und Sachverständnis angenommen habe.

Frau Peterschun war am 8. März (am Wahrschießsonntag) auf dem Wege nach dem Kirchhof von der Polizei, die ja angeblich gerade an diesem Sonntag ihre ganze Aufmerksamkeit und Energie auf die Freibaltung der Straße für den Verkehr verwenden sollte, bei einer Klade auf Bahrschießspaziergänger niedergestiegen worden. Dabei hatte die Frau erheblichen Schaden an ihrer Gesundheit erlitten und verlangte nun Schadenersatz von der Gemeinde Treptow. Der Gemeindevorstand hat den Anspruch der Frau Peterschun abgelehnt, worauf diese den Rechtsweg beschritt und Klage gegen die Gemeinde Treptow wurde. Der Gemeindevorstand beantragte nun, die Gemeindevertretung möge die Kosten zur Fortführung dieses Prozesses bewilligen, was auch geschah.

Der juristische Vertreter des Gemeindevorstandes begründete das Verhalten des Gemeindevorstandes folgendermaßen: Es wären Neugener vorhanden, die bekunden würden, daß Frau Peterschun die Ansammlung von vielen Menschen an der von ihr zu passierenden Stelle in der Eisenstraße wahrgenommen habe. Sie habe aber gehofft, schnell darüber zu kommen, trotzdem ihr die Gefahr, in die sie sich begab, nach Lage der Sache bekannt sein mußte. Frau Peterschun veränderte daher ihre Verlesung selbst, weil sie sich freiwillig in die Leichtigkeit zu erlernende Gefahren begeben habe. Sollte aber dennoch die Gemeinde für den erlittenen Schaden der Frau Peterschun haftbar gemacht werden, so

würde die Gemeinde den Redakteur Barth vom „Saxo-artis“ verantwortlich machen, denn Barth sei bereits wegen der Aufforderung zur Wahlrechtsdemonstration beurteilt worden. Unser Genosse Caro wies darauf hin, daß die Gemeinde bei ihrem Vorgehen gegen Barth wenig Aussicht habe etwas zu gewinnen, der Frau Peterschun gegenüber aber ins Hintertreffen geraten würde. Die Auffassung des juristischen Vertreters des Treptower Gemeindevorstandes sei eine recht eigenartige. Frau Peterschun hätte nach der Auffassung dieses Herrn voraussetzen müssen, daß sie von den Gendarmen, die doch einzeln und allein zur Aufrechterhaltung des Verkehrs an diesem Sonntag nach dem Treptower Park beordert waren, schlimmes zu erwarten habe. Zugleich liefere diese Begebenheit aber auch eine treffliche Illustration darüber, welche Gewähr eine freiwillig ohne jeden äußeren Zwang übernommene Disziplin bietet gegenüber einer Disziplin, wie sie heute noch bei unserer Polizei geübt werde. Nachdem einige Anträge vertagt und mehrere Beschwerden und Gesuche erledigt waren, wurde die Sitzung geschlossen.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Nicht zum besoldeten, wie es irrtümlich in dem Bericht über die Gemeindevertretung am Sonntag heißt, sondern zum unbesoldeten Schöffen wurde Herr Wilsch wiedergewählt. Ferner handelte nicht der Punkt 18, sondern der Punkt 14 von der öffentlichen Rechtsauskunft. Dieser Punkt wurde besamtlich mit in geheimer Sitzung verhandelt.

Friedrichsfelde.

Ein Fabrikbrand beschäftigte in der gestrigen Nacht die Ortsfeuerwehren von Friedrichsfelde, Friedrichsberg-Lichtenberg und den benachbarten Orten. In der Luisenstr. 18 stand um 9 Uhr ein dreistöckiges Fabrikgebäude, in dem sich mehrere Betriebe befanden, in großer Ausdehnung in Flammen. Die Lösungsarbeiten wurden durch ungenügenden Druck in der Wasserleitung erschwert. In kurzer Zeit stand das ausgebehtete Gebäude total in Flammen, so daß eine Rettung ausgeschlossen war. Das Gebäude ist niedergebrannt. Der Schaden ist ganz bedeutend, soll aber durch Versicherung gedeckt sein. Western früh bildete das Gebäude einen rauchenden Trümmerhaufen. Die Entstehung konnte noch nicht aufgeklärt werden. Es wird angenommen, daß das Feuer durch einen Trockenofen im Erdgeschloß ausgelassen ist.

Köpenick.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Lehrerberein hat der Versammlung eine Beschwerde seiner Mitglieder unterbreitet, wonach an der Realschule zwei Stellen besetzt worden sind, ohne daß die Volksschullehrer davon Kenntnis bekamen. Eine Werbung um die Stellen war daher diesen nicht geboten. Stadt. Jacobi (lib.) hat mit Unterstützung der Genossen Herbst und Wolf eine Interpellation bezüglich der ungleichen Behandlung der Ärzte im Kreiskrankenhaus zu Britz eingebracht. Zugrunde liegt die bekannte Nichtanstellung eines Reibhalspraktikanten wegen seines jüdischen Glaubens. Stadtverordneter Jacobi erklärte in der Begründung, daß dieses russische Justizgesetz, die in Preußen nicht Eingang finden dürfen. Bürgermeister Dr. Langensdanz bemerkte, auf die Anfrage nicht eingehen zu können mit Rücksicht auf das Selbstverwaltungsrecht. Der Kreis könne sich mit Recht gegen Genehmigung von anderen Körperschaften wenden. Die zuständige Instanz sei der Kreisrat und dort habe ja Stadt. Herbst die Sache bereits behandelt. Im übrigen sei der Versammlung wohl der Standpunkt des Magistrats wie auch seiner Person in beregter Frage bekannt. Stadt. Herbst (Soz.) ging kurz noch einmal auf den Fall ein; nach seiner Ansicht würde sich ein derartiges Vorkommnis nicht wiederholen. Die Wahlen der in der Erfahrungswahl gewählten Stadtverordneten Jacobi, Altemann (l. Abteilung) sowie der in der II. Abteilung gewählten Genossen Galle und Müller wurden für gültig erklärt und im Anschluß hieran die Einführung vorgenommen. Durch den Eintritt der Genossen Galle und Müller zählt die sozialdemokratische Fraktion jetzt 14 Mitglieder. Sie ist demnach die stärkste von den 8 in Frage kommenden Gruppen.

Bei den nunmehr vollzogenen Kommissionswahlen wurden gewählt: Stadtverordneter Altemann in das Kuratorium der Realschule, Stadtverordneter Rohrbach in die Schuldeputation, Galle in das Kuratorium der Städtischen Sparkasse und in die Verschönerungskommission, Müller in die Armenkommission. In die Steuer-Voranschlagskommission wurde Herr V. Joch delegiert. Die Hinfen des Kochschen Legats wurden Herrn H. Weitzer zuerkannt. Es folgte der Bericht der Schulärzte. Wie darin betont wird, werden die Hinweise der Schulärzte auf die Notwendigkeit der Jahrspläne in den meisten Fällen nicht beachtet. In den Gemeindefschulen habe man die Wahrnehmung machen können, daß nur wenige Kinder ein leidlich gesundes Geßiß haben. In der 4. Gemeindefschule sei das Verhältnis von 600 nur 80, in der 6. Gemeindefschule von 600 nur 100. Für die Halbschule wird der Beschaffung einer Vadebeurteilung das Wort geredet. In dem Bericht der Realschule heißt es unter anderem: „Der wenig saubere Zustand der Klosetts abschließenden Türen fiel mehrfach auf“. Von der Schulleitung wird dieses darauf zurückgeführt, daß auch die Fortbildungsschüler die Klosetts mitbenutzen und diese die Uebelstände sind. Stadt. Rohrbach hält diese Meinung der Schulleitung als Beleidigung für die Fortbildungsschüler. Beschwerden seien überhaupt noch nicht vorgetragen worden; aus diesem Grunde stehe die Schuld nicht fest. Stadt. Wolf und Herbst (Soz.) wandten sich ebenfalls gegen die Ansicht der Schulleitung und forderten Untersuchung. Es wurde demgemäß beschlossen. Vor den Ferien soll nur noch eine Sitzung stattfinden.

Reinickendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Die in der letzten Gemeindevertretung der Finanzkommission überwiesene „Besoldungsordnung für Ärzte, Beamte und Angestellte des Krankenhauses“ gelangte zur endgültigen Beschlußfassung; sie wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Eine Besserung der Anstellungsverhältnisse der unteren Beamten und Angestellten wurde leider nicht erreicht und doch finden sich Gehälter darunter von 38, 45 und 48 M. monatlich, neben freier Station. Der Gesamtbetrag des Personals beläuft sich auf 128 Köpfe bei einer Maximalbelegungsziffer von nur 200 Patienten. Unsere Genossen und Herr Stoff verlangten Einsetzung einer Verwaltungskommission für das Krankenhaus. Die Anträge wurden als Wünsche angenommen, sie werden auch so lange bleiben, bis die Gemeindevertreter der beteiligten Gemeinde energisch auf Besserung des jetzigen unhaltbaren Zustandes dringen. Das jetzige Realygymnasium soll in eine Vorkursanstalt umgewandelt werden. Die neue Biersteuerordnung habe der Kreisauschuss in einigen Punkten beanstanden, die Änderungen wurden von der Gemeindevertretung gutgeheißen. Mehrere Laugesuche an unregulierten Straßen wurden genehmigt. Einem Verträge mit der Eisenbahndirektion wegen widerrechtlicher Uebertragung einiger kleiner Trennstübe zur Straßenregulierung wurde die Genehmigung erteilt. Zum 1. Oktober soll eine gewerbliche Pflichtfortbildungsschule errichtet werden. Die Statuten und Schulordnungen wurden genehmigt; erzfentlich ist der Beschluß, daß der an 4 Wochentagen (je zwei Stunden) stattfindende Unterricht mit Ausnahme des Turnunterrichts, um 7 Uhr beendet sein soll. Ein Versuch der Herren Stoff und Wagemann, die Unterrichtszeit „im Interesse der Beherrschung und jugendlichen Arbeiter“ bis „wenigstens“ 8 Uhr abends auszuweihen, gelang erfreulicherweise nicht. Die Herren mußten sich vom Genossen Ohl einige recht unangenehme Wahrheiten sagen lassen. Sie waren bei der Abstimmung auch beide ganz unter sich; kein Dritter wollte mit ihnen die Anklagebank zieren.

Notawort.

Die Vorarbeiten zur Errichtung eines Gewerbegerichts sind nunmehr so weit gefördert, daß dasselbe voraussichtlich am 1. Oktober ins Leben treten wird. Die ursprüngliche Absicht, dieses Institut bereits am 1. April zu errichten, scheiterte daran, daß der Gemeinde-

vorstand versäumt hatte, die gefällige Bestimmung zu erfüllen, wonach in Orten, deren Einwohnerzahl bei der letzten Volkszählung unter 20 000 betrug, vor Errichtung eines Gewerbegerichts die interessierten Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu hören sind. Dieser Vorbericht ist nunmehr der Gemeindeverwaltung nachgekommen; am Sonnabend fand zu diesem Zwecke im Rathhause eine Versammlung statt, die von 32 Arbeitnehmern und 10 Arbeitgebern, welche die verschiedensten Organisationen vertraten, besucht war. Der Bürgermeister erklärte nach Eröffnung der Versammlung den Zweck derselben sowie die Aufgaben der Gewerbegerichte und ersuchte diejenigen Herren, welche Gegner der Errichtung eines Gewerbegerichts sind, ihre Einwendungen vorzutragen. Da aber niemand das Wort nahm, konstatierte der Vorsitzende, daß die Versammelten die Errichtung eines Gewerbegerichts in Kottbus für ein dringendes Erfordernis halten.

Spandau.

Ueber zu wenig Polizei wird vom Magistrat in einem fort geklagt und dabei vergeht fast kein Tag, wo man nicht nachweisen könnte, daß die Polizeibeamten zu Dingen verwendet werden, die sie eigentlich gar nicht angehen. Am Sonntag standen einige Genossen vor dem von der organisierten Arbeiterschaft Spandaus gehaltenen Lokal von Mierde in Halensfelde, um eventuell den Besuchern jenes Lokals davon Kenntnis zu geben, daß das Lokal gesperrt ist. Plötzlich zeigte sich auch zwei Polizeibeamten in Zivil, welche den dort stehenden Genossen den Aufenthalt in der Nähe des Lokals verboten. Verkehrspolizeiliche Interessen können nicht in Frage kommen, da das Lokal direkt am Waldbesitz liegt und der Verkehr durch einzelne dort stehende Personen absolut nicht gehemmt werden kann. Es muß also der Polizei wohl nur darum zu tun sein, dem Gastwirt beizustehen. Durch die Maßnahmen der Beamten war auch ein in dortiger Gegend prominenter bürgerlicher Berichterstatter aufmerksam geworden, der schließlich die weggetriebenen Genossen fragte, was denn eigentlich los sei. Dies bemerkte der Polizeibeamte sofort und sofort stürzte er zu dem harmlosen Berichterstatter, um auch ihm den Aufenthalt in jener Gegend zu verbieten, weil er diesen für eine Person hielt, welche die dort stehenden Streikposten dirigiere, so erklärte er wenigstens dem Berichterstatter auf dessen Frage, mit welchem Recht er ihm den Aufenthalt dort verbiete. Ob die Polizei, die hier wieder einmal dem eigentlichen Sicherheitsdienst entzogen worden ist, dem Gastwirt Mierde einen großen Dienst erweist, ist noch stark zu bezweifeln. Der seitliche Saalbahnhof, der das Gegenteil erwies, dürfte noch in vieler Erinnerung sein.

Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung. Die Anleihe von 1 850 000 M. wurde ohne Debatte bewilligt. Der darin enthaltene Baugeldersfonds von 200 000 M. soll hauptsächlich den kleineren Rentiers, die sich ein Haus bauen wollen, gewährt werden. Für die Neue Königstraße wurde die elektrische Beleuchtung beschlossen und die Kosten mit 29 870 M. bewilligt. — Die Straße von der Glienicker Brücke nach der Schwannbrücke wird vom Hofmarschallamt übernommen. Dafür will dieses zwei Einsprüche gegen den Bauungsplan der Berliner Vorstadt fallen lassen. Die Straße darf aber nicht ohne Genehmigung des Hofmarschallamts gepflastert werden. Die Behandlung einer Vorlage, die schon zweimal auf der Tagesordnung stand und jedesmal abgelehnt wurde, ohne daß die Stadtverordneten informiert worden sind, gab dem Stadtverordneten Kennes Veranlassung, für größere und wichtigere Vorlagen erste und zweite Lesungen zu verlangen. So wählten die Mehrzahl der Stadtverordneten gar nichts, erhielten die Beschlüsse der Finanzkommission nur vorgetragen und mühten dann ohne genügende Information zuzustimmen. Der Vorsitzende vermahnte sich gegen die Kritik seiner Geschäftsführung, die durch die Geschäftsordnung begründet sei. (Die Finanzkommission, der ein Drittel der Versammlung angehört, erledigt die Vorlagen selbstständig; die übrigen Mitglieder können kaum, mangels jeder Information, in die Debatte eingreifen. So besonders Fraktionen nicht bestehen, in denen die Vorlagen besprochen werden könnten, kann man auch verstehen, warum gerade die Mitglieder der Finanzkommission dagegen sind, daß die Ertragswahlen für erledigte Mandate stattfinden.) — Für den Ankauf des „Luisenhofes“ von der Frau Kommerzienrat Wölke zum Preise von 600 000 M. und eines Grundstückes in der Brandenburger Vorstadt wurde eine besondere Kommission eingesetzt. Der Stadtverordnete Neuber hat bei dem Bau der Kronprinzenstraße Unregelmäßigkeiten beobachtet, die sofort vom Stadtbaurat geprüft werden sollen.

Das 19. Stiftungsfest des Wahlvereins findet nach Beschluß der letzten Versammlung am Sonntag, den 31. Juli, statt. Die vom Kassierer gegebene Abrechnung für das 1. Quartal wies an Einnahmen 706,99 M. und an Ausgaben 345,64 M. auf. Nach einem Vortrage des Genossen Giebel-Voritz über „Die Genossenschaften und die Arbeiter“ beschloß die Versammlung, in Zukunft bei allen Wahlvereinsversammlungen eine Kontrolle der Mitgliedsbücher stattfinden zu lassen.

Eine Aufbesserung der Gehälter der städtischen Beamten ist in Aussicht genommen. Dem Bürgermeister bis zum Kanzlisten und Bureauhilfen sollen Zulagen, vor allem ein erhöhter Wohnungsgeldzuschuß gewährt werden. Die Kosten betragen 30 000 M. Die Beamten der einzelnen Betriebsverwaltungen (Schlachthof, Elektrizitätswerk usw.) sind nicht mit einbezogen. Hier sollen die Leiter erst Vorschläge machen. Für die städtischen Arbeiter bringt die Vorlage nichts. Die Arbeiter existieren einfach nicht bei der Frage der Gehaltsaufbesserung.

Jugendveranstaltungen.

Freie Jugendorganisation Weiskene. Donnerstag, den 16. Juni, findet die städtische Monatsversammlung im Lokale von H. Weber, Friedrichstraße 37, statt. Der wichtigsten Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen nötig. Gäste herzlich willkommen.

Vermischtes.

Die Wetterkatastrophe im Ahrtal.

Etwa 200 Menschen verunglückt.

Die am Sonntag und Montag über das Ahrtal niedergegangenen Unwetter haben das ganze Gebiet in beispielloser Weise verwüstet. Nach den neueren Feststellungen schätzt man die Zahl der bei der Katastrophe ums Leben gekommenen auf ca. 200. Genauere Feststellungen sind zur Zeit nicht möglich, da das ganze Ahrtal noch durch Hochwasser überflutet ist. Fast sämtliche Ortschaften durch die zu reichenden Strömen gewordenen Bäche niedergehauen wurden und ebenso auch die Telephon- und Telegraphenverbindungen zerstört worden sind. Jedes neue Telegramm vergrößert die Zahl der Verunglückten. Der Sachschaden wird auf viele Millionen Mark geschätzt. Ueber den Umfang der Katastrophe melden die nachfolgenden Depeschen:

Köln, 14. Juni (Privatdepesche unseres Korrespondenten). Nachdem das Hochwasser nunmehr langsam zurückgeht und die Rettungsmannschaften sich über die unterwühlten und zerstörten Chausseen mühsam ihren Weg zu den vom Unwetter getroffenen Dörfern bahnen können, läßt sich erst erkennen, welche unermessliche Unglück die Wolkenbrüche über das blühende Ahrtal gebracht haben. Einzelne Dörfer sind völlig zerstört, von den Häusern stehen nur die Umfassungsmauern. Im Orte Zuchshofen ist die gesamte Einwohnerschaft bis auf sechs Personen ertrunken. Fortgesetzt landet man an den verschiedensten Stellen nur teilweise bekleidete Leichen. Zahlreiche Leichen liegen zwischen dem Geröll verstreut, so daß ihre Bergung nur schwierig zu bewirken ist.

Das ganze Ahrtal bildet ein einziges Steinergöll. Entsetzlicher Geruch steigt aus dem Wasser auf, das mit dem Karbid gemischt ist, das für die Beleuchtung der Ortschaften diente. Im oberen Ahrtal sind die Chausseen und Straßen bedeckt mit Betten, Möbeln, Hausgerätschaften und Kleidungsstücken. Ein ganzer Eisenbahnzug liegt im Wasser. Der Schaden ist unberechenbar. Durch die Zerstörung der Beleuchtungsanlagen sind zahlreiche Städte ohne Licht. Zur Hilfeleistung sind große Truppenabteilungen abkommandiert. Die Zahl der verunglückten Personen wird auf etwa 200 angegeben.

Ahrweiler, 14. Juni. Eine Kantine mit italienischen Arbeitern wurde weggeschwemmt. Ueber den Verbleib der Leute hat man keinen festen Anhaltspunkt. Etwa 15 von ihnen sind als Leichen gelandet worden. Weiter sind etwa acht Leichen von Kindern und Erwachsenen aus der Gegend des Unwetters angeschwemmt worden. Es werden vermehrt 87 Personen, doch ist nicht ausgeschlossen, daß sich verschiedene wiederfinden werden. Die angeschwemmten Leichen sind ganz nackt, da sie im Schlafe von dem Unwetter überrascht wurden. Weiter wiesen sie starke Wunden auf. Das Wasser ist gestern gegen Abend um weitere 2 Meter gefallen. Die Gewalt des Wassers war so stark, daß im Tunnel von Altenahr, durch den das Wasser sich einen Weg bahnte, eine Schlucht von etwa 20 Meter Tiefe in den Boden gerissen wurde. Pioniere und Infanterie sind bereits tätig, um die eingestürzten Brücken, etwa 20, durch Notbrücken zu ersetzen. Mit einiger Gefahr ist der Wagenverkehr bis nach möglich. Der Eisenbahnverkehr ist in der Nacht bei Walporzheim wieder aufgenommen worden.

Altenahr, 14. Juni. Bis heute mittag sind 34 Leichen gelandet. Das Wasser fällt.

Adenau, 14. Juni. Von zutüchtiger Seite wird die Zahl der Getöteten im Kreise Adenau auf mindestens 50 geschätzt. Der mittlere Teil des Ortes Adenau stand ganz unter Wasser, das bei manchen Häusern bis zum ersten Stockwerk reichte. Die vor 6 Monaten begonnenen Arbeiten an dem Bau der Strecke Remagen-Lißendorf sind fast ganz gestoppt.

Speyer, 14. Juni. Bis 3 Uhr nachmittags sind 49 Tote ans Land gespült worden. Nach den Listen der Arbeitunternehmer befürchtet man, daß 70 Arbeiter umgekommen sind.

Gerolstein, 14. Juni. Im Eisdorf beim flog das Wasser in den Straßen infolge eines Wellenbruchs einen Meter hoch. Zwei Arbeiter sind ertrunken.

Brak an der Ahr, 14. Juni. In der hiesigen Bürgermeisterei sind infolge der Wetterkatastrophe zwei Menschen umgekommen.

Auch im südlichen Deutschland sowie in Westeuropa ist durch niedergegangene Wolkenbrüche Hochwasser entstanden. Telegraphische Meldungen berichten darüber folgendes:

Garmisch, 14. Juni. In vergangener Nacht ging über Garmisch-Partenkirchen ein schweres Unwetter mit wolkenbrucharigen Regen nieder. Die Lohsaß und Partnach sind aber die Ufer getreten. Die niedrig gelegenen Teile beider Orte sind überflutet. Der Bahnhof steht unter Wasser.

Eine amtliche Bekanntmachung besagt: Der Gesamtverkehr auf der Strecke Murnau-Garmisch mußte heute früh eingestellt werden, die Strecke ist auch bei der Station Oberau unterbrochen.

Oberammergau, 14. Juni. Der Bahverkehr ist laut einer Mitteilung der Lokalbahnhstation infolge des Hochwassers unterbrochen.

Wien, 14. Juni. Das Unwetter, von welchem Wien und Umgebung gestern heimgekehrt worden ist, war eines der schwersten, welches hier je gesehen wurde. Der wolkenbrucharige Regen setzte die tiefer gelegenen Teile der Stadt unter Wasser, so daß die Bewohner dieser Stadteile von der Feuerwehre in Sicherheit gebracht werden mußten. Auf einem im Donaukanal verankerten Steinschiff wurde ein Mann durch den Sturm von der Brücke heruntergerissen und ertrank. Ein zweiter konnte gerettet werden. Auch aus Steiermark, sowie aus dem Rag- und Semeringgebiet werden schwere Unwetter gemeldet. Zahlreiche Ortschaften stehen unter Wasser. Infolge Dammbrüche mußten mehrere Bahnlinien den Betrieb einstellen. Mehrere Personen sind getötet oder verletzt worden. Der durch Überschwemmung verursachte Schaden an Gebäuden und Kultur ist sehr bedeutend.

Janobrunn, 14. Juni. Aus vielen Teilen Nordtirols laufen Hochwasser über Hochwasser und Fuhrbrüche ein. Alle Flüsse sind in rapidem Steigen begriffen. Die Stubaitalbahn hat wegen Erdrutsches beim Janobrunn Elektrizitätswerk den Verkehr eingestellt. Der Regen dauert un verändert an.

Die Hilfsaktion.

Die preussischen Ministerien des Innern und der Landwirtschaft haben beschlossen, eine Kommission in die Bezirke des Rheins und der Mosel zu entsenden, um die durch das Unwetter der letzten Wochen verursachten Schäden festzustellen. Nach Maßgabe der Schäden sollen den betroffenen Winzern Staatsbeihilfen zur Anlegung neuer Anpflanzungen sowie eine Entschädigung der ausgefallenen Ernte gewährt werden. Bei der Gelegenheit will der Staat auch eine alte Schuld begleichen. Am 26. Mai 1903 geriet infolge eines außerordentlich heftigen Wolkenbruchs in der Nähe von Trier ganze Weinabgänge in Bewegung und stürzten zum großen Teil in die Mosel. Auch diese Schäden sollen jetzt festgestellt und durch Geldspenden nach Möglichkeit gut gemacht werden.

In den rheinischen Zeitungen werden Sammlungen zugunsten der durch die letzten Unwetter Betroffenen eröffnet.

Erdbeben in Süditalien.

In Reggio di Calabria, Myleto und Gallina wurde in der Nacht zum Dienstag ein heftiger Erdstoß verspürt. Ein zweiter starker Erdstoß wurde Dienstagvormittag 10^{1/2} Uhr in Messina und Gallina wahrgenommen. Überall entstand eine Panik. Schaden ist jedoch nicht angerichtet worden.

Eine sonderbare Wette.

Den Rekord komischer Wetten hält zweifellos der Münchener Athlet und Nobelspieler Hans Ritter. Er will mit einem Rentner Wagnis auf dem Rücken den Weg von München nach der Brüsseler Weltausstellung — 1190 Kilometer — zu Fuß zurücklegen. Die Reise hat der sonderbare Schwärmer bereits angetreten.

Schiffskatastrophe.

Ein schweres Schiffsunglück ereignete sich, wie ein Kabeltelegramm aus Willemstad meldet, in der Nähe der Insel Curacao an der Nordspitze von Südamerika. Auf einer Passagierfahrt scheiterte der Regierungsdampfer „van Herak“; sämtliche Passagiere und die gesamte Mannschaft fanden mit Ausnahme von fünf Personen in den Wellen ihren Tod. Unter den Ertrunkenen befindet sich auch der Gouverneur von Buenos-Aires.

Ein neuer Höhenrekord.

Der amerikanische Aviatiker Walter Brooking stieg in Indianapolis mit einem Wrightschen Zweidecker auf und erreichte bei seinem Fluge eine Höhe von 1500 Meter. Er hat damit den bisher von Paulhan gehaltenen Höhenrekord um zirka 70 Meter überboten.

Kleine Notizen.

Zur Löschung eines umfangreichen Waldbrandes in der Gegend von Melsdorf wurde die gesamte Mannschaft des Truppenübungsplatzes Jüterbog aufgebieten. Es gelang, den Brand nach drei Stunden zum Stehen zu bringen; der im Waldbestande angerichtete Schaden ist sehr groß.

Ein Toter geboren. Von den bei dem Pfeilerbruch auf der Zeche „Konsolidation“ bei Gelsenkirchen verunglückten Arbeitern wurde am Montagabend einer als Leiche unter den Trümmern hervorgezogen.

Eisenbahnunfälle. Auf der Station Groß-Wardein (Ungarn) stießen zwei Lastzüge zusammen. Vier Bahnbeamte wurden getötet, mehrere Personen sind schwer verletzt. — Auf der Station Köflacher Bahnhof (Steiermark) stieß ein Personenzug mit einer Maschine zusammen. Mehrere Reisende wurden schwer verletzt, andere kamen mit leichten Verletzungen davon.

Unterschiede städtischer Beamten. Bei den Einnahmen des Kartenerkaufs zum Budapest Flugmeeting wurden Veruntreuungen in Höhe von 200 000 Kronen entdeckt. Mehrere städtische Beamte wurden verhaftet. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Lehr- und Diskussionsklub „Zukunft“. Heute Mittwoch, abends 8^{1/2} Uhr, bei Reibhardt, Gölziger Straße 58: Mitgliederversammlung. Vortrag über Sozialismus und Anarchismus. Gäste willkommen. Sozialdemokratischer Lehr- und Diskussionsklub „Heine“. Heute abends 8^{1/2} Uhr: Sitzung bei Holz, Rodenbergstraße 8. Gäste willkommen. Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Heute abends 8^{1/2} Uhr, Versammlung bei Wählig, Stallherstr. 22.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttag: Freitag. Futur genügend, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Bild: Futur genügend, Geschäft reg, Preise befriedigend. Weizel: Futur genügend, Geschäft etwas lebhaft, Preise befriedigend. Risse: Futur mäßig, Geschäft ruhig, Preise anziehend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Erdfrüchte: Futur reichlich, Geschäft schleppend, Gurken schwer verkäuflich, Preise gedrückt.

Bekanntmachung.

6. Nachtrag zu dem Kassensatz der Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Tegel mit Ausschluß von Wdhense vom 19. Oktober 1903. 16. Januar 1904. § 42

erhält in der vierten Zeile hinter unentgeltlich folgenden Zusatz: Für den durch Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte ihnen erwachsenden Zeiterloß und entgehenden Arbeitsverdienst erhalten sie jedoch für jede Sitzung sowie Kassenevision, an welcher sie teilnehmen, eine Entschädigung von 1 Mark. Tegel, den 25. April 1910.

Der Vorstand. Oswald Art, Wilhelm Pahlow, Vorsitzender. Schriftführer. I. F. 3827. I. F. 4298. B. 7099. Genehmigt. Potsdam, den 28. Mai 1910. (Stegel.) Namens des Bezirksausschusses Der Vorsitzende. In Vertretung: Jochimi. B. 7099. Veröffentlicht gemäß § 67 des Kassensatzes. Tegel, den 13. Juni 1910. Der Vorstand. Oswald Art, Wilhelm Pahlow, Vorsitzender. Schriftführer.

1 Mark wöchentliche Teilzahlungen liefert elegante fertige Herren-Garderoben Ersatz für Maß. Anfert. n. Maß. Tadellose Ausf. Julius Fabian Schneidermstr. Große Frankfurterstr. 37 II Eingang Strausberger Platz. II. Geschäft: Turmstr. 18 nur erste Etage, kein Laden.



Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, sieht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Frack Verleih-Institut: Frischstr. 115/1, a. Orabg. -Lor. Sieg. Grad, Gehrod 1,50, Soje 1,00, Weite 50/91

Bilanz der Möbelfabrik „Voran“

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung am 31. Dezember 1909.

Aktiva.	Passiva.
Werkzeug-Konto	1 000,—
Rentions-Konto	290,—
Rücklagen-Konto	1 555,—
Umsätze-Konto	201,50
Bar-Konto	18 917,10
Kassa-Konto	94,58
Bank-Konto	1 827,70
Debitoren-Konto	7 938,69
Verbindlichkeiten-Konto	16 179,20
Gewinn- u. Verlust-Konto	4 656,82
	Ca. 55 088,29

Die Mitgliederzahl betrug 7, ausgescherten 2, Mitgliederzahl am 31. Dezember 1909: 5. Betrag der Hoffmann 150 M. Das Geschäftsguthaben beträgt 150 M., es hat sich um 60 M. vermindert.

Der Vorstand. Ed. Rebdang. H. Lehmann. 105/16

Nur durch ganz hervorragend feine Qualität hat der Kapitän-Kautabak seinen guten Ruf erhalten. Der echte Kapitän-Kautabak (gesetlich geschützt) wird nur noch in Etiketten verpackt zum 10 Pfennig-Verkauf geliefert (in Rollen und Bündeln). Unverpackte Ware ist, weil unecht, zurückzuweisen. Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine Preislosen gratis erhältlich sind. Vertrieb: Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 112. Amt 7, 8661.

Verein Arbeiter-Jugendheim.

Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über „Die Bedeutung des Jugendheims für die Jugendbewegung“. Referent: Wilhelm Schenk. 2. Geschäftsbericht. 3. Diskussion.

Mitgliedskarte legitimiert!

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand. J. K.: Dr. Kurt Rosenfeld.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Am Mittwoch, den 15., und Donnerstag, den 16. Juni 1910, abends 8 1/2 Uhr, finden im Berliner Lohngebiet

32 Bezirks-Versammlungen

statt.

Tages-Ordnung:

254/14

Die Einigungsverhandlungen im Baugewerbe.

Referenten die Kameraden:

Dittmann, R. Engelhardt, Geschke, Golze, Hauffe, Hinrichsen, Kabitzki, Klante, Klossowski, Licht, Schönbeck, Schröder, H. Schultz, K. Schulz, F. Schulze, Wellsov, Witt, Ziege.

Näheres, die Versammlungslokale betreffend, ist durch Handzettel bekannt gemacht. Alle in Berlin und den Vororten beschäftigten Zentralverbands-Mitglieder werden hiermit nochmals aufgefordert, in diesen Versammlungen bestimmt zu erscheinen.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend. (Sektion der Staker.)

Achtung! Staker. Achtung!

Donnerstag, den 16. Juni 1910, abends 8 1/2 Uhr

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

in Anton Bökers Festsaal, Weberstraße 17.

Tages-Ordnung:

1. Sind die Staker gewillt, den Beschluß der Mitglieder-Versammlung vom 2. Juni ansrechtserhalten? Referent: Kollege Karl Graber. 2. Diskussion.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir vollständiges Erscheinen der Kollegen. Die Bauhandwerker werden ersucht, die Staker auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Der Zweigvereinsvorstand.

Arbeiter-Schwimmer-Bund. I. Kreis (Brandenburg)

Übungsstunden der Vereine.

Schwimmklub „Welle“. Männer, Frauen, Jugend- und Schüler-Abteilung. Mittwoch 7 Uhr, Sonntags 10 Uhr, Bad. Badeanstalt Wühlstraße 50.

„Neptun“ 1904. Jeden Abend (außer Sonnabend und Sonntag) 6 Uhr, Kammelsburger Seebad, Rummelsburg, Hauptstraße.

„Freiheit“. Montag und Donnerstag 7-8 1/2 Uhr, Volkshaus, Oberberger Str. 57-59.

„Nord“. Männer-Abt. Mittwoch, Freitag 7 Uhr; Frauen, Mädchen, Jugend- und Schüler-Abt. Dienstag, Freitag 7 Uhr, Seebad Reinickendorf.

„Berlin-Reinickendorf“. Männer-Abt. Montag, Donnerstag 7 Uhr, Jugend- und Schüler-Abt. Dienstag, Freitag 7 Uhr, Seebad Reinickendorf.

„Vorwärts“. Ober-Schöneeweide. Montag, Donnerstag 7 Uhr, Sonntag 9-11 Uhr, Badeanstalt B. Müller, Nieder-Schöneeweide.

„Vorwärts“. Rixdorf. Männer- und Jugend-Abt. Dienstag, Freitag 7 Uhr, Schüler-Abt. Montag, Donnerstag 6 Uhr, Badeanstalt von J. Korte, Samer Chaussee 12.

„Damenschwimmerverein Rixdorf“. Jeden Abend (außer Mittwoch und Sonnabend) 6 Uhr, Badeanstalt von J. Korte, Samer Chaussee 12.

„Freie Schwimmer“, Charlottenburg. Männer, Jugend- und Schüler-Abt. Mittwoch 7 Uhr, Volkshaus, Hauptstr. 10, Freitag 7 Uhr, Koffee; Frauen- und Mädchen-Abteilung Dienstag, Freitag 7 Uhr, Koffee.

„Delphin“, Regel. Männer, Jugend u. Schüler-Abt. Dienstag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend 6 Uhr, Frauen- und Mädchen-Abt. Montag, Donnerstag 6 Uhr, Badeanstalt von G. Pieper.

„Neptun“, Weihensee. Männer, Jugend- und Schüler-Abteilung Dienstag, Freitag 7 Uhr, Sonntag 10 Uhr; Frauen- und Mädchen-Abt. Dienstag, Freitag 7 Uhr, Seebad Weihensee. Jeden Sonntag Inbetriebnahme der Rettungswache.

Bestellungen und Anfragen, die Rettungswache des Kreises betreffend, sind zu richten an J. Wenzel, Weihensee, Röllstr. 12a. Der Kreisvorstand.

Wer-Stoff-hat!!

Berühmte Herrenanzug oder Paletot von 20 Mk. an, feinste Zutaten auf Hochhaar, zwei Anproben, für guten Sitz befam gold. Weibliche. Bitte zum Mahnehmen um Ihren Besuch, da keine Vertretung. Ein Besuch führt g. dauernd. Kundschaff.

Ludwig Engel, Prenzlauer Str. 23, H. Alexanderplatz. Geogr. 1892. Stehe auch Adressbuch I. Teil, 1910, Seite 552, unter E. 69/14

Tuchreste zu Anzügen, Paletots und Hosen (spottbillig!) Neueste Muster!

Westmanns Trauermagazin Extra-Abteilung I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße). II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andrusstraße). Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schiefer etc. v. einfachsten bis zum hochfelegant. Genre z. äußerst niedrigen Preisen. Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Verantwortliches Redakteur Richard Barry, Berlin. Für den Infocantenteil verantwortlich: Th. Wied, Berlin. Druck-Verlag: Hermanns Buchverlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Todes-Anzeige.
Am 13. Juni entschlief nach sehr langen Leiden im 20. Lebensjahre unsere liebe Kollegin
Lieschen Alex.
Ehre ihrem Andenken!
Die Kollegin d. Auer-Gesellschaft
Fußstation. 55552

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben, unversehrlichen Frau, unserer guten Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Schwester
Pauline Lebender
geb. Wittke

lage ich hiermit allen Verwandten, Bekannten, Kollegen und dem Führer-Berein „Einigkeit“ meinen innigsten Dank.
Der trauernde Gatte
Konrad Lebender
nebst Kinder.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme, die uns von allen Verwandten, Kollegen, Freunden, Bekannten, sowie den Parteigenossen und dem Gefangenen-Innenrat am Grabe unseres geliebten Vaters
Gustav Kollé
zu Teil geworden sind, sprechen wir auf diesem Wege unseren tiefgefühlten Dank aus.
Regel b. Berlin, 15. Juni 1910.
Die trauernden Kinder
Paul und Frida Kollé.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schnell, sauber. Zusteln von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade, II. (Stadt Börse).

Am 13. Juni, abends 7 1/2 Uhr, verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser treuer, geliebter Vater, der Schrift-seher
Friedrich Geyh
im 61. Lebensjahre.
Frau Martha Geyh
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 5 Uhr, auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäsche-arbeiter Deutschl.
Fillale Berlin I.
Die Beerdigung des Kollegen
Fritz Roll
findet am 15. Juni, mittags 2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes zu Friedrichsfelde aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Kranz-spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Bruders
Gustav Müller
lagen mir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Kollegen und Kolleginnen der A. G. O., Abt. Ruhrort und Giermont, Abt. Rixdorf und Abt. Preßler unseren innigsten Dank.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Witwe G. Müller.

Dankfagung.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Wahlverein Kreptow-Dammhülentweg, dem Metallarbeiter-Verband, dem Angelerverein „Gut Voh“, sowie den Kollegen der Firma Bah u. Stange, den Kollegen der Rixm Kreis für die vielen Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung unseres unversehrlichen Sohnes
Max Böhm
unseren herzlichsten Dank.
Albert Böhm und Frau,
W. Schmidt, Helene Schmidt geb. Böhm.
Monat. 10 Mk. Helfer eleg. Herren- und Damen- (billigste Preise) Schneidemeister,
J. Tomporowski, Lindenstr. 110.
Kasse 10 Proz. Rabatt.

Franz Engel-Rixdorf.
Die besten Glückwünsche zum 50. Geburtstag.
Genossen aus dem IV. Kreis.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 12. Juni verstarb unser Mitglied, der Rohrlieger
Fritz Bastian
Reinickendorfer Str. 115.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Philippus-Apostel-Gemeinde, Seestraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
227/18 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Rohrlieger
Fritz Bastian
am 12. Juni an Lungenerleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 16. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Kirchhofes, Köckerstraße aus statt.
Rege Beteiligung ermoartet
117/3 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend, Bezirk 8.
Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Karl Schütze
am Sonntag, den 12. Juni, an der Choleraerkrankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 15. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Reinickendorf statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
254/15 Der Vorstand.

Todesanzeige.
Hierdurch die trauernde Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Berta Porschel
am 13. Juni verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 5 Uhr von der Halle des Krankenhaus Westend, am Fürstendammer Weg aus statt.
Wilhelm Porschel nebst Kinder.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Ortsverwaltung Charlottenburg.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß die Frau unseres Kollegen
Porschel
am 13. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Krankenhaus Westend am Fürstendammer Weg aus statt.
Treffpunkt bei Kollegen Pappentub 4 1/2 Uhr.
Die Ortsverwaltung.

Sonntag, abends 7 Uhr verstarb nach schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser bergendster Vater
Emil Göriz
im 66. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrabt am Berlin, den 14. Juni 1910.
Gefelndstr. 9.
Marie Göriz geb. Landgraff nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Juni, um 4 1/2 Uhr nachmittags von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihensee aus statt.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Am 13. d. M. verstarb unser langjähriger Mitglied, der Buchbinder und Kartonnagen-schneider
Emil Göriz.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes in Jankenthal aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
24/1 Die Ortsverwaltung.

Auf zur Stichwahl!
Alle in Berlin und Umgegend arbeitenden
Reichstagswähler
des
Wahlkreises Necker- und Havelmündungs-Bezirk
ersuchen wir dringend, sich am Freitag, den 17. Juni, in ihren Heimatort zu begeben und ihr Wahlrecht auszuüben.
Der Sieg am 17. Juni muß unser sein.
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.
J. K.: Paul Steinführer.

Ich beabsichtige jetzt

im Inventar- u. Saison-Ausverkauf mein ganzes Lager in
Frühjahrs- und Sommer-Konfektion
auszuverkaufen!

Erstklassige Fabrikate aus gediegenen Stoffen u. in eleganten Fassons (s. Teil die Hälfte, ein Drittel, ein Viertel, ein Fünftel, eins. Piceen sogar für ein Sechstel der Saison-Preise)

Unüberschaubar große Auswahl!
Reise- } Kostüme } Voller- } Kleider
Gebirgs- } Kostüme } Regen- } Mäntel } Bast- }
Strand- } Kostüme } Loden- } Mäntel } Foulard- }

Jackets :: Röcke :: Blusen :: Kimonos :: Pelorien

I herabg. s. T. v. M. 25.- herabg. s. T. v. M. 75.- herabg. s. T. v. M. 100.-
auf 12.-, 10.-, 8.-, 6.- u. 5.-, 20.-, 25.-, 30.-, 40.-, 50.-, 60.-, 80.-, 100.- u. s. w.

Jede Figur, auch die stärkste findet Passendes vorrätig!

WESTMANN
Mohrenstr. 37a Gr. Frankfurterstr. 115
nahe Jerusalemerstr. nahe Andrusstr.

Fels-Konfektion und Stolen zu Sommerpreisen! Gratis 2 1/2 Meter Stoff zu einem Rock auf Wunsch bei Einkauf von M. 12.- an!

Trauer-Westmann (ges. geschäftl.)
Abteilung f. schwarze Konfekt.: Mäntel, Kleider, Blusen, Hösle etc.

Donnerstag und Freitag, den 16. und 17. d. M.
im 2ten Stockwerk Verkauf der im lebhaften Geschäftsverkehr entstandenen

Reste von Leinen u. Baumwollstoffen

verwendbar für Hemden, Bezüge, Kissen, Laken, Handtücher, Vorhänge usw., für die

Hälfte des bisherigen Reste-Preises.

F. V. Grünfeld

Landeshuter Leinen- und Gebild-Weberel. Berlin W Leipziger Straße 20-21

Die Berliner Stadtsynode vor dem Schwurgericht.

Aus der fortgesetzten Gemeindeforschung ist folgendes hervorzuhelien. Bureau-Direktor Dehne erklärte, er hielt den Angeklagten Bannide für einen ausgeprägten Lügner, der ihn wiederholt ganz falsche Angaben gemacht habe.

dem großen Material hätten doch nur Stichproben vorgenommen werden können und würde es dann auch nur dem Zufall zu danken sein, wenn man dabei auf eine Unregelmäßigkeit stieße.

Die 24 Einzelfälle, die den Angeklagten zur Last fallen, werden dann durchgenommen. Die Angeklagten gestanden sie ein. Es erübrigte sich deshalb eine weitere Beweisführung hierüber.

Briefkasten der Redaktion.

Die private Ewerkskande Ander Lindenstraße Nr. 60, vorn vier Treppen - 4. Stock - 1., wochentags von 4 bis 7 Uhr abends, Sonnabends von 4 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder Auftrag ist ein Buchstab und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen.

Zuckerwalde. Adresse und nicht bekannt. Adressen Sie doch an die W. 10. G. R. 10. Eine Abfindung für die Witwenrenten ist unzulässig. Dagegen kann eine Abfindung für die Unfallrente gesucht werden, wenn diese nicht mehr als 15 Proz. der Rente beträgt.

Witterungsübericht vom 14. Juni 1910, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag.

Wetterprognose für Mittwoch, den 15. Juni 1910.

Wiesach heiter, wieder sehr warm bei mäßigen südöstlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Table with 4 columns: Wasserstand, am 13. 6., seit 12. 6., Wasserstand, 13. 6., seit 12. 6.

+) + bedeutet Hoch, - - Niedrig.

Ein neuer Weg

zu einer guten Fleischbrühe: Ein Aufguß kochenden Wassers auf einen OXO Bouillon-Würfel der Compie Liebig. - Preis 5 Pf.

Leichte Kleidung

Sommer-Joppen

Tausendfältige Auswahl 6.- 5.- 4.- 3.- 2.25 1.90 1.50 85 Pf.

Lüster-Jacketts

Tausendfältige Auswahl 18.- 14.- 12.- 8.- 6.- 4.50 3.- 1.85

Knaben-Waschanzüge

Hübsche Fassons 6.- 5.- 4.- 3.- 2.50 2.- 1.50 90 Pf.

Schüler-Waschanzüge

Joppen- und Norfolk-Fassons, 8.- 6.- 5.- 4.- 3.- 2.50

- Flanell-Anzüge Flanell-Hosen Tourist-Joppen
Lüster-Anzüge Schilfl.-Hosen Blaue Joppen
Weiße Anzüge Weiße Hosen Loden-Joppen
Panama-Hüte Leichte Wäsche Leichte Mützen

Wasch-Westen 3 Stück für 6.50

BAER SOHN

Chausseestraße 29/30 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20 11 Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 39 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei.



Advertisement for JOSETTI JUNO Cigaretten, featuring a large logo and text: 'Cigaretten sind nur dann echt, wenn sie, wie alle unsere Fabrikate, das oben abgebildete geschützte Wappen sowie den untenstehenden Namenszug tragen.'

Advertisement for H. Weltmann Stefan Esders, Grösstes Bekleidungs-Spezialhaus, Kaiser Wilhelmstrasse 41/42, Ecke Spandauerstrasse 20/21.

Advertisement for Wasch- und Lüster-Konfektion für den Hochsommer, featuring large text and 'Größte Auswahl. Billigste Preise.'

Im Sommer geborene Kinder müssen den Müttern oft Sorge, da die Nahrung in der heißen Jahreszeit leicht verdorrt. Die Ernährung mit 'Lujeta', keine leichte Verdauung und keine Wirkung auf die feinstoffliche Ernährung der Nahrung...

Würzburger Hühneraugenmittel von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Quälerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Querschnitt.) Dr. H. Unger in Würzburg.

Patente und Erfindungen. Erfindung, Verwertung und Kauf von guten Patenten. Kostenlose Beratung und Materiallieferung täglich 10-11 Uhr vormittags, auch Sonntags. Ingenieurbureau Bierhals & Engelhardt, Berlin W. 35, Unter den Eichen 83b. Telefon: VI 9004, 21205.

Theater und Vergnügungen

Wittwoch, den 15. Juni.
Neues Königl. Opern-Theater.
Geschlossen.

Königl. Schauspielhaus.
Geschlossen.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Ueber unsere Kraft.
Kamerapiece Liebesmalzer.
Befling. Kasernenluft.
Römische Oper. Tielland.
Neues Schauspielhaus. Der
Häcker.
Kleinod. Nur ein Traum. (Anfang
7 1/2 Uhr.)

Berliner. Taifun.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzenburg.
Italia. Charles Lante.
Gebbel. Dem gehört Helene?
Kofetier. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller O. Frauen - Wesen.
Charles Lante.

Schiller-Theater. Der
Bibliothekar.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich. Verwandten.
Hierauf: In Zivil.

Metropol-Theater
Halle!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Tartakoff
Blädel
Mika Mikun
The Kaytons
Zezelarette
und das große
Varieté-Programm.

Lessing-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Kasernenluft.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: Taifun.
Morgen: Taifun.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Morgen und folgende Tage:
Die goldene Ritterzeit.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.

Wittwoch, den 15. Juni, abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Detektivromäne in 4 Akten von
Herb. Bonn.
Morgen und folgende Tage:
Sherlock Holmes.

Volks-Oper. Schauspielhaus. Berlin.
Wittwoch, den 15. Juni, Anf. 7 1/2 Uhr:
Der Herr Verteidiger.
Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luzenburg.
Sonntag nachmittag 3 Uhr zu er-
mäßig. Preisen: Die Dollarsprinzessin.

Lustspielhaus.
Abends 9 Uhr:
Das Leutnantsmündel

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Einjährig-Unfreiwillig.
Schwanz in 3 Akten v. B. Lauerenz.
Morgen: Einjährig-Unfreiwillig.
Auf der Gartenbühne: Theater-
Vorstellung. Spezialitäten. Gr.
Konzert. Anfang 4 1/2 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
Konzert, Theater,
Spezialitäten.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
La Tortajada
in ihrer neuesten Schöpfung:
Abenteuer eines Toreros.
Kaufmanns Lady Cycle Troupe
De Dio
Phantasie-Tänzerin
und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Im Lande der Mitter-
nachtssonne.

Apollo
Theater
Abends 8 Uhr: Das sensationelle
Programm!
Ernst Perzinas gr. zoolog. Polypourri,
Wohlfühl! Wasja dasstehend!
Rage, Kanarienvogel und Waus
Henry de Vry's
Ideal: Schönheiten
mit dem Entenfuß z. Heinrich-Heine-
Denkmal. 9 1/2 Uhr: Die welt-
berühmte
Schimpantia Grete
als Universal-Künstlerin
und weitere 8 große Attraktionen

Metropol-Theater
Halle!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Tartakoff
Blädel
Mika Mikun
The Kaytons
Zezelarette
und das große
Varieté-Programm.

Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165 (Pechorpal).
Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds.
Der
Mann mit der eisernen Zunge.
× Täglich 7 1/2 Uhr abends ×
Sonntags 4 Uhr:
Heitere Vorträge.

Passage-Panoptikum.
Lebend! Prinz Atom
der kleinste Mensch, der je gelebt.
Buddhas Tafel
weiß, kann, schreibt alles!
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: Rudolf Krüger.
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Artist. Leitung: Walter Gravenitz,
Kapellmeister: Max Wolfheim.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag!
Anfang: Wehentag 6 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Schweizer-
Garten Am Königstor -
Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater,
Spezialitätenvorstellung.
Volksbelustigungen.
Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sängers
Morgen Donnerstag,
den 16. Juni:
Gr. Fest-
Soiree
zum
Benefit f.
Rudi
Schreiber
zur Peter-
seiner 30jährigen Wirkungszeit bei
den Stettiner Sängern.
Großartiges Fest-Programm.
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater (O. Wallner-Theat.)
Wittwoch, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Drama in 4 Aufzügen von Franz
Adam Beyerlein.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich. Verwandten.
Hierauf: In Zivil.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Wittwoch, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Schwanz in 4 Akten v. Gustav Moser.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich. Verwandten.
Hierauf: In Zivil.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Lichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins. Bei ungestörter Bitterung
Schau für 8000 Personen. - Täglich:
Ob schön! ob Regen: Gr. Konzert. Aufstehen der
besten Turmsteilkünstler der Welt The Lepolla
sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise
um die Erde in 1 Sekunde: Saltomortale v. 10 Meter Höhe
mit dem Fahrrad in den See.
Sensationell: The O. Goudsmits, tomlischer akrobatisch. Burleske-
Akt mit ihren konturlosen Akrobatenhänden. - 4 Schwab.
Mensch oder Affe? phänomen. urkomische Affenpantomime. Quett
Kribl, Leopold Rosser, Original-Humorist mit ihren wunder-
baren aktuellen politisch-satirischen Schlägen und das
neue beste Programm Berlins.
Jeden Sonntag:
Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 30 Pf. Kinder frei.

LUNA-PARK
Terrassen am Halensee
Größter Vergnügungspark des Kontinents
Täglich geöffnet: Terrassen ab 1 Uhr, Lunapark ab 3 Uhr.
Sonnabend, 18. Juni: Großer Elitetag.
Konzert der Berliner Liedertafel.
Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Täglich: Große Militär-Konzerte.
Jeden Dienstag nachmittags 3-6 Uhr:
Frei-Vorstellung
der beliebten
Apollo-Sänger.

„Pharus-Sommer-Theater“
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhart
Berlin N., Müllerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten bei Regen im Theatersaal!
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: Die beliebten Apollo-Sänger.
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

NEUE WELT-PARK
Hasenheide 105-114
Amerikanischer
Vergnügungs-Park
HEUTE:
Grosses
Kinder-Fest

Sommer-Theater
Café Bellevue
am See und
Bahnhof Stralau-Rummelsburg.
Täglich:
Spezialitäten
Theater, Konzert.

Städtebau-Ausstellung
10-8 Uhr. Eintritte 1 M.
Königl. Akademische Hochschule.
Schluß 26. Juni
Groß-Berlin.
Puhmanns Theater
Schönh. A. 148 - Kastanien-A. 97/99.
Große Extra-Elite-Vorstellung!
Abends 8 Uhr:
Von der Wanderschaft zurück.
Der lahme Joleph: Dir. Karl Reich.
Vor- und nachher: Spezialitäten.
Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr.
der Vorstellung 9 1/2 Uhr.
Entree 20-60 Pf.
Kinder auf allen Plätzen die Hälfte.

Hagenbeck
Bülow-Platz, an der Kaiser-Wilhelm-
Straße
3 Minuten vom Bahnhof Alexanderplatz.
Nur noch 2 Tage!
Mit Ruth Radjah in ihren indisch
Original-Tänzen im Raubtierkäfig sowie 5 neue
Debuts.
Letzte Vorstellung unmißverständlich am Donnerstag, den 16. Juni.

Voigt-Theater
Geundbrunnen Badstr. 58.
Wittwoch, den 15. Juni 1910:
Elite-Vorstellung.
Lezter Tag des Alpenfestes.
Abends 7 1/2 Uhr:
Uebren großen Teich.
Gr. Lebensbild mit Ges. und Tanz in
4 Abteilungen von Adolf Hillpp.
Das große Juni-Spezialitäten-
Programm!
Kasseneröffnung 2 Uhr, Anf. 4 1/2 Uhr.

Walhalla-
Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosent. Tor.
Abends 8 Uhr:
Die großen Juni-Spezialitäten.
In jedem Mittwoch:
Ball.

Folies Caprice
Anfang 8 1/2 Uhr.
Pariser Ehen.
Der Athlet.
Die verfolgte Unschuld.
Das Veröhnungsfest.
Königstadt-Kasino.
(Inhaber: Max Schindelhauer.)
Holzmarktstraße 72.
Im herrlichen Naturgarten täglich:
Marguerit Gilten, drei Kasseaub.
Anton Hildach, Emmy und August
Clever, Mimatur-Duo und das
andere reichhaltige Programm.
Sportmädels!
Operetten-Parade in 1 Akt.
Anf. Wehentag 7 1/2, Sonnt. 5 Uhr.

B B B
Brunnenstraße 16.
Täglich:
Garten-Vorstellung.
Aus dem Riesen-Programm
besonders hervorzuheben:
Marineleutnant von Brinken
und der Spion.
Eintritt 30 Pf.

Victoria-
Brauerei, Lützowstr. 111/112
Im Garten ober Seel: Täglich
Gr. humorist. Soiree.
(Gesangs-vorträge, Theater und
Varietés-Vorstellungen.)
Sonntags, Dienstags, Donnerst.
und Sonnabends: Tanzkränzen.
Anf.: Wochentags 8, Sonntags
7 Uhr. - Alle Dons gültig.
Im Restaur.: Mittagstisch 75 Pf.
Gr. u. fl. Sälle zu Festlichkeiten
aller Art. Max Saeger.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert,
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Volksgarten-Theater
Friedr. Weimann.
Badstr. 8, Behm- u. Bellermannstraße.
Täglich: Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung. Das neue
Nebenprogramm: Ihre Aufführung gelangt:
Robert und Bertram.
Hoffe mit Gesang u. Tanz in 4 Bild.
Jed. Donnerst.: Gr. Brillant-Feuerw.

Ausstellung
für Bauindustrie u. Feinkeramik
unmittelbar am Bahnhof
Baumschulenweg.
Gute Fahrverbindung durch
Stadtbahn, Straßenbahn.
Donnerstag 6 Uhr: Volks-
tümlicher Vortrag vom Prof.
M. Gary vom königl. Material-
prüfungsamt über d. gesamte
Materialprüfungswesen.
Burgtheater-Kinematograph
born. Graterjan. Inhab.: Rud. Herz,
Schönhauser Höhe 129. Tel. 5, 9353.
Lebende Photographien.
Wochent. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.
Vorzugskarten nur Wochentags gültig.
25 Pf. auf allen Plätzen.
Stets wechselndes Programm.
Jeden Sonntag im Obersaal:
Künstler-Konzert.
Entree 15 Pf. Garberode 10 Pf.
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“
Berlin C. H. Sahnisch, Auguststr. 50.
W. G. Schmidt, Kirchbuckstr. 14.
O. W. Mann, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Köpenicker Str. 58.
R. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 130.
NO. 2. Juch, Immanuelparkstr. 12. J. Reul, Barnimstr. 42.
N. W. Baumann, Bernauer Str. 9. P. Trapp, Steinitz Str. 10. Karl
N. W. Mars, Lohse Str. 123. Karl Weiche, Rogauerstr. 49.
G. Vogel, Lohsestr. 37. H. Tichy, Invalidenstr. 124.
E. Dehaud, Rindfleischstr. 24.
NW. Karl Anders, Salzweidestr. 8. Wedert, Gatzowstr. 22.
SW. G. Werner, Weidenstr. 72. Dachs, Vogelberger Str. 27.
S. St. Preis, Brinjenstr. 31. Rich. Schmidt, Rottbuler Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lohsestr. 14/15. P. Horich, Engelauer 15.
Adlershof, Karl Schwarzsche, Hoffmannstr. 9.
Baumschulenweg. G. Hornig, Marienburgerstr. 13, 1.
Borsigwalde. Paul Riens, Rindfleischstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Zahnberg, Eschenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 13.
Grünau. Franz Klein, Bahnhofsstr. 6, III.
Johannisthal. Riecke, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst. Richard Käter, Köpenicker Str. 9, I.
Köpenick. Emil Wähler, Riecherstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seifel, Kronprinzenstr. 4, I.
Nieder-Schöneweide. War Brichle, Briker Str. 14 II.
Nowawes. Wilhelm Jodpe, Riecherstr. 7.
Ober-Schöneweide. August Senje, Lohsestr. 2, I.
Pankow. Otto Rihmann, Mühlentstr. 30.
Reinickendorf. G. Gurich, Ramelestr. 12.
Rixdorf. W. Heinrich, Redachtz. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
Rummelsburg. H. Rosenkrantz, III-Berghagen 56.
Schmargendorf. Gustav Kaminsky, Samowstr. 2.
Schöneberg. Wilhelm Baumler, Martin-Luther-Str. 51 im Neben-
Spandau. Köppen, Jagowstr. 9.
Steglitz. G. Bernice, Schloßstr. 119.
Tempelhof. Albert Thiel, Friedrich-Wilhelm-Str. 30.
Treptow. Robert Gramen, Riecherstr. 412, Laden.
Weißensee. Rudmann, Sebanstr. 105. Schlichter, König-Chauffee 50.
Wilmsdorf. Paul Zaubert, Wilhelmstraße 20, Hof parterre.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
Spezialitäten, Konzert u. Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

ZOO
LOGISCHER
GARTEN
Täglich:
Gastspiel d. Kapelle
des Kgl. Schwed.
Dalregiments.
Dir. Leutnant G. Vogel.
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Ausstellung
für Bauindustrie u. Feinkeramik
unmittelbar am Bahnhof
Baumschulenweg.
Gute Fahrverbindung durch
Stadtbahn, Straßenbahn.
Donnerstag 6 Uhr: Volks-
tümlicher Vortrag vom Prof.
M. Gary vom königl. Material-
prüfungsamt über d. gesamte
Materialprüfungswesen.

Burgtheater-Kinematograph
born. Graterjan. Inhab.: Rud. Herz,
Schönhauser Höhe 129. Tel. 5, 9353.
Lebende Photographien.
Wochent. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.
Vorzugskarten nur Wochentags gültig.
25 Pf. auf allen Plätzen.
Stets wechselndes Programm.
Jeden Sonntag im Obersaal:
Künstler-Konzert.
Entree 15 Pf. Garberode 10 Pf.
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert,
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Volksgarten-Theater
Friedr. Weimann.
Badstr. 8, Behm- u. Bellermannstraße.
Täglich: Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung. Das neue
Nebenprogramm: Ihre Aufführung gelangt:
Robert und Bertram.
Hoffe mit Gesang u. Tanz in 4 Bild.
Jed. Donnerst.: Gr. Brillant-Feuerw.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance... Bellealliance-Str. 100, I. Etage...

Credit-Haus Moabit... Turmstraße 55, Ecke Waldstr. gewährt jedem b. spielend leichten An- u. Abzahlung mehrjähriger Kredit auf Waren und Möbel.

Lubascher, S. Rosenheimer, M. Fritz Schnicke... Weber, Herm., Danzigerstr. 78 I. Rosenthaler Straße 13.

Alkoholfreie Getränke Franz Abraham... Duvivange & Co. Landberger Str. 95.

Goldtröpfchen... H. Neese, Mühlhäuser Str. 6.

Sinalco (Bilzbrause) Gen.-Vertret. Otto Starick...

Si-Si... Bestes alkoholfreies Getränk. Berlin O., Kubitzki 4.

Arbeiter-Erholung F. Falk!... Rohnen & Jöring, Landeb. Allee 148, Hixd., Bergstr. 95.

Bäckereien, Konditor. Feronia... Extra-Präsident: Del. 10 Feronia Markt-Str. 10.

Oskar Hanke's Brotbäckerei... 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf. Gegründet 1892.

Hankes Brotbäckerei... Inh.: Paul Hanke. Läden in allen Stadtteilen.

Carl Kappeler... Kunze, Grossbäckerei Berlin N., Pankow, Weißensee.

Rich. Liebenow... Rixdorf, Bergstr. 142 Brotfabrik. Filialen in allen Stadtteilen.

Mache, Carl... Samariterstr., Ecke Frank. Allee. Prokauerstr. 17, Burgdorferstr. 14.

Peter's Großbäckerei... in allen Stadtteilen u. östlichen Vororten; 40 eig. Geschäfte.

Th. Turban... Landbrotbäckerei, Frankfurt-allee 70, Landeb. Allee 146.

Ulbrich... Charlottenburg, 50 Filialen.

Badenanstalten... Anstalten von Admirałgarten-Bad, Alexanderplatz 9.

Badenanstalten... Arken-Bad, Anklamer-Str. 34. Augusta-Bad, Köpenick-Str. 60/61.

Badenanstalten... Bad Frankfurt, Gr. Frkf. Str. 136. Lieferant sämtl. Krankenkassen.

Badenanstalten... Bad Invalidenstr. 16. Landsberger Str. 107.

Badenanstalten... Bad Invalidenstr. 16. Landsberger Str. 107. Goltzstraße 41.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Wende, A. Turmstr. 34, Zimmermann, Rich., Gr. Frkf. Str. 112.

Beerdig.-Anst., Sargm. Berndt, W., Filisenerstr. 7, Ecke Mendt. Fuchs, Paul, Frankfr.-Allee 143.

Beloucht.-Gegenst. Büttner, A., Danzigerstr. 78. Neendorf, O. P., L. d. Spary-Nord.

Berufskleidung. Bohn, R., Invalidenstr. 153, Chaus.-Str. 122. Gardebohnen, Nordstr. 107.

Graf & Heyn, Wilhelmstr. 118/119. Hamburger-Laden, Charl. W. 33.

Schlesinger, Hermann NW, Turmstr. 58. Die richtigen S. Reichelstr. 48.

Wilh. Scholem Kottbuserdamm 94, Keller. Schuch, M., Rixdorf, Berlinstr. 12.

Schuch, M., Rixdorf, Berlinstr. 12. Spandau, Rheinische Arbeiter- u. Berufskleidung.

Patzenhofer Brauerei Die Patzenhofer Flaschenbier sind in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Berliner Bock-Brauerei Berliner Weibler-Brauerei, Carl Richter, Berl. N., Edderstr. 21, 1.1959.

Max Böhm Weiß u. Malz-Bierbrauerei Marienburgerstr. 17.

BORUSSIA Malzbier. Brauerei „Germania“ Actien-Gesellschaft.

Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere. Brauerei Pfefferberg Versand- und Pilsener Bier.

Brauerei Werm, Berlin 37. Caramel-Weißbier fast alkoholfrei, erfrischend, bekönnlich.

Groterjans Malzbier, Sebtek-Allee 130, T. III, 5463. Humpel, E., Müllerstr. 126 d.

Kaiser-Brauerei A. G. schwerstes „Helles“ Berlins. Luisenbräuerei Weißensee.

S. D. Moewes Hohensteinweg 67, Tel. I, 8360. Phönix-Brauerei A. G. Erstklassige Biere.

Richter & Co., J. C. A., Weisbier, reg. 1898, Berlin C 54, T. III, 1517.

Roland Schlossbrauerei Schöneberg Schlossbräu-Kronenbräu in Gebinden und Flaschen.

Spandauerberg-Brauerei Westend, Stadtbräuerei-Schöneberg, Sakst 11.

Vereins-Brauerei Berliner Kindl. Vereins-Brauerei Teutonia, NW 67.

Weissbier Albert Braun. Weissbier, Carl, Rixdorfstr. 119. E. Saxe, Kastanien-Allee 29.

Weissbier, C. Breithaupt, Fallesandweg 97, Tel. A-VII, 2634.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Butter, Eier, Käse Butterhandlung J. F. Assmann 20 Filialen in Berlin O.

Oskar Beck 13 Dresdenstr. 97, Bismarckstr. 11. Reichenerstr. 18 u. westl. Vororte.

A. Daweritz, Oderbergerstr. 53. Dünkler, Otto, 11 Filialen. Carl Franke Nachf., Reg. 1901.

F. Hagen 22 Verkauftstellen. Hasse, Wilh., Sebastianstr. 83.

Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte. Maeding, J., Markthalle, Adressstr., Krutstr.

Müller, Ernst Max 6 Geschäfte in Berlin u. O. prima Wurst- u. Fleischwaren.

Butterhandlung Fritz Muth. Nordstern in Berlin N. u. NO. Pommorski, Paul Schröter, R. 35.

Cacao, Chocolate. Beer, Gust., Müllerstr. 153. Cyliax, G., Filialen in Berlin u. Vororten.

Cylix, G., Filialen in Berlin u. Vororten. Seiffert, Erich, Filialen in Berlin u. Vororten.

Alb. Kasulke Koschorrek, G. Rixdorf, Berlinstr. 126-20. Krah, Aug., Rixdorf, Bergstr. 124.

Fahrad-Leihhaus Lohmann Neue Schönhauser-Str. 11. Fahrradhaus Sport, Charlottenb.

Fahrad-Vertieb „Gross-Berlin“ 8 Verkaufsstellen: Nege-Straße, Str. 9, a. d. Rixdorf.

Oscar Basch, Damen- u. Kindermäntel, Oranienstr. 202 pt. Blasen-Kah, Rl., Berliner-Str. 7.

Carl Brinckmann, E. Roderbergerstr. 5. Czerwik, F., Rixdorf, Str. 59.

Dombrowsky, Leopold & Schulz, Danzigerstr. 29. W. Mallosky, Schles.-Str. 45.

Dressel, Siegmund Eisenstadt, Schöneberg, Hauptstr. 154. Freundlich, Paul, Brunnenstr. 67.

Graf & Heyn, Hirschowitz, Köpcke, Julius, Link, Paul, Rixdorf, Rauterstr. 65, a. d. Kaiser-

Paul Loewenthal, Rosenthaler-Straße 16/17. Wagner, P., Damen-, Pelzw.

Westmann, 1. Geschäft: Mohrenstr. 57a. 2. Geschäft: Gr. Frank-Str. 115.

A. Kieper, Nowawes, Friedrichstrasse 28. Drogen u. Farben Angermann, Königsbergerstr. 13.

König, Herm., Ederdorferstr. 40. König, Herm., Warschauerstr. 90.

König, Herm., Ederdorferstr. 40. König, Herm., Warschauerstr. 90.

Stenzel, Paul, in Nord-Berlin. Taubert, J., Sebastianstr. 86.

Carl Spitzer, Straubenerstr. 29. Rob. Weisch, Frank-Chaussee 95.

W. Weisch, Charl., Nehringstr. 12. Zabel, Georg, N., Ackerstr. 30.

Eisen- u. Stahlw., Waff. Ain, O., Rl., Kaiser-Friedrichstr. 6.

Brenneke, C., Wangelstr. 51. M. Eggeling, Müllerstr. 29.

Gericke & Wolfram, Rob. Reitze, Wilmersdorfstr. 102.

Jacob, Otto, Haus u. Küchengeräte Berlin SO, Wangelstr. 19.

Kiessling, G., Bergstr. 32. Knechase, A., Skallenerstr. 44B.

Mort Krancke, Ringbahnof, Lamprecht, Martin, Schwedstr. 136.

Wolf, Carl, Wilmersdorfstr. 59. Franz Wollmer, Wurmstr. Max, Nachf., Invalid.-Str. 2.

Fahrad-Haus, Frisch auf! Brunnenstr. 35, Kottbuserstr. 9.

Fahrad-Vertieb „Gross-Berlin“ 8 Verkaufsstellen: Nege-Straße, Str. 9, a. d. Rixdorf.

Fahrad-Leihhaus Lohmann Neue Schönhauser-Str. 11. Fahrradhaus Sport, Charlottenb.

Fahrad-Vertieb „Gross-Berlin“ 8 Verkaufsstellen: Nege-Straße, Str. 9, a. d. Rixdorf.

Holz, Wilh., Sternfabrik-Indust., Blumenstr. 36 b. Lothringstr. 40, Teilstr. 115.

Hoppe, Steglitz, Schloßstr. 115. Kanachowski, A., Schles.-Str. 32.

Klinik d. Westens, Krüger, Rich., Köpenickerstr. 47a.

Charles Lehmann, Leopold & Schulz, Danzigerstr. 29. W. Mallosky, Schles.-Str. 45.

Carl Müller, G. Plinge, Birkenstr. 77. Pöhl, Rich., Schöneberg, Hauptstr. 154.

Rund um Berlin Weinmeisterstr. 5. Kataloge gratis und franko.

Solidaria-Fahrrad, W. Wasch Teilh. Kataloge gratis u. franko.

Wandell, Teilzahl-gewährt. Paul Wendisch, Bülowstr. 53. A. Wodniak, Apostel-Palaisstr. 41.

Färbereien, Wäscher. Berliner Dampf-Wäscher, Fritz Herzig, Neue Königstr. 84.

Meesters, Th. Os. Naef chem. Wäscher, Pfr. Britz, Rixdorfstr. 34.

Fleischer u. Wurstw. Berliner Fleisch-Consum Turmstr. 30 -- Moabit.

Wurst, Speck, Schinken Anton Fehlan, Gontardstr., Stadtbahn-Ecke.

Fleisch- u. Wurst-Centrale Brunnenstr. 78. Beste und billigste Bezugsquelle für.

Wihl, Vogel, Emden-Str. 12. Wähle, Gust., Turmstr. 67.

Grammoph. Sprechm. Becker, W., Wilmersdorf-Str. 127.

Hoppe, Royer, A., Bergstr. 163 I. Jendrosch & Co., Berliner.

Jahre, M., Teichgr. gestatt. Look's Rollschuh-Centrale u. Musikh., Goltzstr. 47.

Phonographen-Katz größtes Spezialhaus. Pletsch, Hugo, Mollerstr. 165.

Dähnert, O., Rixdorf, Wilhelmstr. 121. Graf & Heyn, Rammick, Krüger, Rudolf, Küchen-Schreier.

Sandow, Rud., Schreier, Ad., Rixdorf, Bergstr. 145.

Horren-Artikel Berth. Art, Fennstr. 60. Deutsche Hof-Compagnie-Bräuerei.

Mahnke, Adolf Nord-Gr. Fr. Frank-Str. 130. Hermann Robert, Bismarckstr. 20.

Kohlen, Koks, Briketts Loebell, L., Koblenbahn, Wedding.

Loebell, L., Koblenbahn, Wedding. Lynar, Georg Knöfel & Sohn.

Kolonialwaren Ed. Bahrfuß, Wiesenstr. 23. Bars, Wilh., NO, Weberstr. 9.

Alexander Bischoff, Borchardt, O., Mühlenstr. 15. Budack, Franz, O., Goldstr. 22.

August Dankert, Hermann Elias, Stephanstr. 59. Walter Fabro, Cöllenerstr. 10.

Joh. Eichler, Hussienstr. 25. Voltstr. 5. Hermann Elias, Stephanstr. 59.

Rudolf Fink, Turmstr. 6. Alt-Moabit 83. A. Gaultke, Gneisenstr. 55.

Goetsch, Ernst Dolziger-Adolfstr. 37. Reimkend-Str. 70.

Wihl, Gröning, Gruse, O., Rl., Bergstr. 101. Si., Gräferstr. 34.

Wihl, Gröning, Gruse, O., Rl., Bergstr. 101. Si., Gräferstr. 34.

Ringel, Rosner, Max Schneidersmeister, Rixd., Bergstr. 50/51.

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen: Salberg, H., Badst. 59, fert. u. Mal.

Schönland & Sohn Wilmersdorf. Berth. Schwörner, Wrangelerstr. 93.

Hüte, Mützen u. Pelzw. Apelt, E., Rl., Hermannstr. 181. Deutsche Hut-Compagnie-Bräuerei.

Bazar Norden, Boße, Rud., Chaussee 66. Casper, Ed., Rixd., Bergstr. 139.

M. Grund, Brunnenstr. 177. Haase, Rich., Kastanien-Allee 36.

Huf-Centrale, Nord-Gr. Fr. Frank-Str. 130. Papst, E., O. 17, Gr. Frank-Str. 138.

Krüger, Otto, Prentz-Allee 210. A. Lemaitre, Wilmersd., Berlinerstr. 132.

Vester, E., Kottbuser-Grünwaldstr. 78. E. A. Kaiserstr. 15.

Kaufhaus Dekuczynski, K. Memel, Falkenstein, Paul, Gelegenheitskaufhaus Malacki.

Emil Hoegner, Grünwaldstr. 78, E. Kaiserstr. 15. Manufaktur u. Konfekt. Rabbattm.

Kaufhaus Gustav Pinkus, Mollerstr. 165 a. streng reelle Bedien., bill. fest. Fr.

Kaufhaus Gebr. Preuß, Berl. NW, Bismarck-Str. 11. Beste Bezugsquelle für ständ. Manufaktur. Spec. Damenkonf.

Kinematogr.-Theater Gromadecki, F. Warschauerstr. 53. Reform-Kino, Reimkend-Str. 26/27.

Kohlen, Koks, Briketts Loebell, L., Koblenbahn, Wedding. Lynar, Georg Knöfel & Sohn.

Kolonialwaren Ed. Bahrfuß, Wiesenstr. 23. Bars, Wilh., NO, Weberstr. 9.

Alexander Bischoff, Borchardt, O., Mühlenstr. 15. Budack, Franz, O., Goldstr. 22.

August Dankert, Hermann Elias, Stephanstr. 59. Walter Fabro, Cöllenerstr. 10.

Joh. Eichler, Hussienstr. 25. Voltstr. 5. Hermann Elias, Stephanstr. 59.

Rudolf Fink, Turmstr. 6. Alt-Moabit 83. A. Gaultke, Gneisenstr. 55.

Goetsch, Ernst Dolziger-Adolfstr. 37. Reimkend-Str. 70.

Wihl, Gröning, Gruse, O., Rl., Bergstr. 101. Si., Gräferstr. 34.

Wihl, Gröning, Gruse, O., Rl., Bergstr. 101. Si., Gräferstr. 34.

Ringel, Rosner, Max Schneidersmeister, Rixd., Bergstr. 50/51. Lager fertig und nach Maß.

Paul Just, Brüsselerstr. 12. Kamm, Max, Gruner Weg 58.

Kaselit, Reichenerstr. 33. Kaster, M., Mohndig, Goltzstr. 15.

Krüger, Barthold, Oldenb., Str. 16. Kuhn, Oswald, Müllerstr. 131.

Lips, Chamissoplatz 8. Luckner, Felix, Rixd., Weichelnstr. 7.

Michaelis, Paul 5 Geschäfte in Berlin. Moses, Adolf, Warschauerstr. 55.

Müsch, Adolf, Skallenerstr. 7. Maritz, Alf., Rl., Weserstr. 183.

Müller, G., Bernstr. 155, Schwanenstr. 12. Münchow, Rob., Schliemannstr. 14.

Albert Nass, Nauck, Wilh., Rl., Weserstr. 183.

Prig Pfeiffer, Pankstraße 3. Pötz, Louis, Brunnenstr. 147.

Willy Roitzsch, Carl Robra, Langhannstr. 50 a. 100.

Willy Rohne, Kreuzbergstr. 34. Franz Ronow, Yorkstr. 39.

Hugo Schulte, Oidenburgerstr. 7. Spratte, Ewald, Köpenickstr. 7.

Falkenstein, Paul, Gelegenheitskaufhaus Malacki. Grünwaldstr. 78, E. Kaiserstr. 15.

Emil Hoegner, Grünwaldstr. 78, E. Kaiserstr. 15. Manufaktur u. Konfekt. Rabbattm.

Kaufhaus Gustav Pinkus, Mollerstr. 165 a. streng reelle Bedien., bill. fest. Fr.

Kaufhaus Gebr. Preuß, Berl. NW, Bismarck-Str. 11. Beste Bezugsquelle für ständ. Manufaktur. Spec. Damenkonf.

Kinematogr.-Theater Gromadecki, F. Warschauerstr. 53. Reform-Kino, Reimkend-Str. 26/27.

Kohlen, Koks, Briketts Loebell, L., Koblenbahn, Wedding. Lynar, Georg Knöfel & Sohn.

Kolonialwaren Ed. Bahrfuß, Wiesenstr. 23. Bars, Wilh., NO, Weberstr. 9.

Alexander Bischoff, Borchardt, O., Mühlenstr. 15. Budack, Franz, O., Goldstr. 22.

August Dankert, Hermann Elias, Stephanstr. 59. Walter Fabro, Cöllenerstr. 10.

Joh. Eichler, Hussienstr. 25. Voltstr. 5. Hermann Elias, Stephanstr. 59.

Rudolf Fink, Turmstr. 6. Alt-Moabit 83. A. Gaultke, Gneisenstr. 55.

Fortsetzung siehe nächste Seite.

